

Katja Kipping und Bernd Riexinger

Die Zukunft,
für die wir kämpfen:

**SOZIAL.
GERECHT.
FÜR ALLE.**

LINKES Programm
zur Bundestagswahl 2017
1. Entwurf

Entwurf

1. Inhalt

| | | | |
|--|----|---|----|
| Einführung..... | 5 | X. Integration braucht eine soziale Offensive und gleiche Rechte für Alle: Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft | 36 |
| I. Gute Arbeit für Alle statt Niedriglohn, Dauerstress und Abstiegsangst..... | 8 | XI. Kultur für Alle von Allen | 38 |
| Höhere Löhne statt steigender Rendite..... | 8 | XII. Für einen linken Feminismus..... | 40 |
| Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit..... | 9 | Zeit für eine radikale Umverteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit..... | 40 |
| Statt digitales Prekariat – soziale Absicherung für Alle.... | 9 | Vielfalt stärken..... | 41 |
| Dauerstress stoppen! Mehr Zeit zum Leben..... | 10 | Nicht nur Mann und Frau | 41 |
| Gewerkschaften stärken, Mitbestimmung ausweiten ... | 11 | Schutz von Frauen, Kindern und Trans* Menschen vor Gewalt..... | 42 |
| II. Gute Renten für Alle!..... | 12 | XIII. Menschen vor Profite – für eine soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft der Zukunft | 44 |
| III. Soziale Sicherheit statt HartzIV, Armut und Schikane | 14 | Finanzmärkte schrumpfen und die Macht der Banken brechen | 45 |
| Eine gerechte Versicherung gegen Erwerbslosigkeit ... | 14 | Steueroasen trocken legen – die organisierte Finanzkriminalität stoppen..... | 45 |
| Gute Arbeit und öffentliche Beschäftigung schaffen ... | 14 | Wirtschaft demokratisieren | 46 |
| Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV..... | 14 | Mitbestimmung und Streikrecht ausweiten..... | 46 |
| Familien dort unterstützen, wo sie es brauchen | 15 | Genossenschaften und solidarische Ökonomie..... | 47 |
| IV. Solidarische Gesundheitsversicherung und mehr Personal in Pflege und Gesundheit | 17 | Industrie- und Dienstleistungspolitik..... | 47 |
| Eine Solidarische Gesundheitsversicherung für Alle: Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin | 17 | Wirtschaft sozial und ökologisch umbauen | 47 |
| Bessere Versorgung und mehr Personal im Krankenhaus..... | 18 | In erneuerbare Energie investieren, Energiekonzerne entmachten..... | 48 |
| Ambulante Versorgung in Stadt und Land verbessern – kürzere Wartezeiten! | 18 | Energie muss sauber sein: Fracking verbieten. Aus Kohle und Atomkraft aussteigen | 49 |
| Bezahlbare Medikamente statt Profite für Pharmakonzerne | 19 | Mobilität von morgen. Flexibel, ökologisch, barrierefrei und bezahlbar für Alle..... | 50 |
| Gesundheitsförderung statt Wettbewerbsdruck..... | 20 | Gütertransporte sozial und ökologisch umgestalten.... | 51 |
| Gute Pflege für Alle statt Pflegenotstand! | 20 | Flugverkehr reduzieren. Lärm- und Umweltschutz stärken..... | 51 |
| V. Ungleichheit ist unsozial. Wir steuern um..... | 22 | Gesunde Nahrungsmittel für Alle | 51 |
| VI. In die Zukunft investieren | 24 | Die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken..... | 52 |
| Das Öffentliche und die Kommunen stärken: Privatisierungsstopp statt Schuldenbremse..... | 24 | Die Vielfalt der Natur und Tiere schützen..... | 53 |
| Lebensqualität und Demokratie in den Kommunen | 26 | Böden, Wasser und Luft erhalten | 53 |
| VII. Die Mieten runter! Neustart für den sozialen Wohnungsbau..... | 27 | Eine Abfallwirtschaft, die Ressourcen schont | 53 |
| Die Mieten sind zu hoch! Mieterhöhungen stoppen! ... | 27 | XIV. Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne..... | 54 |
| Die Häuser denen, die drin wohnen! | 29 | Austerität für die unten, Profite für die oben? | 54 |
| VIII. Gute Bildung. Für Alle | 30 | Die Macht der Banken und Konzerne brechen! | 54 |
| Kooperation statt Konkurrenz | 30 | Die EU muss demokratisch werden! | 55 |
| Klasse Kitas | 30 | Keine Europäische Union der Aufrüstung und Militarisierung..... | 56 |
| Eine Schule für Alle | 31 | Sichere Fluchtwege und Schutz der Menschenrechte statt Krieg gegen Flüchtlinge | 56 |
| Gut ausgebildet..... | 31 | XV. Für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt..... | 57 |
| Gute Weiterbildung | 32 | Rechte Gewalt stoppen: Antifaschismus ist gelebte Demokratie | 57 |
| Hochschulen und kritische Wissenschaften..... | 32 | Die Unabhängigkeit der Politik sichern | 58 |
| Zugang für Alle, auch digital..... | 33 | | |
| IX. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West | 34 | | |
| Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland.... | 34 | | |

| | |
|--|----|
| Mehr Mitbestimmung, mehr Beteiligung | 58 |
| Freiheit und Sicherheit für Alle: Bürgerrechte ausbauen | 59 |
| Eine bürgernahe Polizei..... | 60 |
| Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten!..... | 60 |
| Gerechtigkeit für Minderheiten | 60 |
| Das Asylrecht verteidigen und ausbauen | 61 |
| Selbstbestimmt leben in einem inklusiven Land | 61 |
| Alter in Würde | 62 |
| Für eine selbstbestimmte Jugendpolitik | 63 |
| Schluss mit der Kriminalisierung der Drogen | 63 |
| Demokratisierung der Medien..... | 64 |
| Für ein offenes und freies Internet: digitale Spaltungen bekämpfen | 65 |
| Wir verteidigen die Religionsfreiheit und die Freiheit von der Religion | 65 |
| Sport frei!..... | 66 |

| | |
|--|-----------|
| XVI. Nein zum Krieg. Für eine demokratische und gerechte Welt | 67 |
| Konflikte friedlich lösen – Auslandseinsätze beenden..... | 67 |
| Frieden schaffen ohne Waffen: Rüstungsexporte verbieten. Fluchtursachen bekämpfen | 68 |
| Soziale Gerechtigkeit weltweit | 69 |
| Das internationale Recht stärken | 70 |
| Für eine europäische Friedens- und Entspannungs- politik | 70 |

| | |
|--|-----------|
| XVII. Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt! Ohne dich geht es nicht!..... | 71 |
|--|-----------|

Einführung

Es liegt an uns allen. Wollen wir den oberen Zehntausend in diesem Land mehr Macht und Einfluss geben und die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertiefen? Oder wollen wir den Sozialstaat stärken, neue und bessere Arbeit schaffen, für sichere Renten und ein gutes Leben für alle Menschen kämpfen? Wollen wir weiter den Politikerinnen und Politikern vertrauen, die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen verantworten und die Gesellschaft spalten? Oder sind wir bereit, uns mit den Reichen und Mächtigen anzulegen? Wollen wir Konkurrenzdruck, Angst und Verunsicherung nachgeben oder stärker über unser Leben selbst bestimmen?

Wie wir diese Fragen beantworten, wird über unsere Zukunft und unser Zusammenleben entscheiden. Wir, DIE LINKE, wollen eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt: Wir wollen ein Land, in dem Alle ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft haben. Wir wollen, dass alle Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor sozialem Absturz haben. Wir wollen, dass Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besser gestellt werden. Wir wollen ein Land, in dem Reichtum das ist, was Allen gehört: öffentliche Bildung, Gesundheit, Kultur. Wir wollen das Öffentliche stärken. Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihres Geschlechts, Alters oder ihrer sexuellen Orientierung. In dem niemand ausgegrenzt wird. Dafür treten wir an. Gegen den Hass, die Abschottung und die Vorurteile der Rechten. Für soziale Gerechtigkeit und Frieden und einen Aufbruch der Demokratie.

Was wir wollen ist möglich, realistisch und bezahlbar. Wir kämpfen für einen grundlegenden Richtungswechsel. Was steht dem entgegen?

Der Einfluss der Reichsten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist groß: Wer hat, dem wird gegeben. Ihre Interessen und ihre Macht reichen um den Globus, befördern Freihandel und Konkurrenz und Kriege, die zu Flucht und Vertreibung führen. Große Konzerne beherrschen zunehmend das Internet. Der Zugang zu guter Bildung und Arbeit bleibt Vielen verschlossen. Die Kluft zwischen starken und schwachen Regionen, reichen und armen Stadtvierteln vergrößert sich.

Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste Land in Europa. Die Einkommen aus Unternehmen und Vermögen sind seit Anfang des Jahrtausends Jahren um rund 30 Prozent gestiegen, die Nettoeinkommen der Beschäftigten im Schnitt um drei Prozent.

Wirtschaftliche Macht übersetzt sich in politische Macht. Die Ungleichheit wird immer wieder neu hergestellt. Die Bundesregierung hat daran nichts

geändert und es auch nicht versucht. Im Mittelpunkt des deutschen »Wirtschaftserfolges« stehen: gesteigerte Produktivität – durch mehr Druck auf die Beschäftigten und mehr Automation – und prekäre, schlecht entlohnte Dienstleistungen. Für die, die den Reichtum erarbeiten, bedeutet das: Sie haben davon nur mehr Druck, mehr Stress, mehr Erschöpfung, weniger Lohn. Eine Politik, die sich daran bindet, die Bedingungen fürs Kapital möglichst günstig einzurichten, führt zu immer neuen Krisen: wirtschaftlichen und sozialen.

Die Bundesregierung stärkt den Finanzkapitalismus: in Deutschland, in Europa und weltweit. Wohnungen, Lebensmittel, Gesundheit werden zu Märkten für die Spekulation. Die Gewinne kommen nur einer Minderheit zugute. Die Folgen: Die Menschen in Deutschland leben unter ihren Möglichkeiten. Die Politik der deutschen Regierung in Europa hat verheerende Folgen für die Menschen. Die EU war ein Zukunftsprojekt des deutschen und europäischen Kapitals. Es wurde als Hoffnungsprojekt verkauft. Es ist heute in einer grundlegenden Krise. Dahin haben die Sozialkürzungen und Austerität und der Mangel an Demokratie geführt. Die deutsche Regierung spielt eine zentrale Rolle dabei, die Europäische Union zum Wettbewerbsraum umzubauen. Standortkonkurrenz, Druck auf die Löhne und den Sozialstaat und Freihandel sind aber weder im Interesse der Menschen in Deutschland noch im restlichen Europa. Die Antworten der Mächtigen auf die Krisen setzen auf mehr Abschottung, Aufrüstung und auf eine europäische Interventionsarmee. Gleichzeitig wachsen Rassismus und Nationalismus und die Hetze gegen Menschen, die vor den Folgen dieser Politik auf der Flucht sind.

Wir wollen einen Neustart in Europa. Wir brauchen ein anderes Europa, mit neuen Verträgen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen. Die neoliberale Politik von Privatisierung, Spekulation und Austerität wollen wir beenden. Wir wollen abrüsten und Waffenexporte verbieten. Wir werden uns niemals damit abfinden, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in Tod und Folter abgeschoben werden. Wir wissen: Wir müssen die Ursachen bekämpfen, nicht die Symptome. Wir müssen Krieg, Waffenexporte und die Ungerechtigkeiten in der globalen Wirtschaft beenden. Nur DIE LINKE steht an der Seite von Armen und Erwerbslosen wie an der Seite der Geflüchteten. Wir streiten für ein friedliches, solidarisches und demokratisches Europa.

Seit 1989 sind viele Kriege um eine neue Ordnung der Welt und die Öffnung von Märkten für den Freihandel geführt worden. Sie befördern Ausbeutung und globale Ungerechtigkeit, produzieren Leid und Zerstörung und treiben Millionen von Menschen in die Flucht. Die deutsche Regierung hat zu dieser Entwicklung beigetragen. Mit einem Rekord von Rüstungsexporten, auch in Krisengebiete. Wenn es um Rüstung und Verteidigung

geht, gilt für die Bundesregierung offensichtlich kein Sparzwang: Die Ausgaben im Bundeshaushalt sind massiv erhöht worden. Dringend notwendig wäre dagegen, friedliche Konfliktlösungen zu stärken und die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen.

Mächtige Konzerninteressen verhindern auch, dass die Zerstörung des Klimas gestoppt wird. Sie sichern ihre Profite, indem sie wirtschaftliches Wachstum auf Kosten von Natur und Umwelt organisieren. Den Preis bezahlen andere. Wir halten es mit Naomi Klein: Kapitalismus oder Klima – wir müssen uns entscheiden. Wir wollen die Erzeugung und den Verbrauch von Energie umweltverträglich umbauen. DIE LINKE ist die einzige Partei, die für ein anderes Wirtschaftssystem eintritt: Menschen vor Profite.

Wenn die Schere zwischen Arm und Reich sich öffnet, bedeutet das auch mehr Druck auf die in der Mitte: Stress und Verunsicherung prägen den Alltag von vielen Menschen, bis weit in die Gesellschaft. Sie erwarten wenig von der Zukunft, von der Rente, der Politik. Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie nicht bekommen, was ihnen zusteht. Und sie haben Recht. 25 Jahre lang haben die verschiedenen Bundesregierungen die Gesellschaft entschert. Notwendige Investitionen in das öffentliche Eigentum wurden zurückgehalten. Die Explosion der Mieten in den Städten verschärft die Umverteilung zu Gunsten der Vermögenden. Eine bezahlbare Wohnung zu haben, ist für viele zu einer Existenzfrage geworden. Verdrängung, Entmietung und Verteuerung durch Herausmodernisieren sind an der Tagesordnung. Die Städte sind der Spekulation anheimgefallen. Die Agenda 2010 und das Hartz IV-System haben Millionen Menschen in den Niedriglohn gestoßen und zur Armut und Bevormundung verurteilt. Sie wurden abgehängt. Die großen Parteien kümmern sich nicht um sie. Die Interessen der Reichen wurden geschützt. Die Interessen der Mehrheit, die öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen nutzt, wurden verkauft. Was wie die Schuldenbremse als Sparsamkeit angepriesen wird, erweist sich als Dogma: Dringender Bedarf wird nicht mit Förderung und Investitionen beantwortet, selbst wenn im Bundeshaushalt Überschuss ist. Ungleichheit setzt sich fest: In der Schule wirkt die soziale Herkunft wieder stärker: wer arm oder als Arbeiterkind reingeht, kommt auch so raus. So verspielt neoliberale Politik die Zukunft und soziale Sicherheit der Menschen!

Alt werden, Kinder bekommen, umziehen müssen, krank werden, von Behinderung betroffen sein, die Arbeit verlieren: Das sind alltägliche Risiken des Lebens. Sie machen heute oft Angst vor Armut. Wir leben in einem Land, in dem viele Menschen arm sind. Wo Kinder sich zwischen der Klassenfahrt und dem Pausenbrot entscheiden müssen und am Ende des Monats die Schlangen an den Tafeln länger werden. Das solidarische Gewebe der Gesellschaft ist dünn geworden. Wir leben in einem Land, in dem viele Menschen reich sind: Rund eine Million sind Millionäre. Auf ihre Vermögen zahlen sie keine Steuern. Wir leben in einem

reichen Land. Aber für viele Menschen ist davon nichts zu spüren: Sie arbeiten, kommen aber kaum über den Monat. Die öffentlichen Einrichtungen verkommen: In Schulen regnet es rein, oder es fehlt am Monatsende am Klopapier, in den Hochschulen fehlt es in mancher Vorlesung an Platz zum Sitzen, Schwimmbäder und Bibliotheken werden geschlossen, Brücken und Krankenhäuser werden nicht in Stand gehalten. Was an öffentlichen Angeboten fehlt, muss privat bezahlt werden. Viele können das nicht. Das öffentliche Eigentum schmilzt, das private war noch nie so ungleich verteilt wie heute.

Unsicherheit und die soziale Ungleichheit befördern die Suche nach Sündenböcken. Rechte Parteien versuchen die Mobilisierung gegen die Schwächsten der Gesellschaft zu lenken. Rassistische Hetze und Gewalt nehmen zu. DIE LINKE steht an der Seite derjenigen, die sich gegen Rassismus und für ein solidarisches Miteinander einsetzen. Deutschland ist schon lange ein Einwanderungsland. Angst und Sorge vor Konkurrenz wachsen, wo der Mangel herrscht. Rechte Parteien nutzen die Unsicherheiten aus. Wir wollen für ein gutes Zusammenleben stärken, mit Allen, die hier leben: eine soziale Offensive für Alle. Gegen einen rechten Kulturkampf, gegen die falschen Versprechen, dass es »uns« besser geht, wenn es »den anderen« schlechter geht, wollen wir eine Gesellschaft, in der wir ohne Angst verschieden sein können. Weil wir ein verlässliches soziales Netz der Gesellschaft und eine gerechte Verteilung des Reichtums herstellen.

Zeit für grundlegende Veränderung

Die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat auf Druck von Gewerkschaften und der LINKEN einen Mindestlohn eingeführt, aber immer noch können viele Menschen von ihrer Arbeit nicht leben. Wir haben immer noch einen größeren Niedriglohnsektor als die meisten westlichen europäischen Länder. Die Regierung sorgt dafür, dass wenige bereits ab 63 in Rente gehen können, aber tut nichts gegen die Altersarmut, die viele heute schon betrifft und in Zukunft explodieren wird. Die Bundesregierung spricht darüber, reiche Erben zu besteuern, tatsächlich werden sie entlastet. Sie beklagt die Flüchtlinge, aber sie exportiert weiter Waffen in Krisengebiete. Sie spricht von internationaler Verantwortung und plant, die Ausgaben fürs Militär massiv zu erhöhen.

Wir kämpfen um jede Verbesserung im Alltag. Aber wir wissen auch, es braucht mehr als oberflächliche Korrekturen. Denn: Ein System, das Menschen massenhaft in die Altersarmut schickt, hat abgewirtschaftet. Mit einer bloß anderen Verwaltung der Gegenwart ergibt sich keine Zukunft. Wenn wir keine Alternativen durchsetzen, zerstört der Kapitalismus zunehmend die Gesundheit der Menschen, ihren sozialen Zusammenhalt und die Demokratie. Massenerwerbslosigkeit und Armut im globalen Maßstab, Kriege, rechter und islamistischer Terror, Millionen Menschen, die vor Verfolgung, Armut, Krieg und den Folgen des Klimawandels fliehen und ihre

Heimat verlassen müssen – all das zeigt: Der globale Kapitalismus führt zu immer mehr Verwerfungen und Krisen. Dieses System im Interesse einer Klasse von Kapitaleigentümern und Superreichen widerspricht den Interessen der Mehrheit der Menschen. DIE LINKE kämpft daher für Alternativen zum Kapitalismus. Wir wollen einen neuen Sozialismus, einen demokratischen, ökologischen, feministischen und lustvollen Sozialismus.

Gegen die geballte Macht von Unternehmen, Reichen und ihren politischen Parteien brauchen wir eine Revolution der sozialen Gerechtigkeit. Statt einer Gesellschaft, in der zentrale Bereiche des Lebens Profit, Wettbewerb und Privatisierung unterstellt werden, wollen wir:

Eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Was wir dringend angehen:

- Gute Arbeit und Löhne: Den gesetzlichen Mindestlohn erhöhen wir auf 12 Euro. Selbst die Bundesregierung weiß: darunter reicht es nicht zum Leben und für eine Rente oberhalb der Grundsicherung. Befristungen ohne sachlichen Grund und Leiharbeit werden abgeschafft. Die Arbeit mit Menschen muss besser bezahlt werden!
- Armut abschaffen, statt die Armen zu bedrängen: soziale Garantien des Lebens. Wir schaffen das Hartz IV-System ab und ersetzen es durch eine Mindestsicherung ohne Sanktionen und Kürzungsmöglichkeiten in Höhe von 1.050 Euro.
- Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Das bedeutet für einen durchschnittlichen Rentner oder eine durchschnittliche Rentnerin: rund 130 Euro mehr im Monat. Wir wollen eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro.
- Mehr Zeit zum Leben statt schufteten bis zum Umfallen: Wir wollen die Rente ab 65 oder nach mindestens 40 Jahren Beitragsjahren. Wir wollen Arbeit so umverteilen, dass nicht mehr die einen in Stress und Überstunden untergehen und die anderen nicht so viel Arbeit finden, wie sie wollen. Kürzere Vollzeit mit guten Standards: Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis und ein Recht auf Feierabend. Und eine gerechtere Verteilung der Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern.
- Wir wollen ein Programm für die Zukunft, das sich am Bedarf und den Bedürfnissen der Menschen orientiert: Wir investieren in Bildung und Gesundheit, mehr Personal in Pflege und Erziehung, in sozialen Wohnungsbau und einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft, in Barrierefreiheit. Wir wollen die Massenerwerbslosigkeit bekämpfen und neue Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit schaffen.
- Wir finanzieren dieses Zukunftsprogramm, indem wir Reichtum begrenzen: Vermögen oberhalb einer Million Euro wollen wir besteuern, auch hohe Erbschaften.
- Auch in der Einkommensteuer wollen wir die unteren und mittleren Einkommen entlasten, die oberen stärker belasten: Wir erhöhen den monatlichen Grundfreibetrag auf 1.050 Euro zu versteuerndes Einkommen. Der Steuerverlauf wird abgeflacht bis 53 Prozent für die Einkommen oberhalb von 70.000 Euro. Mit unserem Steuerkonzept werden Alle entlastet, die weniger als 70.000 Euro zu versteuern haben. Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent ab rund 260.000 Euro Einkommen und 75 Prozent ab einer Million Euro.
- Stopp von Mieterhöhungen! Wir wollen sozialen und kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau stärken und ein Verbot der Spekulation mit Wohnraum.
- Statt der Zwei-Klassen-Medizin und dem unsozialen System der Zuzahlungen schaffen wir eine solidarische Gesundheitsversicherung. Alle zahlen mit allen Einkommen ein, die Beiträge sinken und die Versorgung wird besser für alle.
- Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen statt Flüchtlinge! Keine Waffenexporte und keine Auslandseinsätze der Bundeswehr. Statt wie die Bundesregierung und die Europäische Union auf Aufrüstung zu setzen, werden wir eine Friedens- und Entspannungspolitik einleiten.
- Wir wollen sichere Fluchtwege schaffen, damit das Sterben im Mittelmeer aufhört. Das Recht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention wollen wir wiederherstellen. Der schmutzige Deal mit der Türkei muss aufgekündigt werden!
- Wir wollen einen Neustart der Europäischen Union. Dazu gehört, die Parlamente zu stärken und die Politik von Austerität und Freihandel zu beenden.
- Wir wollen eine solidarische Einwanderungsgesellschaft: mit sozialer Sicherheit statt Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnungen und Bildung. Mit einer sozialen Offensive für Alle, die den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt.

Dafür kämpfen wir in den Parlamenten, auf der Straße und in den Betrieben. Der Politik und Gesellschaft eine neue Richtung geben, werden wir nicht alleine schaffen. Es gibt viel Wut und Empörung – zu Recht. Vieles läuft falsch. Die gute Nachricht: Es muss nicht so bleiben. Es geht anders, wenn wir es anders machen. Wir sind viele: Viele Menschen sind in Bewegung für gerechten Welthandel, für eine Aufwertung von Sozial- und Erziehungsdiensten, für höhere Löhne im Einzelhandel, für mehr Personal in Gesundheit und Pflege, für gute Arbeit und gegen Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit. Gemeinsam können wir das Land verändern. Auf jeden und jede kommt es an.

I. Gute Arbeit für Alle statt Niedriglohn, Dauerstress und Abstiegsangst

Millionen Menschen in Deutschland wünschen sich bessere Löhne, sichere Arbeitsplätze, weniger Stress und Arbeitszeiten, die mit dem Leben mit Kindern, Familie und Freundschaften vereinbar sind. Aber diese berechtigten Ansprüche werden für viele Beschäftigten nicht eingelöst. Viele arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen doch mit ihrem Lohn kaum bis zum Monatsende über die Runden. Ein Viertel der Beschäftigten arbeitet in unsicheren, prekären Arbeitsverhältnissen wie Leiharbeit, Werkverträgen, befristeter Beschäftigung, Minijobs, Solo- und Scheinselbstständigkeit. Prekär Beschäftigte können das eigene Leben kaum planen und sich kaum eine berufliche Perspektive aufbauen. Sorgen um den Arbeitsplatz und die berufliche Zukunft, Dauerstress und belastende Arbeitszeiten machen krank.

DIE LINKE kämpft für einen grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, für ein neues Normalarbeitsverhältnis. Das alte »Normalarbeitsverhältnis«, das nach dem Zweiten Weltkrieg von den Beschäftigten und Gewerkschaften erkämpft wurde, bedeutete Sicherheit gegen das Risiko von sozialem Abstieg. Es erlaubte, die Zukunft zu planen und die Grundlagen dafür zu legen, dass es den Kindern einmal besser geht. Wir wollen ein Neues Normalarbeitsverhältnis, das für alle Menschen und für Männer und Frauen gleichermaßen gilt: Die Löhne müssen für ein gutes Leben und für eine Rente reichen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Arbeit darf nicht krank machen, sie muss planbar und mit dem Leben mit Kindern vereinbar sein. Arbeit muss für alle Menschen sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mitgestaltet sein. Das gilt, egal ob die Arbeit mit Laptop oder Wischmopp, im Pflegekittel oder Blaumann geleistet wird. In einem reichen Land wie unserem fängt sozial gerechte Politik damit an, dass Armut trotz Arbeit, sozialer Abstieg und permanente Unsicherheit in prekären Jobs sofort gestoppt werden. DIE LINKE will als **Sofortmaßnahmen** durchsetzen:

- **Der gesetzliche Mindestlohn muss auf 12 Euro erhöht werden.** Der Mindestlohn von 8,84 Euro, den die Große Koalition auf Druck der Gewerkschaften, Sozialverbände und der LINKEN endlich eingeführt hat, ist zu niedrig. Nur ein Mindestlohn von 12 Euro schützt vor Altersarmut. Er muss flächendeckend gelten: Diskriminierende Ausnahmeregelungen für Langzeiterwerbslose, Praktika, jugendliche Beschäftigte und Menschen mit Behinderungen wollen wir streichen. Der Mindestlohn muss jährlich angehoben

werden, dabei ist mindestens die Produktivitäts- und Preisentwicklung zu berücksichtigen. Um die Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns zu kontrollieren, müssen dringend mehr Kontrolleure eingestellt werden.

- **Befristungen stoppen!** Immer mehr Menschen hängen sich jahrelang von einem befristeten Job zum nächsten. Jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag ist befristet. DIE LINKE fordert daher die ersatzlose Streichung der »sachgrundlosen Befristung« aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz. Sachgründe müssen strikt beschränkt, Kettenbefristungen verboten werden: Der zweite Arbeitsvertrag beim gleichen Arbeitgeber muss unbefristet sein, Befristungen sollen auf längstens ein Jahr beschränkt werden.
- **Lohndumping durch Leiharbeit und Werkverträge verhindern!** Leiharbeit schafft im gleichen Betrieb Beschäftigte zweiter Klasse. Beschäftigte in Leiharbeit verdienen 2015 nur knapp 60 Prozent des Durchschnittslohns. Wir wollen Leiharbeit abschaffen. Lohndumping muss sofort unterbunden werden: Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen müssen den gleichen Lohn wie Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent erhalten! Der Einsatz von Leiharbeit und die Vergabe von Werkverträgen müssen an die Zustimmung des Betriebsrates und die Einhaltung der im Kernbetrieb gültigen Tarifverträge gebunden werden. Der Missbrauch von Werkverträgen durch Scheinselbstständigkeit muss wirksam unterbunden werden, indem die Beweislast umgekehrt wird und zukünftig beim Arbeitgeber liegt.
- Immer mehr Beschäftigte, mehrheitlich Frauen und Alleinerziehende, werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert **soziale Absicherung: ab dem ersten Euro gilt die Pflicht zur Sozialversicherung.** Beschäftigte in Teilzeit müssen einen Rechtsanspruch auf eine Mindestarbeitszeit von 18 Stunden pro Woche erhalten.

Höhere Löhne statt steigender Rendite

Mit der Einführung der Agenda 2010-Reformen durch die Regierung von SPD und Grünen wurde Niedriglöhnen, prekärer Beschäftigung und Tarifflicht der Weg bereitet. In den vergangenen Jahren sind die Löhne kaum gestiegen. Tarifverträge gelten nur noch für eine Minderheit. Wo Unternehmen Tarifflicht begehen,

sinken häufig die Löhne, prekäre Arbeit, Stress und die Erpressbarkeit der Belegschaften nehmen zu. Die LINKE kämpft für eine Umverteilung des Reichtums von den Profiten zu den Löhnen. Die Löhne für Gering- und Normalverdienende müssen deutlich steigen!

Die Bundesregierung hat nichts gegen die Tariffucht der Unternehmen getan. Wir wollen die Verhandlungsposition von Beschäftigten und Gewerkschaften verbessern. Die Arbeitgeberseite kann gegen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ein Veto einlegen. Das wollen wir abschaffen. Wir wollen so die Allgemeinverbindlichkeit auf Antrag der Gewerkschaften erleichtern. Bei Betriebsübergängen und Auslagerungen müssen die bisherigen Tarifverträge in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt bleiben.

Der Staat muss eine Vorreiterrolle für gute Löhne einnehmen: Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen wollen wir daran knüpfen, dass Tarifverträge eingehalten werden und an Kriterien der Gewerkschaften für gute Arbeit gebunden sind. Die Löhne in den unteren und mittleren Einkommensgruppen des Öffentlichen Dienstes müssen deutlich steigen.

Wer niedrige Löhne kritisiert, darf von explodierenden Managergehältern und Vorstandsgehältern in DAX-Unternehmen nicht schweigen. DIE LINKE will nicht nur gute Löhne für alle Beschäftigten, sondern auch gerechte Löhne. Wir wollen verbindliche Obergrenzen für Manager- und Vorstandsgehälter: nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen. Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der Schweiz hatten ein Verhältnis von 1 zu 12 gefordert – das ist der nächste Schritt. Jahresgehältern über einer halben Million Euro dürfen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. Wir wollen Wege prüfen, wie sie in Seattle (USA) gegangen werden: Dort wird eine Strafsteuer erhoben für Unternehmen, deren Löhne zu weit auseinander gehen. Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen.

Wir schlagen vor, dass niemand mehr als 40 Mal so viel verdienen sollte wie das gesellschaftliche Minimum. Das ist derzeit knapp eine halbe Million Euro im Jahr.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Um die Lohndiskriminierung von Frauen zu überwinden, braucht es einen grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz und Lohnmessungsinstrumente sind wichtige Schritte. DIE LINKE will darüber hinaus den Niedriglohnbereich, in dem mehrheitlich Frauen tätig sind, abschaffen. Wir wollen gleiche Teilhabemöglichkeiten aller Geschlechter an der Erwerbsarbeit durch familiengerechte Arbeitszeiten, Umverteilung der Arbeit, Ausbau von Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen sowie von Angeboten für Menschen mit Pflegebedarf. Die gesellschaftlich unverzichtbare Arbeit mit den Menschen in Kindertagesstätten, Pflegeberufen und in der sozialen Arbeit, die immer noch mehrheitlich

von Frauen geleistet wird, muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden!

Die eklatanten Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen verschiedenen Regionen stehen im Widerspruch zum Grundgesetz (vgl. Kapitel Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West).

Statt digitales Prekariat – soziale Absicherung für alle Beschäftigten

Digitalisierung und die Arbeit und Auftragsvergabe über »Clouds« und Plattformen schafft neue, oft entgrenzte und prekäre Beschäftigungsformen. Die Beschäftigten haben meist keine soziale Absicherung, Mitbestimmung, Tarifverträge, und die Arbeitenden sind nicht gewerkschaftlich organisiert. Das Arbeitsrecht findet keine Anwendung. In Deutschland gibt es über zwei Millionen Solo-Selbstständige. Für viele bedeutet das ökonomische Unsicherheit. Bei aller Freude an ihrer kreativen Arbeit drohen Erschöpfung und Altersarmut. Die digitale Agenda der Bundesregierung gibt keine Antwort darauf, wie diese Prekarisierung zurückgedrängt werden kann.

DIE LINKE verteidigt die Schutzrechte und demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten gemeinsam mit den Gewerkschaften. Wir wollen sie so ausweiten, dass Crowd- und Cloudworking reguliert werden und gute Arbeit auch in der Cloud möglich wird. Arbeitsschutzrechte müssen umfassend gelten und nach Empfehlungen einer Kommission aus Gewerkschaften, Expertinnen und Experten aus Arbeitsrecht und Arbeitsmedizin auf diese Herausforderungen hin überarbeitet werden.

Die Digitalisierung führt zu veränderten Anforderungen an die Arbeit und Qualifikation der Menschen. Wenn Maschinen Abläufe selbstständig übernehmen, müssen die Arbeitenden höhere Kompetenzen für Problemlösung und Kommunikation haben. Von den Beschäftigten wird erwartet, dass sie sich lebenslang weiterbilden, um mit den technischen Veränderungen Schritt zu halten. Bislang werden die Menschen mit dieser Anforderung im Stich gelassen. DIE LINKE fordert ein umfassendes Recht auf Weiterbildung. Die Qualifizierung der Beschäftigten ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht auf die Einzelnen abgewälzt werden darf.

- Bei der betrieblichen Weiterbildung dürfen Arbeitgeber nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Fortbildungsmaßnahmen, die im Interesse der Unternehmen sind, müssen auch von diesen finanziert werden. Alle Beschäftigten müssen zum Zwecke der Weiterbildung einen Rechtsanspruch erhalten, ihre Arbeitszeit zeitweise zu reduzieren oder zeitlich begrenzt ganz aussetzen zu können. Wo Unternehmen Regelungen verweigern, muss eine gesetzliche Verpflichtung greifen: Der Arbeitgeber muss während der Bildungsteilzeit einen teilweisen Lohnausgleich von mindestens 70 Prozent des Nettogehalts und Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Der Staat muss

Bildungsteilzeit von Beschäftigten durch eine stärkere Berücksichtigung bei den Rentenansprüchen und der Höhe von Ansprüchen auf ALG-I unterstützen. Für Geringverdienende (mit Einkommen von 70 Prozent und weniger des Durchschnittslohns einer Branche) muss ein vollständiger Lohnausgleich durch staatliche Zuschüsse garantiert werden.

- Damit sich alle Unternehmen gleichermaßen an der Finanzierung beruflicher Weiterbildung beteiligen, schlägt DIE LINKE einen Weiterbildungsfonds vor, in den alle Unternehmen einer Branche einzahlen.

Dauerstress stoppen! Mehr Zeit zum Leben

Die Arbeitgeberverbände versuchen, unter dem Deckmantel der Digitalisierung eine umfangreiche Deregulierung von Standards und Arbeitszeiten durchzusetzen: immer und überall erreichbar sein, Überstunden und Arbeit auf Abruf, am Wochenende und nachts. Diese Vision einer hochflexiblen Arbeitswelt richtet sich gegen die Interessen der Beschäftigten nach planbarer, begrenzter und selbstbestimmter Arbeit. Dem halten wir entgegen: Flexibilität im Arbeitsleben muss sich nach den Bedürfnissen der Beschäftigten und nicht nach der Wirtschaft richten. Wir wollen, dass die Beschäftigten mehr Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeit und Arbeitszeit haben. In den vergangenen Jahren haben Burn-Out und psychische Erkrankungen infolge von Dauerstress und belastenden Arbeits- und Lebensbedingungen dramatisch zugenommen. Es wird Personal gespart, der Leistungsdruck erhöht. In vielen Berufen – ob in der Pflege, in der Kita oder auf dem Bau – schaffen es die Beschäftigten auf Grund der hohen Belastung nicht bis zur Rente. Arbeit darf nicht krank machen. Sie muss so geregelt werden, dass die Gesundheit ein ganzes Arbeitsleben über erhalten wird.

Wir wollen Sofortmaßnahmen gegen Dauerstress und Überlastung durchsetzen:

- Eine **Anti-Stress-Verordnung**, wie sie auch von Gewerkschaften gefordert wird. Zudem braucht es ein **individuelles Veto-Recht gegen Überlastung**.
- Es gibt ein Recht auf Feierabend. **Die gesetzliche Wochenhöchst Arbeitszeit muss sofort auf 40 Stunden** reduziert werden. Ausnahmen müssen strikt begrenzt und stärkere Kontrollen durch unabhängige Arbeitnehmervertretungen müssen gesetzlich vorgeschrieben werden.
- Wir wollen das Recht auf Nichterreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeit sowie eine Begrenzung und zeitnahen Ausgleich von Mehrarbeit gesetzlich verankern. Nacht-, Schicht- und Wochenarbeit müssen strenger reguliert und auf ein unvermeidbares Maß zurückgeführt werden: z.B. auf maximal drei Nachtschichten nacheinander. Wir unterstützen Initiativen von Gewerkschaften und Betriebsräten, atypische und besonders belastende Arbeitszeiten durch zusätzlichen Freizeitausgleich zu kompensieren.

- Der Staat muss eine Vorbildfunktion einnehmen: im Öffentlichen Dienst und bei öffentlich geförderten Projekten muss eine ausreichende Personalbemessung gewährleistet werden. Die LINKE fordert für die Alten- und Krankenpflege eine bundesweite, bedarfsdeckende **gesetzliche Mindestpersonalbemessung** (vgl. Kapitel Gesundheit und Pflege) und in den Kitas bessere Betreuungsschlüssel (vgl. Kapitel Klasse Kitas).
- Die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten hat zu einer Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse geführt. Nachtarbeit ist gesundheitsgefährdend. Der Ladenschluss und die Regelung der Sonntagsarbeit müssen zurück in die Verantwortung des Bundes geholt werden, damit überall einheitliche Standards gelten.
- Wir wollen den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und das Jugendarbeitsschutzgesetz verbessern.

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Ein neues Normalarbeitsverhältnis bedeutet nicht, dass alle ein Leben lang Vollzeit in einem Betrieb arbeiten, sondern **kürzere Arbeitszeiten und eine gerechte Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit**, auch zwischen den Geschlechtern. DIE LINKE fordert:

- Der bestehende Rechtsanspruch auf Teilzeit (verankert im Teilzeit- und Befristungsgesetz) muss durch ein Rückkehrrecht auf die vorherige vertragliche Arbeitszeit ergänzt werden.
- Erziehungsarbeit und Pflegearbeit müssen gesellschaftlich anerkannt und bei der Arbeitszeitgestaltung stärker berücksichtigt werden. Es braucht einen Rechtsanspruch auf familiengerechte und kürzere Arbeitszeiten für alle, die Verantwortung in Erziehung und Pflege übernehmen (vgl. Kapitel Familien unterstützen). Alle Beschäftigten müssen eine durch den Arbeitgeber bezahlte Pflegezeit von bis zu sechs Wochen nehmen können, um eine neue Pflegesituation von Angehörigen organisieren zu können (vgl. Kapitel zur Geschlechtergerechtigkeit).
- Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit führt dazu, dass niemals Feierabend ist. Das ist nicht nur für Menschen mit Kindern eine enorme Belastung. Wenn Beschäftigte in bestimmten Zeiten von Zuhause arbeiten wollen, sollen Möglichkeiten zur Telearbeit (*home-office*) angeboten werden. Voraussetzung ist eine tarifliche Regulierung.
- Sabbatjahre für Alle: Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben, für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr). Damit verbunden ist ein Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz. Die Sabbatzeiten können auch als kleinere Auszeiten von drei bis sechs Monaten genommen werden.

Schon heute sind über drei Millionen Erwerbslose von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen. Viele Teilzeitbeschäftigte wünschen sich, mehr Stunden arbeiten zu können. Gleichzeitig haben Beschäftigte 2015 insgesamt 1,8 Milliarden Überstunden geleistet, davon fast eine Milliarde unbezahlt! Wenn die Arbeit gerechter verteilt wäre, könnten statt Überstunden und Dauerstress über eine Millionen Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit von 30 bis 35 Stunden geschaffen werden. Die gestiegene Produktivität der Arbeit macht es möglich: Wohlstand und mehr Zeit für Alle statt hohe Profite für eine Minderheit von Kapitaleigentümern. Durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung kann das Versprechen der Digitalisierung, selbstbestimmter zu arbeiten und zu leben, für Alle Wirklichkeit werden. So kann die Massenerwerbslosigkeit auch unter Bedingungen der Digitalisierung wirksam bekämpft und die Arbeit, auch zwischen den Geschlechtern, gerecht verteilt werden.

DIE LINKE will gemeinsam mit Erwerbslosen, Beschäftigten und ihren Gewerkschaften einen grundlegenden Wandel in der Arbeitswelt durchsetzen: gute Arbeit für Alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen. Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Erwerbslosigkeit.

Unser Ziel ist klar: Sechs Stunden Arbeit pro Tag im Schnitt sind genug! Im 20. Jahrhundert war der Acht-Stundentag ein Erfolg der Kämpfe der Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter. Im 21. Jahrhundert brauchen wir eine flexiblere und kürzere Normalarbeitszeit, eine kurze Vollzeit, die um die 30-Stunden-Woche kreist. DIE LINKE kämpft für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich. Wir unterstützen Gewerkschaften und Initiativen beim Kampf um kürzere Arbeitszeiten und mehr Zeitsouveränität. Damit Arbeitszeitverkürzung nicht zu Arbeitsverdichtung führt, braucht es verbindliche Mitbestimmungsrechte bei der Arbeitsorganisation und Personalbemessung. Betriebs- und Personalräte müssen ein erzwingbares Mitbestimmungs- und Vetorecht bei der Arbeitsmenge, Arbeitsorganisation und Personalbemessung (Personal- und Stellenplänen) erhalten.

Gewerkschaften stärken, Mitbestimmung ausweiten

Die demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten wird ausgehöhlt und angegriffen. Immer mehr Unternehmen versuchen Betriebsratsgründungen und gewerkschaftliche Organisation mit zum Teil kriminellen Methoden zu verhindern. Wer sich nur für Höchstrenditen interessiert, fühlt sich von wirklicher Mitbestimmung der Beschäftigten gestört. Für uns jedoch ist klar: Gute Arbeit ist umfassend demokratisch mitbestimmte Arbeit.

Die weißen Flecken auf der Landkarte der betrieblichen Mitbestimmung – Betriebe ohne Mitbestimmung oder gewerkschaftliche Vertretung – müssen beseitigt werden. Die LINKE setzt sich dafür ein, die Wahl von Betriebsräten zu erleichtern. Alle Betriebe mit über fünf Beschäftigten, die keinen Betriebsrat haben, müssen verpflichtet werden, jährliche Mitarbeiterversamm-

lungen durchzuführen, auf denen Gewerkschaften über das Betriebsverfassungsgesetz informieren. Der Kündigungsschutz muss auf alle Organe der Betriebsverfassung ausgeweitet und ab dem Zeitpunkt der Bewerbung für eine Betriebsratswahl von 12 auf 24 Monate verlängert werden.

Wer die Bildung eines Betriebsrats oder dessen Arbeit behindert, macht sich strafbar. Aber nur in seltenen Fällen kommt es zur Anklage. Um effektiv gegen solche Behinderung von Gewerkschaften und Betriebsräten (*Union-Busting* und *Betriebsräte-Bashing*) vorgehen zu können, muss die Straffverfolgung bei Verstößen gegen das Betriebsverfassungsgesetz verbessert werden.

- Wir wollen schärfere Sanktionen gegen Arbeitgeber und Anwaltskanzleien, die sich auf Verhinderung von gewerkschaftlicher Organisation spezialisiert haben. Die LINKE fordert, in allen Bundesländern Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Verfolgung von Vergehen gegen das Betriebsverfassungsgesetz einzurichten.
- Die Bußgelder müssen erhöht werden und sich an der wirtschaftlichen Stärke des Unternehmens orientieren. Verstöße gegen die Betriebsverfassung sind kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die mit Freiheitsstrafen belegt werden muss.

Wirksame Mitbestimmung braucht starke Betriebsräte, die nicht durch das Management erpressbar sind. Die Verpflichtung der Betriebsräte auf die Wahrung des Betriebsfriedens im Betriebsverfassungsgesetz wollen wir deshalb abschaffen. Wir wollen zwingende Mitbestimmungs- und Vetorechte der Beschäftigten und ihrer Betriebsräte auf alle wirtschaftlichen Fragen. Das gilt besonders für Betriebsänderungen, Standortänderungen und Entlassungen sowie die Gestaltung der Tätigkeiten und der Arbeitsbedingungen.

Viele Beschäftigte machen die Erfahrung, dass kreative Ideen und die Stimme der Belegschaft gegenüber den Vorgesetzten oder dem Management kaum zählen. Die Beschäftigten sind aber die eigentlichen Expertinnen und Experten bei der Gestaltung der Arbeit. Deshalb wollen wir die Mitgestaltungsrechte jedes und jeder Beschäftigten durch mehr direkte Demokratie im Betrieb stärken.

- Belegschaften müssen einmal im Monat zwei Stunden Beratungszeit während der Arbeitszeit erhalten, um sich über Fragen zur Arbeitsgestaltung und Arbeitszeit austauschen und Initiativen zur Mitbestimmung entwickeln zu können.

Starke Gewerkschaften und Streiks sind unerlässlich, um Arbeits- und Lebensbedingungen von Beschäftigten zu verbessern.

- Die Gewerkschaften müssen ein umfassendes Verbandsklagerecht zur Einhaltung von Tarifverträgen und gesetzlichen Bestimmungen erhalten.

■ DIE LINKE verteidigt das in der Verfassung verankerte Streikrecht. Daher fordern wir die Rücknahme des Tarifeinheitsgesetzes, das mit einer Einschränkung des Streikrechts verbunden ist. Das im Grundgesetz verankerte Streikrecht muss ausgeweitet werden: Solidaritätsstreiks mit Beschäftigten anderer Betriebe und Branchen und politischen Streiks zur Durchsetzung sozialer Verbesserungen und zur Verteidigung von Demokratie und Frieden müssen ins Streikrecht eingeschlossen werden.

Das Streikrecht und die betrieblichen Mitbestimmungsrechte müssen auch für die Beschäftigten in Kirche, Diakonie und Caritas uneingeschränkt gelten: Der § 118 Betriebsverfassungsgesetz mit Ausnahmen für Religionsgemeinschaften und Tendenzbetriebe muss gestrichen werden. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz muss auch in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden. Das Arbeitsrecht muss sicherstellen, dass ein aus der Sicht der Kirchen »fehlendes privates Wohlverhalten« nicht zur Grundlage von Kündigungen in kirchlichen Einrichtungen und Betrieben gemacht werden darf.

II. Gute Renten für Alle!

Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter wieder sichern und wirksam vor Armut schützen. Das sind die Grundpfeiler unserer Rentenpolitik. In einem der reichsten Länder der Welt muss das selbstverständlich sein.

Wir wollen eine Umkehr in der Rentenpolitik: Mit den Renten»reformen« von SPD und Grünen wurde dafür gesorgt, dass die Unternehmen deutlich weniger in die Rentenkasse einzahlen als die Beschäftigten. Die Folge: Das Niveau der gesetzlichen Rente befindet sich im Sinkflug. Von einst rund 53 Prozent im Jahr 2000 wird es auf 41,7 Prozent fallen. Altersarmut bedroht viele Rentnerinnen und Rentner. Durch die Rente erst ab 67 können wir erst später ohne Abschläge in Rente gehen. Die meisten werden früher in Rente gehen: Damit wird ihre Rente nochmal drastisch gekürzt!

Die staatlich geförderte Riesterrente ist gescheitert. Sie kann die in die gesetzliche Rente gerissenen Lücken nicht schließen. Es werden Milliarden an Subventionen verpulvert, die in den Kassen der Versicherungskonzerne statt in den Portemonnaies der Rentnerinnen und Rentner landen. Und Millionen Menschen mit normalen und niedrigen Einkommen können nicht privat vorsorgen. Jahr für Jahr sind immer mehr Rentnerinnen und Rentner von Altersarmut und sozialem Abstieg betroffen. Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind von Armut bedroht. Das muss dringend geändert werden!

Wir wollen diese Entwicklung umkehren! Es reicht nicht, nur die weitere Absenkung zu stoppen. Das Rentenniveau von 53 Prozent muss sofort wieder hergestellt werden. Das bedeutet: 127 Euro mehr im Monat für einen »Durchschnittsrentner«.

Niemand darf im Alter arm sein – egal ob nach einem Leben in Erwerbsarbeit, durch Berufsunfähigkeit oder Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung. Niemand darf gezwungen sein, zum Überleben Pfandflaschen zu sammeln. Wir wollen eine solidarische Mindestrente

von 1.050 Euro im Monat – darunter droht Armut. Die Mindestrente ist einkommens- und vermögensgeprüft, sie wird bei Bedarf gezahlt. Unser Nachbarland Österreich zeigt: Ein gesetzliches Rentensystem kann vor Armut schützen und zugleich finanzierbar sein. Statt einen Teil der Alterssicherung vom Kapitalmarkt abhängig zu machen, wurde in Österreich das gesetzliche Rentensystem zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut, in die auch Politikerinnen und Politiker und Beamte einzahlen. Die Altersrenten sind deutlich höher als bei uns. Auch in Österreich sind die Renten von neoliberalen Umbau bedroht. Doch das bisherige Modell zeigt: Eine umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist finanzierbar, und sie schützt vor Altersarmut.

- Wir wollen das Rentenniveau anheben: Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss wieder auf 53 Prozent erhöht werden, damit die Renten für Alle spürbar steigen. Ein Rentenniveau von 53 Prozent kostet Beschäftigte und Arbeitgeber bei einem durchschnittlichen Verdienst von 3022 Euro nur je 33 Euro mehr im Monat. Die vier Prozent Beitrag für eine Riesterrente könnten dafür entfallen. Durchschnittsverdienende hätten also 75 Euro mehr in der Tasche.
- Solidarausgleich für Niedriglohn: Zeiten niedriger Löhne wollen wir ausgleichen. Die »Rente nach Mindestentgeltpunkten« wollen wir auch für Zeiten nach 1992 einführen. Vollzeitbeschäftigte mit zwölf Euro Stundenlohn und mehr erhalten in der Regel eine Rente von mehr als 1.050 Euro. Eine Einzelhandelskauffrau mit einem Verdienst von 1.940 Euro brutto hätte dadurch monatlich gut 270 Euro mehr Rente. Von dieser Rente würden zu 88 Prozent Frauen profitieren!
- Ausbildungszeiten müssen rentenrechtlich besser anerkannt werden und zu höheren Renten führen.
- Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und Pflege müssen besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen.

- Für jedes Kind wollen wir drei Entgeltpunkte – das sind zurzeit über 90 Euro sogenannter »Mütterrente« – auf dem Rentenkonto gutschreiben. Egal, ob ein Kind 1960 oder 2010, in Ost oder West geboren wurde. Diese Maßnahmen müssen als gesamtgesellschaftliche Aufgaben aus Steuern finanziert werden.
 - Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung: Für alle Erwerbseinkommen müssen Beiträge in die Gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden. Auch Politikerinnen und Politiker, Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Manager sollen Beiträge in die Gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Für Langzeiterwerbslose müssen endlich wieder Beiträge in die Rentenkasse gezahlt werden.
 - Die Beitragsbemessungsgrenze wollen wir vereinheitlichen, dann drastisch anheben und schließlich aufheben. Wer ein Gehalt von 10.000 Euro im Monat hat, muss auch für 10.000 Euro Beiträge zahlen. Die Rentenhöhe der Rentenansprüche über dem Doppelten des Durchschnittes sollen abgeflacht werden.
 - Die Riester-Rente wollen wir in die gesetzliche Rente überführen: Erworbene individuelle Ansprüche können übertragen werden. Die staatlichen Subventionen von über drei Milliarden Euro jährlich werden wir abschließen und die Zuschüsse an die Gesetzliche Rentenversicherung entsprechend erhöhen. Außerdem soll es Versicherten und ihren Arbeitgebern erleichtert werden, freiwillig zusätzliche Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen.
 - Die Beschäftigten dürfen nicht den Risiken auf dem Kapitalmarkt ausgesetzt werden: Wir lehnen es ab, die Arbeitgeber im Rahmen kapitalgedeckter betrieblicher Altersvorsorge und sogenannte »Zielrenten« aus der Haftung zu entlasten. Das gilt auch für den Verzicht auf Rentengarantien zugunsten einer reinen Beitragszusage.
 - DIE LINKE ist für eine betriebliche Altersversorgung, die überwiegend von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern finanziert wird. Aber der Ausbau der überwiegend von den Beschäftigten finanzierten betrieblichen Altersvorsorge – vor allem durch Entgeltumwandlung – darf nicht als Alibi für ein weiter sinkendes Rentenniveau missbraucht werden. DIE LINKE lehnt ab, dass Betriebsrenten frei von Sozialabgaben sind. So werden die Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung geschwächt und die Rentenansprüche aller Versicherten – egal ob sie über den Betrieb vorsorgen oder nicht – sinken. Ungleichheit wird so verschärft.
 - Die Rente erst ab 67 muss zurückgenommen werden. Forderungen nach noch höheren Regelaltersgrenzen von 69, 70, 71 oder 73 sind unrealistisch und unverantwortlich. Arbeiten bis zum Umfallen ist weder gesellschaftlich noch sozialpolitisch akzeptabel. Jede und jeder muss wieder spätestens ab 65 Jahre abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Das ist finanzierbar. Wenn Menschen mindestens 40 Jahre Beiträge gezahlt haben, sollen sie bereits ab 60 Jahre abschlagsfrei in Rente gehen können.
 - Wer durch die Arbeit krank wird, darf nicht noch niedrige Renten zu fürchten haben: Der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten muss erleichtert werden. Die Abschläge wollen wir streichen. Die Zurechnungszeit (die Zeit, die »hinzugerechnet« wird, weil der oder die Versicherte wegen der Erwerbsminderung nicht einzahlen konnte) von 62 Jahren auf 65 Jahre anheben.
 - Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung müssen paritätisch von den Beschäftigten und den Unternehmen bzw. Auftraggebern finanziert werden. Das gilt für alle Erwerbstätigen. Die Beitragshöhe darf sich nicht nach der Zahlungswilligkeit der Unternehmen richten – sondern muss sich am angezielten Rentenniveau orientieren. Die Bundesregierung kalkuliert aktuell damit, dass der Beitragssatz bis 2030 auf 22 Prozent ansteigen wird und erwartet von den Beschäftigten, dass sie zusätzlich vier Prozent ihres Lohnes in Riester und 3,2 Prozent in die betriebliche Altersversorgung oder die betriebliche Altersvorsorge stecken.
 - Wir wollen die Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner endlich beenden. Wir fordern eine zügige Angleichung an das Westniveau (vgl. Kapitel Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland).
 - Solidarische Mindestrente: Wer bereits heute auf lange Phasen mit schlechten Löhnen, Erwerbslosigkeit oder Krankheit zurückblicken muss, hat Anspruch auf ein würdevolles Leben im Alter. Kein Mensch soll im Alter von einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze leben müssen. Die Solidarische Mindestrente soll deshalb an alle Menschen jenseits der Regelaltersgrenze als Zuschlag – oder im Einzelfall auch als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden, die weniger als 1.050 Euro Nettoeinkommen im Alter haben. Die einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente wird aus Steuern finanziert. Wir werden mit deutlich höheren Vermögensfreibeträgen sicherstellen, dass soziale Härten vermieden und normales, selbstgenutztes Wohneigentum unangetastet bleibt. Unser Ziel lautet: Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen.
- Erwerbslosigkeit, Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung sind Gift für gute Rentenansprüche im Alter. Das erschwert es vor allem Frauen, sich eine eigenständige Alterssicherung aufzubauen. Auch für sie muss gelten: von guter Arbeit zu guter Rente!

III. Soziale Sicherheit statt Hartz IV, Armut und Schikane

Seit Jahren gibt es eine verfestigte Erwerbslosigkeit in Deutschland: zwischen drei und zehn Prozent in den verschiedenen Regionen. Die Regierung spricht von Aufschwung. Aber die Arbeitslosen-Statistik ist schöngerechnet. Viele Menschen werden in sinnlosen Maßnahmen geparkt oder nicht mitgezählt. Andere sind trotz Arbeit arm und müssen aufstocken.

Lang erworbene Ansprüche werden vernichtet: Wer jahrelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, ist trotzdem von Hartz IV und Armut bedroht. Die Angst vor dem sozialen Absturz soll Menschen drängen, auch schlechte oder schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Wer sich wehrt, ist von Sanktionen und Kürzungen bedroht. Wer länger als ein Jahr erwerbslos ist, findet seltener eine neue Arbeit. Den Einzelnen wird in die Schuhe geschoben, was ein gesellschaftliches Problem ist. Sie werden bedrängt und diskriminiert. Das Hartz IV-System ist gescheitert und muss abgeschafft werden!

Wir wollen die Ursachen der Erwerbslosigkeit bekämpfen, soziale Sicherheit garantieren und Armut beseitigen. Dazu müssen 1. zusätzliche, gut bezahlte und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze geschaffen werden, statt Minijobs und unfreiwillige Teilzeitarbeit. 2. Wer erwerbslos ist, darf nicht in Armut gedrängt werden. Weg mit Hartz IV! Und wir wollen 3. einen öffentlichen Beschäftigungssektor schaffen, für Menschen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können. Das sind drei Voraussetzungen für ein sozial sicheres Leben und Arbeiten.

Eine gerechte Versicherung gegen Erwerbslosigkeit

Wir wollen eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, mit der der zuvor erreichte Lebensstandard annähernd gesichert werden kann. In die Versicherung zahlen Beschäftigte und Arbeitgeber ein.

- Wir wollen, dass das Arbeitslosengeld I länger gezahlt wird und Ansprüche darauf schneller erworben werden. Bei Bedarf wird Arbeitslosengeld I steuerfinanziert auf Höhe der Mindestsicherung aufgestockt.
- Sperrzeiten schaffen wir ab. Zuvor erarbeitete Ansprüche dürfen nicht verworfen werden.
- Arbeitsangebote an Erwerbslose müssen deren Qualifikationen angemessen sein und den beruflichen Werdegang und ihre Weiterbildungsinteressen berücksichtigen.

- Wir wollen ein Recht auf Arbeit und ein Recht, auch eine konkrete Arbeit abzulehnen: Niemand darf gezwungen werden, gegen seine oder ihre Überzeugung eine Erwerbsarbeit anzunehmen.
- Alle Erwerbslosen sollen einen Anspruch auf Förderung und Weiterbildung haben. Das gilt unabhängig davon, wie lange sie erwerbslos sind.

Gute Arbeit und öffentliche Beschäftigung schaffen

Wir wollen eine Arbeitsmarktpolitik, die mehr gute Arbeitsplätze schafft. Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge stärken und mehr Personal in Bildung, Erziehung, Gesundheit und Pflege schaffen. Dazu legen wir ein Programm für Investitionen in die Zukunft auf.

- Wir wollen den Schutz der Arbeitsplätze stärken: Massenentlassungen bei profitablen Unternehmen wollen wir verbieten. Der Kündigungsschutz wird gestärkt.
- Die Mittel für Bildung und Qualifizierung von Erwerbslosen wollen wir erhöhen. Sie sollen einen Rechtsanspruch auf Beratung und Weiterqualifizierung haben. Freiwilligkeit, Interessen und Fähigkeiten müssen bei der Vermittlung im Vordergrund stehen statt Erwerbslose in sinnlose Schulungsmaßnahmen zu zwingen. Wir wollen neue Perspektiven für Menschen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können.
- Dafür schaffen wir einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit zusätzlichen, existenzsichernden und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen. Sie sollen Stadtteilzentren, Initiativen und kulturelle Projekte stärken. Sie müssen sich an den regionalen Gegebenheiten und den Bedürfnissen der Erwerbslosen ausrichten.
- Die Entlohnung darf einen Stundenlohn von 12 Euro nicht unterschreiten. Entsprechend unserer Regelung zur Teilzeitarbeit haben die Beschäftigten einen Rechtsanspruch auf mindestens 18 Stunden pro Woche. Die Angebote sind für die Erwerbslosen freiwillig.

Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV

Hartz IV bedeutet Armut per Gesetz. Statt auf Gängelei im Jobcenter und Kürzungen des Existenzminimums, setzt DIE LINKE auf die Sicherung der sozialen Garantien des Lebens.

■ Die bisherigen Bundesregierungen haben das sozio-kulturelle Existenzminimum und damit die Hartz IV-Regelsätze kleingerechnet. Ohne Tricks müsste sogar die Regierung auf einen Regelsatz von mindestens 560 Euro kommen. Diese sofortige Erhöhung hat DIE LINKE im Bundestag beantragt.

Wir kämpfen um jede Verbesserung für Menschen, die Sozialleistungen beziehen. Aber wir sagen deutlich: Bei Hartz IV reichen kleine Korrekturen nicht. Wir kämpfen für Freiheit von Armut und von Sanktionen. Das Existenzminimum darf nicht gekürzt werden!

- Deshalb wollen wir das Hartz IV-System abschaffen und durch gute Arbeit, eine bessere Erwerbslosenversicherung und eine bedarfsgerechte individuelle Mindestsicherung ohne Sanktionen und Kürzungen ersetzen. Die Höhe muss derzeit 1.050 Euro betragen. Sie gilt für Erwerbslose, aufstockende Erwerbstätige, Langzeiterwerbslose und Erwerbsunfähige.
- Das Prinzip der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften wollen wir abschaffen. Wir ersetzen es durch individuelle Ansprüche (Individualprinzip) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Unterhaltspflichten zwischen Erwachsenen.
- Kürzungen, Leistungseinschränkungen oder Sperrzeiten, egal mit welcher Begründung, lehnt DIE LINKE ab.

Diese Mindestsicherung sichert sowohl erwerbsfähige als auch nicht erwerbsfähige Erwachsene, z.B. Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner. Zusätzlich fordern wir:

- Sonderbedarf, z.B. für chronisch Kranke, Menschen mit Behinderungen, werden im Rahmen der Solidarischen Gesundheitsversicherung bzw. des Bundesteilhabegesetzes gewährt.
- Bei Bedarf wird zusätzlich ein Wohngeld (Bruttowarmmiete) gezahlt.
- Wir setzen uns für eine Mindestsicherung für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen ein. Das Asylberwerberleistungsgesetz wird abgeschafft. Asylbewerberinnen und Asylbewerber und hier lebende EU-Bürgerinnen und EU-Bürger werden in die Mindestsicherung einbezogen.
- Wir wollen, dass die Leistungen jährlich entsprechend der Lebenshaltungskosten angehoben werden. Einmal in der Legislaturperiode wird das Mindesteinkommen anhand der Armutrisikogrenze und anhand eines Warenkorb überprüft.
- Damit auch Menschen mit geringen Einkommen rechtlicher Beistand ermöglicht wird, fordern wir den Ausbau der Prozesskosten- und Beratungshilfe. Zudem setzen wir uns für gebührenfreie und unabhängige Beratungsstellen ein.

- Die Mittel für Mobilität müssen den realen Preisen entsprechen. Wir treten für ein Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr ein. Perspektivisch wollen wir einen entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr für alle.

DIE LINKE thematisiert das Grundeinkommen wie viele soziale Bewegungen, Nicht-Regierungsorganisationen und Verbände. Dabei ist DIE LINKE nicht entschieden, wir wollen die kontroverse Diskussionen weiterführen. Auch deshalb unterstützt DIE LINKE die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag.

Wir unterstützen die Selbstorganisation von Erwerbslosen und Geringverdienenden in Initiativen, Betrieben und Gewerkschaften und streiten an ihrer Seite im Parlament und auf der Straße. Wir werden uns niemals damit abfinden, dass in einem der reichsten Länder der Welt Menschen dauerhaft in Armut leben.

Familien dort unterstützen, wo sie es brauchen

Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen: Als Lebensgemeinschaft, Ein-Eltern-Familie, als Klein- oder Großfamilie, als Ehepaar, als Mehrgenerationenhaushalt oder in anderen Formen der Gemeinschaft. Familie ist da, wo Menschen für einander da sind, gleichgültig welchen Geschlechts. DIE LINKE steht für eine emanzipatorische und zukunftsweisende Familienpolitik. Familienpolitik muss darauf zielen, allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst zu ermöglichen. Dafür müssen öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam ausgebaut werden.

Doch der notwendige Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung stockt. Die öffentliche und soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche hat sich vielerorts verschlechtert. Angebote wurden reduziert, Musikschulen verteuert oder Bibliotheken und Schwimmbäder geschlossen. Ein gutes Sozialsystem und öffentliche Angebote stärken die Familien.

- Wir wollen ein ausreichendes, bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Ganztags-Betreuungsangebot für Kinder schaffen. Es muss den unterschiedlichen und altersspezifischen Bedürfnissen gerecht werden. Bei der Bereitstellung von Kita-Plätzen gilt der tatsächliche Bedarf und nicht eine beliebig ermittelte Quote. Zudem ist die rechtliche und finanzielle Grundlage für ein flächen- und bedarfsgerechtes ganztägiges Schulangebot zu schaffen.
- Eltern brauchen Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten, damit sie Beruf und Familienleben vereinbaren können. Gleichzeitig müssen in diesen Einrichtungen die Standards guter Arbeit realisiert werden. Werden die Dienstleistungen ausgebaut, muss auch das Fachpersonal aufgestockt werden.
- Wir wollen Arbeitszeitmodelle schaffen, die Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und

Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an den betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten mehr Zeitautonomie. Betriebe brauchen ausreichend Personal, um z.B. den Ausfall durch Kind-Kranktage auszugleichen.

- Eltern erhalten besonderen Kündigungsschutz, bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes.
- Der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause muss durch kostenfreie Weiterbildungsangebote erleichtert werden.
- Wir wollen einen flexiblen Elterngeldanspruch von zwölf Monaten pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende). Das Elterngeld soll zu einem sozial ausgestalteten Elterngeldkonto weiterentwickelt werden. Es soll auch möglich sein, das Elterngeld in Teilabschnitten von mindestens zwei Monaten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres des Kindes zu nehmen. So wird eine möglichst gleiche Aufteilung von Erwerbs- und Erziehungsarbeit zwischen den Eltern begünstigt. Es unterstützt gerade Väter darin, sich mehr um ihre Kinder zu kümmern.
- Elterngeld steht allen Eltern zu und darf nicht auf andere Transferleistungen wie Hartz IV angerechnet werden.

Wir wollen Alleinerziehende – Ein-Eltern-Familien – stärken. Sie machen einen großen Anteil der Familien aus. Sie sind zugleich am stärksten von Armut betroffen und werden vielfältig diskriminiert: beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit, Teilhabe am öffentlichen Leben und Chancengerechtigkeit für Kinder im Bildungsbereich. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf.

- Den Bezug des Unterhaltsvorschusses wollen wir bis zum Abschluss der Schulbildung oder Ausbildung und mindestens bis zum 18. Lebensjahr des Kindes ausweiten. Das Kindergeld soll nur zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden, statt wie jetzt zu 100 Prozent. Unterhaltsvorschuss und Kindergeld dürfen nicht auf die SGB-II-Leistungen angerechnet werden.
- Für alle in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen fordert DIE LINKE gemeinsam mit vielen Wohlfahrtsverbänden eine eigenständige, individuelle Grundsicherung in Höhe von 564 Euro. Die Kindergrundsicherung wird entsprechend der Entwicklung des Existenzminimums von Kindern angepasst. Sie soll Kinder und Jugendliche aus der verdeckten Armut und dem Stigma von Hartz IV-Leistungen herausheben. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der sämtliche Leistungen für Bildung, Kinderbetreuung und Erziehung sowie öffentliche Güter wie Mobilität und Kultur nicht nur aber zuallererst für Kinder gebührenfrei zur Verfügung stehen: einen Infrastruktursozialismus. Die Kindergrundsicherung kann dann um den entsprechenden Betrag reduziert werden.

- Als ersten Schritt zu einer Kindergrundsicherung wollen wir das Kindergeld auf 328 Euro erhöhen. In Gegenden mit besonders hohen Mieten wird das Kindergeld – wie die Kindergrundsicherung – im Bedarfsfall durch entsprechend regionalisiertes Wohngeld ergänzt.

IV. Solidarische Gesundheitsversicherung und mehr Personal in Pflege und Gesundheit

Soziale Ungerechtigkeit macht krank. Als Folge eines starken Konkurrenzdrucks nehmen nicht nur psychische Erkrankungen zu. Generell gilt: Wer arm ist, ist häufiger krank und stirbt früher! Die Gesundheitsreformen der letzten Regierungen haben die Ungerechtigkeit im Gesundheitssystem verschärft. Unternehmen wurden entlastet, Versicherte müssen allein für steigende Kosten aufkommen. Gleichzeitig machen Pharmaindustrie und Krankenhauskonzerne Milliardenprofite mit Versicherungsgeldern. Gesetzliche Krankenkassen müssen miteinander konkurrieren, dabei müssten der Bedarf und die Versorgung im Mittelpunkt stehen. Leistungen wurden gekürzt, Zuzahlungen und Zusatzbeiträge für die Versicherten eingeführt. Wer heute krank wird, muss oft tief in die Tasche greifen. Allein der Zahnersatz kann zur Existenzfrage werden. In Krankenhäusern gibt es viel zu wenig Pflegekräfte und einen riesigen Investitionsstau.

Wir wollen ein solidarisches und gerechtes Gesundheitssystem, in dem die Versorgung der Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt steht. Gesundheit ist kein Markt: Statt immer weiter zu privatisieren, muss Gesundheit als Teil des Sozialstaats öffentlich organisiert werden. Gesundheit ist kein Bereich, um Gewinne zu machen. Die Ökonomisierung des Gesundheitssystems steht nicht nur einer guten Versorgung, sondern auch guten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entgegen. Wir setzen auf eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die Alle einzahlen. Die Zwei-Klassen-Medizin wird überwunden. Wir wollen Krankenhäuser bedarfsgerecht finanzieren und den Personalmangel bekämpfen. Die ambulante gesundheitliche Versorgung wollen wir sowohl in den Städten als auch auf dem Land verbessern. Der Einfluss der Pharmaindustrie muss zurückgedrängt werden, Medikamentenpreise wollen wir begrenzen.

Eine Solidarische Gesundheitsversicherung für Alle: Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin

Die gesetzliche Krankenversicherung wurde als System der Solidarität entwickelt. Gesunde sind solidarisch mit kranken Menschen, die Versicherten zahlen gemäß ihrem Einkommen ein und alle Versicherten erhalten notwendige Leistungen nach ihrem individuellen Bedarf. Dieses Grundprinzip wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten zunehmend ausgehöhlt. Von Gerechtigkeit in der Finanzierung des Gesundheitssystems kann heute keine Rede sein.

Die paritätische Finanzierung wurde abgeschafft, steigende Kosten müssen allein die Versicherten tragen,

der Arbeitgeberanteil ist eingefroren. Zuzahlungen und Zusatzbeiträge belasten die Versicherten, sind sozial ungerecht und für viele kaum leistbar. Besserverdienende, falls sie überhaupt gesetzlich versichert sind, zahlen einen kleineren Anteil ihres Einkommens als Menschen mit einem durchschnittlichen Lohn oder Geringverdienende. Auf Lohneinkommen müssen Beiträge gezahlt werden, auf Aktiengewinne nicht. Wir wollen, dass Alle – auch Beamtinnen und Beamte, Abgeordnete und Selbständige – in die Solidarische Gesundheitsversicherung einzahlen. Einige Hunderttausend Menschen haben immer noch gar keinen Krankenversicherungsschutz – zehn Jahre nach Einführung der Krankenversicherungspflicht!

Der Zwei-Klassen-Medizin stellen wir unser Modell einer Solidarischen Gesundheitsversicherung entgegen. Wir wollen eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, in die alle entsprechend ihres gesamten Einkommens einzahlen und alle eine gleichermaßen hochwertige medizinische Versorgung erhalten – ohne Zuzahlungen und Zusatzbeiträge, paritätisch von Arbeitgebern und Beschäftigten finanziert. Das Prinzip lautet: Alle zahlen ein, damit es für alle besser und bezahlbar wird.

Alle in Deutschland lebenden Menschen werden Mitglied der Solidarischen Gesundheitsversicherung, auch die derzeit Privatversicherten. Alle zahlen den gleichen prozentualen Teil ihres Einkommens ein, auf alle Einkommensarten werden Beiträge gezahlt. Wir wollen Arbeitseinkommen nicht weiter benachteiligen und keine Ausnahmen für Kapitaleinkommen und Gewinne. Auch die Benachteiligung von kleinen und mittleren Einkommen wollen wir beenden, dazu wird die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft. Versicherte mit einem Einkommen oberhalb der bisherigen Beitragsbemessungsgrenze werden mit ihrem gesamten Einkommen in die solidarische Finanzierung einbezogen.

So kann der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent (2017) dauerhaft auf unter 11 Prozent abgesenkt werden, ohne Leistungen zu kürzen. Im Gegenteil: Alle medizinisch notwendigen Leistungen werden wieder von der Krankenkasse bezahlt. Dabei wird der allergrößte Teil der Bevölkerung durch dieses Konzept finanziell entlastet, auch viele Selbständige und Rentnerinnen und Rentner. Arbeitgeber und Versicherte zahlen jeweils die Hälfte, also dann 5,5 Prozent.

Die private Vollversicherung wird damit überflüssig und abgeschafft. Die private Krankenversicherung wollen

wir auf Zusatzleistungen beschränken und den Beschäftigten der Versicherungsunternehmen einen sozial verträglichen Übergang in die gesetzlichen Krankenkassen ermöglichen.

Bessere Versorgung und mehr Personal im Krankenhaus

Seit Anfang der 1990er Jahre werden Krankenhäuser zu Wirtschaftsunternehmen nach Kriterien des Marktes und des Wettbewerbs umgebaut. Viele wurden privatisiert, heute geht es oft nur noch um Kosteneinsparung und Gewinnmaximierung. Immer mehr Patientinnen und Patienten sind inzwischen besorgt, wenn sie ins Krankenhaus müssen. Denn dort herrscht Pflegenotstand – in den Krankenhäusern fehlen mindestens 162 000 Stellen, darunter 100 000 Pflegekräfte. Im europäischen Vergleich ist Deutschland Schlusslicht beim Pflegepersonal. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patientinnen und Patienten in kürzerer Zeit versorgen. Die Folgen: fehlende Zuwendung, mangelnde Hygiene bis hin zu mehr Unfällen und Todesfällen. Nach vielen Studien steigt das Sterberisiko mit steigender Arbeitsbelastung: Wenn eine Pflegekraft einen Patienten oder eine Patientin mehr zu versorgen hat, steigt das Risiko um bis zu neun Prozent. Ein großer Anteil der Infektionen durch Keime im Krankenhaus kann auf den Personalmangel zurückgeführt werden. Jährlich sterben zwischen 4 000 und 14 000 Patientinnen und Patienten in deutschen Krankenhäusern wegen einer Krankenhausinfektion. Rund die Hälfte der Todesfälle wäre durch bessere Hygiene vermeidbar! Wir wollen den Abbau von Personal durch Einsparung und Outsourcing stoppen und rückgängig machen. Personalmangel im Krankenhaus gefährdet die Gesundheit der Patientinnen und Patienten.

Um den Personalnotstand zu bekämpfen, will DIE LINKE eine gesetzliche Personalbemessung. Nötig sind verbindliche bundesweite Vorgaben, wie viele Pflegekräfte für wie viele Patientinnen und Patienten vorhanden sein müssen. Wir brauchen 100 000 Pflegekräfte mehr!

Der Aufstand der Pflege hat bereits begonnen. In vielen Krankenhäusern organisieren sich Beschäftigte für bessere Arbeitsbedingungen. Das ist auch im Interesse aller Patientinnen und Patienten. Wir unterstützen die Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern bei ihren Arbeitskämpfen.

Ökonomischer Wettbewerb bei Krankenhäusern führt dazu, dass zwischen lukrativen Patientinnen und Patienten und solchen, mit denen kein Ertrag zu machen ist, unterschieden wird. Viele Patientinnen und Patienten fragen sich, ob eine Behandlung aus ökonomischen Gründen erfolgt oder unterlassen wird. Stationen werden geschlossen, wenn sie sich nicht lohnen, obwohl sie gebraucht werden. Das System der Fallpauschalen (DRGs) zwingt Krankenhäuser dazu, mit dem wenigsten Personal in der kürzesten Zeit die meisten und schwersten „Fälle“ zu behandeln, um nicht in die roten Zahlen zu geraten. Gleichzeitig machen private Krankenhaus-

konzerne Gewinne auf Kosten der Beschäftigten. Für Patientinnen und Patienten bedeuten Fallpauschalen oft zu frühe Entlassung und Wiedereinweisung (»Drehtüreffekt«). Diese Logik muss durchbrochen werden:

- DIE LINKE will eine Krankenhausfinanzierung, die Patientinnen und Patienten nicht als pauschale Fälle betrachtet, sondern den notwendigen Bedarf des Krankenhauses deckt und sich am Gemeinwohl und nicht an wirtschaftlichen Kriterien orientiert. Die Fallpauschalen gehören abgeschafft.

Krankenhäuser sind Teil des Sozialstaates. Ihr Zweck ist nicht die Gewinnmaximierung, sondern die Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen stationären Leistungen. Die Finanzierung der Krankenhäuser durch Krankenkassen muss genauso an diesem Grundsatz ausgerichtet werden wie die Krankenhausplanung und die Investitionen der Bundesländer. Diese gehen aber seit vielen Jahren stetig zurück. Folge ist ein ständig wachsender Investitionsstau. Um die dringlichsten Investitionen überhaupt noch zahlen zu können, greifen die Krankenhäuser auf Betriebsmittel zu, die eigentlich für Personal gedacht sind – mit allen negativen Folgen.

- Um den Investitionsstau in den Krankenhäusern abzubauen, muss der Bund die zuständigen Länder zweckgebunden unterstützen. Wir fordern eine jährliche Beteiligung des Bundes in Höhe von 2,5 Mrd. Euro (die andere Hälfte tragen die Länder). Damit kann der heute bestehende Investitionsbedarf bei den Krankenhäusern in den kommenden etwa zehn Jahren abgebaut werden.
- Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand: Weitere Privatisierungen müssen verhindert werden und bereits privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in nicht-profitorientierte Trägerschaft überführt werden. Rekommunalisierung spielt dabei eine tragende Rolle.

Wir wollen eine gewaltfreie Psychiatrie und die Abschaffung von Sondergesetzen. Die Entrechtung von Menschen durch Zwangsmaßnahmen wollen wir abbauen. Die erste Enquete-Kommission des Bundestags in den 1970er Jahren zur Psychiatrie hat vieles erreicht. 40 Jahre danach brauchen wir eine neue Enquete, um die Psychiatrie humaner zu gestalten. Der Maßregelvollzug gehört auf den Prüfstand. Auch brauchen wir eine ganz neue Finanzierung. Gerade in diesem Bereich kann man weder die Einrichtungen noch die Patientinnen und Patienten über einen Kamm scheren und pauschalisieren. Nur durch eine bedarfsdeckende Finanzierung ist eine menschenwürdige Therapie möglich. Durch einen Ausbau von häuslicher und ambulanter Versorgung muss die Notwendigkeit stationärer Behandlung reduziert werden.

Ambulante Versorgung in Stadt und Land verbessern – kürzere Wartezeiten!

Zu einer guten gesundheitlichen Versorgung gehören Wohnortnähe, angemessen kurze Wartezeiten auf einen

Termin und eine gute Notfallversorgung. Deutschland hat eine hohe durchschnittliche Arztdichte, und trotzdem klagen viele Menschen über Unterversorgung. Nicht nur in ländlichen Regionen müssen teils lange Wege und lange Wartezeiten in Kauf genommen werden. In strukturstarken Regionen mit vielen Privatversicherten finden sich dagegen oft mehr Ärztinnen und Ärzte als notwendig wären.

- DIE LINKE tritt für eine gute flächendeckende und bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land ein. Dafür wollen wir die Arztstühle gleichmäßiger verteilen. Ein entscheidender Hebel ist dabei der Abbau von Überversorgung. Wir wollen die bessere Bezahlung für die Behandlung von Privatversicherten und damit ungleiche Wartezeiten abschaffen. Neue Versorgungsformen wie Patientinnen- und Patientenbusse, Gemeinschafts- und Teilzeitpraxen oder medizinische Versorgungszentren in öffentlicher Hand können die Arbeit im ländlichen Raum für junge Medizinerinnen und Mediziner und nichtärztliches Fachpersonal attraktiver machen.
- Polikliniken sollen mittelfristig zu einem Rückgrat der ambulanten Versorgung werden. Denn sie gewährleisten nicht nur eine hochwertige, interdisziplinäre Behandlung, sondern bieten auch die von vielen jungen Ärztinnen und Ärzten gewünschten flexiblen und familiengerechten Arbeitsbedingungen. Wir wollen Kommunen unterstützen, eigene Gesundheitseinrichtungen zu betreiben und so die Versorgung zu sichern. Damit alle Menschen eine gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung erhalten, müssen Arztpraxen, Krankenhäuser und Versorgungszentren zusammenarbeiten und auch zusammen geplant werden.
- Nicht nur die Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten, sondern auch mit Hebammen, Physio- und Psychotherapeutinnen und -therapeuten, Logopädinnen und Logopäden, Ergotherapeutinnen und -therapeuten, Hebammen und Entbindungspflegern, Podologinnen und Podologen sowie Apotheken muss gerade auch im ländlichen Raum und in benachteiligten Regionen gewährleistet werden. Sie muss wohnortnah erfolgen, z. B. über integrierte Lösungen wie Versorgungszentren, Hebammenstützpunkte und Kooperationen. Eine wissenschaftlich fundierte, kleinräumige Bedarfsplanung für alle Gesundheitsberufe ist nötig. Diese Heilmittelberufe müssen außerdem besser bezahlt werden.

Ausbildungen und Entlohnung in den Gesundheitsberufen müssen so angepasst werden, dass eine zuwendungsorientierte Behandlung gefördert wird. Die derzeitige pauschalierende Bezahlung begünstigt dagegen »stille Rationierung« – Verknappung und Zurückhalten von Leistungen durch die Ärzte – und Versorgung im Minutentakt.

Den Markt für Privatleistungen bei gesetzlich Versicherten, sogenannte individuelle Gesundheitsleistungen,

wollen wir strikt begrenzen. Sie bringen den Patientinnen und Patienten in der Regel keinen Nutzen und beschädigen das Arzt-Patienten-Verhältnis.

Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei weitem nicht den Bedarf. Die Bedarfsplanung muss gerade in diesem Bereich dringend überarbeitet werden.

- Wir fordern ein gebührenfreies Direktstudium für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, das die psychologischen und die Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -therapeuten zusammen ausbildet. Für die Weiterbildung zur Teilnahme an der kassenpsychotherapeutischen Versorgung ist eine angemessene Vergütung zu zahlen.
 - Für die Haftpflichtversicherungen der Hebammen und Entbindungspfleger muss endlich eine grundlegende Lösung gefunden werden. Wir wollen einen öffentlichen Haftungsfonds, um die Hebammen und Entbindungspfleger unabhängig von privaten Versicherungen zu machen. Hebammen können erste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Schwangere und die Schwangerenvorsorge sein – wie in den Niederlanden. Dieses Verständnis eines neuen Berufsbildes sollte sich auch in der Vergütung niederschlagen.
- Wir wollen den heilberuflichen Charakter des Apothekerberufs stärken. Deswegen lehnen wir Apothekenketten, erst recht in Hand von Aktiengesellschaften, ab.
- Den Versandhandel mit Arzneimitteln wollen wir so weit wie möglich begrenzen und damit die persönliche Beratung und die wohnortnahe Versorgung stärken.

Bezahlbare Medikamente statt Profite für Pharmakonzerne

Die gesetzlichen Krankenkassen geben in Deutschland über 35 Milliarden Euro für Arzneimittel aus – die Tendenz steigt schnell an. Patientinnen und Patienten werden durch hohe Zuzahlungen belastet. Die meisten nicht-verschreibungspflichtigen Medikamente müssen sie komplett aus eigener Tasche bezahlen, selbst wenn diese ärztlich verordnet wurden. Keines der bisherigen Gesetze hat die Macht der Pharmaindustrie brechen können. Die Gesundheitspolitik der letzten Bundesregierungen hat es zugelassen, dass im ersten Jahr nach der Zulassung Fantasiepreise z.B. für Krebs-, Rheuma- und Multiple-Sklerose-Mittel verlangt werden dürfen.

Wir wollen, dass alle Patientinnen und Patienten mit sicheren und wirksamen Arzneimitteln nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft versorgt werden – unabhängig von ihrem Einkommen und ihrer Erkrankung.

- Dafür fordern wir eine Preisgestaltung, die sich am Nutzen für die Patientinnen und Patienten orientiert und eine klare Deckelung für Medikamentenpreise beinhaltet.

- Wir wollen den Einfluss der Pharmakonzerne auf allen Ebenen zurückdrängen. Ihre Marketingaktivitäten müssen strikt begrenzt werden. Das betrifft nicht nur die Werbung, sondern auch die Beeinflussung der Ärzteschaft, der Wissenschaft und von Patientenorganisationen. Ärztinnen und Ärzte dürfen für das Verordnen bestimmter Medikamente nicht belohnt werden. Die Herstellung von Medikamenten und medizinischen Geräten darf nicht den Profitinteressen von Aktionären unterworfen sein. Die Pharmaindustrie muss dem Gemeinwohl verpflichtet und unter demokratische Kontrolle gestellt werden.
- Wir wollen Korruption im Gesundheitswesen effektiv bekämpfen. Ein öffentliches Studienregister für Arzneimittelstudien soll gewährleisten, dass negative Studienergebnisse nicht mehr unterdrückt werden können.

Arzneimittelforschung ist von großem öffentlichem Interesse. Sie bestimmt nicht nur, ob Medikamente entwickelt werden, die wirklich gebraucht werden, sondern auch, wer die Eigentumsrechte besitzt, welche Preise aufgerufen werden, ob die Forschungsergebnisse transparent gemacht werden und nicht zuletzt, ob Menschen im globalen Süden Zugang zu Innovationen erhalten können.

- Für DIE LINKE ist Arzneimittelforschung eine öffentliche Aufgabe. Patente für Arzneimittel und Heilverfahren müssen abgeschafft werden.

Gesundheitsförderung statt Wettbewerbsdruck

Die beste Gesundheitspolitik ist die, die Gesundheit fördert und Krankheit verhindert. Die Gestaltung eines lebenswerten Umfelds, gute Arbeit, gute Wohn- und Lernbedingungen und soziale Gerechtigkeit tragen maßgeblich zu Gesundheit bei. LINKE Gesundheitspolitik bezieht alle Politikbereiche ein, denn nur so kann der Teufelskreis aus Armut und Krankheit durchbrochen werden.

DIE LINKE tritt für eine Gesundheitsversorgung ein, die hohe Qualität und Menschlichkeit miteinander verbindet. Das Gesundheitssystem ist für viele Menschen kaum durchschaubar. Es ist schwer, die eigenen Rechte in Erfahrung zu bringen und noch schwerer, sie gegen Krankenkassen, Ärzte oder Krankenhäuser durchzusetzen. Patientinnen und Patienten dürfen nicht als Abrechnungsziffern behandelt werden, die zwischen Gewinninteressen auf der einen und Ausgabenvermeidung auf der anderen Seite zerrieben werden. Der Wettbewerb hat die Gesundheitsversorgung immer weiter ökonomisiert. Der finanzielle Druck bringt alle Beteiligten zwangsläufig dazu, ihren eigenen Vorteil immer öfter vor die Interessen der Patientinnen und Patienten zu stellen.

- Wir wollen den Wettbewerb zwischen und innerhalb der Krankenkassen, Ärzteschaft, Krankenhauslandschaft und Apotheken zurückdrängen. Die Versor-

gungsfunktion, die ihnen im Gemeinwohlinteresse per Gesetz zugeteilt wurde, muss wieder in den Mittelpunkt rücken.

- Rabattverträge, Kassen-Ausschreibungen zum Beispiel bei Hilfsmitteln und viele andere Selektivverträge wollen wir abschaffen. Sie sind intransparent und gefährden die Versorgungsqualität sowie die Anbietervielfalt.

Für eine Versorgung auf dem aktuellen Wissensstand und zum Schutz der Patientinnen und Patienten fordern wir gute wissenschaftliche Belege über Nutzen und Schaden jeder Behandlungsmethode – gerade dann, wenn sie solidarisch finanziert wird.

- Patientenvertreterinnen und -vertreter sollen in Zukunft mit Stimmrechten in Gremien der gemeinsamen Selbstverwaltung vertreten sein. Kurzfristig wollen wir ihnen ein Benennungsrecht für die Mehrheit der jeweils vorhandenen unparteiischen Mitglieder geben. Damit Selbsthilfe ihre Unabhängigkeit sichern und den großen Verbänden und Unternehmen im Gesundheitswesen auf Augenhöhe begegnen kann, muss sie durch Steuergelder angemessen finanziert werden.
- Die Patientenberatung Deutschland wollen wir wieder unabhängig ausgestalten und zusammen mit der Patientenvertretung zu noch mehr Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit verhelfen.

Gute Pflege für Alle statt Pflegenotstand!

Wer schwer erkrankt oder im Alter gebrechlich wird, braucht Pflege. Doch nicht an jedem Wohnort und nicht für jeden Menschen mit Pflegebedarf stehen gute Pflegeleistungen zur Verfügung. In Deutschland herrscht Pflegenotstand. Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland hat Angst davor, im Alter oder bei Krankheit von Pflege abhängig zu werden. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien tragen mehr als die Hälfte der ständig steigenden Pflegekosten. Die Pflegeversicherung deckt die Kosten nicht, sie ist eine „Teilkasko-Versicherung“. Daran hat sich auch mit den Pflegestärkungsgesetzen der Großen Koalition nichts geändert. Im Gegenteil: Wir haben ein Zwei-Klassen-System in der Pflege. Immer mehr Menschen können sich gute Pflege nicht leisten, müssen sich verschulden oder geraten in die Sozialhilfe. Das ist für ein reiches Land wie Deutschland ein Armutszeugnis.

Die vorhandenen Pflegeangebote decken nicht den Bedarf, sind unübersichtlich und für viele unerschwinglich. Pflegeleistungen werden teuer gekauft oder durch Laien unbezahlt erbracht. Noch immer pflegen vor allem Frauen – Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter und Schwiegertöchter. Der Wunsch, zu Hause gepflegt zu werden, ist für viele nur erfüllbar, wenn die Familienangehörigen einspringen. Im Alltag kämpfen viele Menschen mit Dauerstress, Erschöpfung und Geldsorgen. Viele schränken ihre Berufstätigkeit ein oder geben

sie auf. Das verringert die eigenen Rentenansprüche und führt die Pflegenden in die Altersarmut.

Wir wollen die Familien entlasten: Pflegeleistungen sollen in einer Vollversicherung ausgeweitet werden, und wir wollen mehr professionelle Pflegekräfte. Das eröffnet die Möglichkeit, in der häuslichen Umgebung gepflegt zu werden und – wenn gewünscht – stärker auf professionelle Pflege zurückzugreifen.

Eine Pflegepolitik, die auf Wettbewerbsdruck und Profite für wenige setzt, ist mit menschenwürdiger Pflege nicht vereinbar. Pflege ist zu einem Markt geworden, private Unternehmen machen Gewinne – auf Kosten der Menschen mit Pflegebedarf und der Beschäftigten in der Pflege. Menschen müssen gegen ihren Willen Windeln tragen oder werden fixiert, weil 50 Heimbewohnerinnen oder Heimbewohner in der Nachtschicht von nur zwei Pflegekräften betreut werden müssen. Wissenschaftlich heißt das »gefährliche Pflege«. Es fehlt die Zeit für eine aktivierende Pflege und zum Zuhören, für Zuwendung und Förderung. Viele Pflegebeschäftigte werden krank, weil sie völlig überlastet sind und nicht einbringen können, was sie gelernt haben. Oft ist vom Fachkräftemangel die Rede. Wenn Arbeitsstress krank macht, gute Bezahlung und Anerkennung fehlen, ist es nicht verwunderlich, dass viele ausgebildete Pflegekräfte ihren Beruf nur einige Jahre ausüben. Vor allem Frauen arbeiten in der Pflege. Niedriglöhne und Teilzeitverträge führen zu Altersarmut trotz harter Arbeit. Die Lohnunterschiede zwischen einzelnen Regionen sind enorm. DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten in der Pflege: Pflegearbeit muss endlich aufgewertet und besser bezahlt werden! Wir wollen die Arbeitsbedingungen verbessern und die Weichen dafür stellen, dass mehr Pflegekräfte eingestellt werden.

DIE LINKE will einen grundlegenden Wandel: Gute Pflege soll ein verbindliches Recht für alle werden. Jede und jeder muss selbstbestimmt entscheiden können, wo und von wem er oder sie welche Pflege in Anspruch nimmt. Die Entscheidung darf nicht vom Geldbeutel, vom Wohnort oder von der Herkunft abhängig sein. Das gilt auch für die Entscheidung über den Sterbeort. Keine Pflegeleistung darf aus Kostengründen verweigert werden.

Gute Pflege für Alle zu ermöglichen, ist Aufgabe des Sozialstaates. Unser Leitbild ist: Alle Menschen sollen in ihrem persönlichen Lebensumfeld – Zuhause oder wohnortnah – gut gepflegt werden. Die Pflege soll gerecht finanziert und von gut bezahlten Fachkräften erbracht werden. Familiäre Pflege und nachbarschaftliches Engagement können ergänzend und nicht aus der Not heraus geleistet werden. Daher will DIE LINKE die Pflege auf eine gerechte, bedarfsdeckende und solidarische Grundlage stellen:

1. Wir wollen eine **Pflegevollversicherung**, die alle pflegebedingten Leistungen umfasst. Für die Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien entfallen die Eigenanteile. Wer auf Sozialhilfe angewiesen ist, erhält dieselben

Leistungen wie alle anderen Menschen mit Pflegebedarf. Gleichzeitig werden die Kommunen entlastet, weil weniger Menschen durch die Pflegekosten von Sozialhilfe abhängig werden. Alle Leistungen werden bedarfsdeckend und nach bundesweit verbindlichen Qualitätsstandards erbracht. Zu den Pflegeleistungen gehören Assistenz und Teilhabe am öffentlichen Leben, solange es geht.

2. Mit einer **solidarischen Pflegeversicherung**, in die Alle einzahlen, wollen wir die finanziellen Lasten gerecht auf alle Schultern verteilen: auch privat Versicherte, Beamte, Abgeordnete und Selbständige müssen entsprechend ihres Einkommens – ohne eine Beitragsbemessungsgrenze, die Millionäre schont – in die solidarische Pflegeversicherung einzahlen. Grundlage für eine menschenwürdige Pflege ist eine verlässliche, gerechte und zukunftsfeste Finanzierung. So werden finanzielle Spielräume für bedarfsdeckende Leistungen, mehr Personal und bessere Entlohnung geschaffen. Gute Pflege braucht gute Arbeit. Tarifliche Bezahlung muss Standard werden, um regionale Leistungs- und Lohnunterschiede abzubauen.

3. Menschenwürdige Pflege kann und darf nicht auf Profit ausgerichtet sein. Bund und Länder müssen deshalb endlich ausreichend in die Pflegeinfrastruktur als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge investieren. Pflege gehört wieder in öffentliche Verantwortung und unter demokratische Kontrolle. Dafür wollen wir die Kommunen auch finanziell stärken. Denn gute Pflege wird vor Ort erbracht. Durch regionale Beschäftigungspolitik wollen wir gut entlohnte Arbeitsplätze bei öffentlichen und gemeinnützigen Trägern in der Pflege schaffen.

4. Menschen mit Pflegebedarf müssen selbst bestimmen können, wo und wie sie wohnen. Sie brauchen barrierefreie und bezahlbare Wohnangebote. Sie brauchen wohnortnahe Unterstützungsnetzwerke und unabhängige Beratungsleistungen. Die Rechte von Menschen mit Pflegebedarf, pflegenden Angehörige und Beschäftigten in der Pflege wollen wir stärken. Ihre Interessenvertretungen brauchen Antrags- und Stimmrechte in allen gesetzlich vorgeschriebenen Gremien, insbesondere im Qualitätsausschuss auf Bundesebene und in regionalen Pflegekonferenzen.

Der derzeitige Pflegenotstand ist für die zu pflegenden Menschen, ihre Angehörigen und die Beschäftigten nicht mehr tragbar. Für eine menschenwürdige Pflege setzt DIE LINKE daher auch auf Sofortmaßnahmen:

Es braucht sofort mehr Personal und einen Ausbau professioneller Angebote. Um das sofort zu finanzieren, wollen wir den Pflegevorsorgefonds auflösen und in einen Pflegepersonalfonds umwandeln. Zusätzliche Pflegekräfte können so regulär beschäftigt und besser bezahlt werden. DIE LINKE fordert eine Fachkraftquote von mindestens 50 Prozent in Pflegeeinrichtungen, die bundesweit verbindlich umgesetzt und deren Einhaltung wirksam kontrolliert wird.

Gute Löhne für gute Pflege – Pflegeberufe aufwerten: Als Schutz gegen Lohndumping muss der Pflegemindestlohn sofort auf 14,50 Euro erhöht und auf weitere Tätigkeitsbereiche in der Pflege ausgedehnt werden. Verstöße gegen den Pflegemindestlohn müssen sanktioniert werden. Die tarifliche Vergütung von Pflegefachkräften muss bundeseinheitlich als allgemeinverbindlich erklärt werden. Keine Pflegefachkraft darf unter 3.000 Euro (in Vollzeit) verdienen. Die Ausbildung in den Pflegeberufen muss als integrierte Ausbildung mit einer zweijährig gemeinsamen und einer einjährig ergänzenden spezialisierten Fachausbildung gestaltet werden. Die Ausbildung, Fort- und Weiterbildungen müssen für die Pflegekräfte kostenfrei sein. Ein einheitliches

Berufsbild »Assistenz« wird in die Ausbildung eingeführt. Die steigende Qualifikation des Berufsbildes muss sich auch in einer Aufwertung und besseren Entlohnung niederschlagen.

Versicherte wollen wir entlasten: Die Kosten der medizinischen Behandlungspflege müssen auch in stationären Pflegeeinrichtungen von der Gesetzlichen Krankenversicherung getragen werden. Allein das entlastet die Pflegeversicherung um mehr als 2 Milliarden Euro und verringert die Eigenanteile der Menschen mit Pflegebedarf. Die Förderung der privaten Pflegevorsorge – der sogenannte Pflege-Bahr – wird eingestellt.

V. Ungleichheit ist unsozial. Wir steuern um

Reichtum und Armut in Deutschland nehmen zu. Die reichsten zehn Prozent besitzen weit mehr als die Hälfte des gesellschaftlichen Reichtums, die untere Hälfte gerade mal ein Prozent. Ein Hundertstel. Deutschland ist eines von vier Ländern mit den meisten Millionärinnen und Millionären. Über eine Million Menschen besitzen mehr als eine Million Euro (1,2 Millionen Menschen besitzen über eine Million US\$). Wer viel hat, kann das leicht vermehren. Auf Vermögen werden keine Steuern gezahlt. Auf Gewinne aus Kapital und Aktien wird eine Billigsteuer erhoben, weniger als die Hälfte von dem, was unter Helmut Kohl gezahlt wurde. Wer hingegen wenig oder nichts hat, zahlt mehr und mehrfach: Lohnsteuer kann man nicht hinterziehen, sie wird sofort abgezogen. Weil öffentliches Eigentum privatisiert wurde, müssen viele Dienstleistungen privat bezahlt werden. Dem privaten Reichtum steht eine verarmte öffentliche Infrastruktur gegenüber: Bibliotheken und Schwimmbäder schließen, Personal im Krankenhaus wird gekürzt, um notwendige Reparaturen finanzieren zu können. Hier würden die Einnahmen aus einer Millionärssteuer besonders helfen: Sie geht an die Länder und kann die öffentliche Infrastruktur stärken.

Profit, Privatisierung und Preisdruck beschädigen die sozialen Grundlagen der Demokratie. Der öffentliche Nahverkehr, die Wohnungen der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften sollten keinen Profit abwerfen müssen. Die Öffentliche Daseinsvorsorge bildet die Strukturen, die die Menschen in unserer Gesellschaft verbindet. Dafür ist notwendig, dass diese Strukturen am Bedarf in der Gesellschaft ausgerichtet werden. Die Reichen haben viele Verbündete in der Politik. Sie können ihre Stimme mehr Gewicht verleihen. Wir halten dagegen. Mehr Gerechtigkeit und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge gibt es nur, wenn die Unteren

entlastet werden – und die Oberen stärker belastet. Hohe Einkommen und Vermögen, Erbschaften und Gewinne aus Kapital und Aktien müssen stärker besteuert werden. Damit finanzieren wir Investitionen in eine gute öffentliche Versorgung und einen Sozialstaat, der alle Menschen sicher vor Armut schützt. Wir wollen solidarische und ökologische Formen von Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze schaffen.

Unser Programm für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt, ist kein Wunschdenken. Es ist nicht unrealistisch. Es ist machbar und wir wissen, wie wir es bezahlen werden. Es ist genug für Alle da, wenn Alle genug beisteuern.

- Wir wollen, dass **Vermögen ab einer Million Euro** mit fünf Prozent besteuert werden. Die erste Million ist davon freigestellt. Betriebsnotwendiges Vermögen kann bis fünf Millionen freigestellt werden. Wir stellen sicher, dass Privatvermögen nicht in Betriebsvermögen »versteckt« wird und dass Betriebsvermögen in ausländischem Eigentum ebenso besteuert wird wie inländische Eigentümer. Eine solche Vermögensteuer würde 80 Milliarden Euro Mehreinnahmen im Jahr bringen.
- **Erbschaftsteuer:** Reichtum wird vererbt – und das meist ohne dass nennenswerte Steuern bezahlt werden. Gerade die Superreichen können ihre Millionenvermögen in Unternehmensanteilen steuerfrei vererben oder verschenken. Die von der Großen Koalition beschlossene Reform der Erbschaftsteuer ändert das nicht, im Gegenteil. Wir werden dafür sorgen, dass diese Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Normales, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt. Mehreinnahmen im Jahr: 5 Milliarden Euro.

- Die **Unternehmenssteuern** wurden schon vor Jahren massiv gesenkt. Die Körperschaftsteuer muss wieder auf 25 Prozent erhöht werden. Wir wollen den Wettlauf der Unternehmen um Steuervermeidung unterbinden und drängen auf europaweite Mindestsätze für Unternehmenssteuern. Wir werden sicherstellen, dass Unternehmen und Konzerne sich nicht den Steuern entziehen.
- Für arbeitsintensives Handwerk, Produkte für Kinder und Arzneimittel wollen wir ermäßigte Steuersätze bei der Umsatzsteuer.
- **Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Subventionsbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen.** Dafür wollen wir eine Bundesfinanzpolizei aufbauen. Es ist realistisch, mit einem konsequenteren Steuervollzug und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung in Steueroasen jährlich etwa 15 Milliarden Euro mehr einzunehmen.
- Mit einer **Finanztransaktionsteuer** dämmen wir die Spekulationen auf den Finanzmärkten ein. Die eingenommenen Gelder sollen für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens und für globalen Klimaschutz einerseits und für den sozial-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft andererseits genutzt werden. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Jährliche Mehreinnahmen in Deutschland: mindestens 30 Milliarden Euro.

Lebensqualität hat mit dem Angebot der Kommunen zu tun: Können sie nur das Nötigste finanzieren oder stellen sie Kulturveranstaltungen, Schwimmbäder, kommunalen Wohnungsbau, kostenfreie Kitas und Jugendzentren zur Verfügung? Wir wollen die Ausstattung der Kommunen verbessern. Wenn vom Bund oder von den Ländern Aufgaben an die Kommunen abgegeben werden, müssen sie auch die Finanzierung liefern (Konnexitätsprinzip: Wer bestellt, zahlt).

- Wir wollen die bisherige Gewerbesteuer in eine **Gemeindefinanzsteuer** umwandeln. Die Bemessungsgrundlage wird ausgeweitet (Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren werden berücksichtigt) und gutverdienende Selbständige und Freiberufler einbezogen. Dafür werden wir den Freibetrag auf 30.000 Euro anheben und die festgesetzte Steuer bei der Einkommensteuer berücksichtigen. Die Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft, was Städte und Gemeinden finanziell entlastet. Mehreinnahmen für die Kommunen: 15 Milliarden Euro.

Mit diesen Mehreinnahmen können wir den Einstieg in eine solidarische Gesellschaft finanzieren: Bessere soziale Sicherheit, mehr Personal in Bildung, Gesundheit und Pflege und einen Neustart im gemeinnützigen Wohnungsbau, Barrierefreiheit und den Einstieg in einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft. Unsere Forderungen sind gegengerechnet und realistisch.

Auch die Besteuerung von **Einkommen** wollen wir gerechter machen. Niedrige und mittlere Einkommen wollen wir entlasten. Hohe Einkommen müssen stärker besteuert werden.

- Alle **zu versteuernde Einkommen unter 12.600 Euro im Jahr bleiben steuerfrei.** Das bedeutet, dass Beschäftigte bis zu einem Bruttolohn von etwa 1.400 Euro im Monat keine Lohnsteuer zahlen müssen. Der Steuerverlauf wird abgeflacht.
- Höhere Einkommen wollen wir stärker besteuern. Mit unserem Steuerkonzept werden Alle entlastet, die weniger als 75.000 Euro zu versteuern haben (berechnet für Alleinstehende). Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent ab der Reichensteuergrenze von 260.533 Euro und 75 Prozent ab einer Million Euro zu versteuernden Einkommen.
- Ab 70.000 Euro zu versteuerndem Einkommen im Jahr beträgt der Steuersatz 53 Prozent. Die durchschnittliche Steuerbelastung für jemanden, der oder die 60.000 Euro Einkommen zu versteuern hat, läge dann bei knapp 27 Prozent. Für jemanden mit 75.000 Euro zu versteuerndem Einkommen läge der Steuersatz bei 32,1 Prozent.
- Als Faustregel gilt: Wer (als Single, Steuerklasse I) weniger als 7.100 Euro im Monat brutto hat, zahlt nach unserem Tarif weniger Steuern, wer mehr verdient, zahlt mehr Steuern. Alle haben Vorteile von der verbesserten öffentlichen Daseinsvorsorge und einer solidarischen Gesundheitsversicherung.
- Einkommen aus Kapitalerträgen sollen nicht weiter bevorzugt werden, sondern nach denselben Sätzen versteuert werden wie alle Einkommen. Die Sonderbehandlung mit der **Abgeltungssteuer von 25 Prozent werden wir abschaffen.**
- Wir wollen das Ehegattensplitting zu einem frei übertragbaren steuerlichen Existenzminimum umbauen.

VI. In die Zukunft investieren

In der Versorgung der Bevölkerung sind große Lücken entstanden. Sozialer Wohnungsbau, Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Schienen – es fehlt an Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Statt Privatisierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften, die nach Markt und Profit wirtschaften, wollen wir Investitionen so gestalten, dass der Reichtum Allen zugutekommt. Dabei müssen zuerst die Bereiche gestärkt werden, in denen für die Menschen dringender Bedarf besteht. Die Investitionen müssen die Lebensqualität der Menschen spürbar verbessert. Allein in der Bildung fehlen Investitionen in Gebäude, Technik und Personal in Höhe von 50 Milliarden Euro. Es fehlt an Personal und Investitionsmitteln in den Krankenhäusern. Es fehlt in allen großen Städten an bezahlbarem Wohnungsbau. Durch mehr öffentliche Investitionen und durch eine gerechte Verteilung der Arbeit können Millionen neue Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit (30 bis 35 Stunden pro Woche) geschaffen werden. Wir werden jährlich über 100 Milliarden Euro in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren. Durch höhere Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen können diese Ausgaben mindestens zur Hälfte refinanziert werden.

Das Investitions- und Zukunftsprogramm zielt auf:

- Gute Bildung: Wir schaffen mehr Personal, Inklusion, stocken das BaföG auf und sanieren Gebäude.
- Bessere Ausstattung in der Gesundheitsversorgung und Pflege.
- Wir schaffen einen Neustart im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau und ein Förderprogramm für sozial gerechte Modernisierungen.
- Wir finanzieren eine echte Energiewende, in der die fossilen, umweltschädlichen Energien durch regenerative ersetzt werden. Die großen Energiekonzerne wollen wir ablösen: saubere Energie in Bürgerhand.
- Wir verbessern die Ausstattung des öffentlichen Nahverkehrs und führen ein Sozialticket ein.
- Wir entlasten die Kommunen und stärken sie bei der Öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Wir fördern benachteiligte Regionen.
- Wir schaffen Zugang zu schnellem Internet überall.
- Wir investieren in Barrierefreiheit: im Verkehr, öffentlichen Gebäuden und Wohnungsbau.
- Wir schaffen mehr Lebensqualität vor Ort durch Mittel für Maßnahmen gegen Umgebungs-, Straßen-, Schienen-, und Fluglärm.

- Wir stellen Innovationen und Digitalisierung in den Dienst des Öffentlichen. »Smart Cities« von links sind öffentlich, transparent, und für Alle zugänglich.

Das Öffentliche und die Kommunen stärken: Privatisierungsstopp statt Schuldenbremse

Eine Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt Privatisierungen wichtiger Bereiche der Öffentlichen Daseinsvorsorge ab. Der Widerstand gegen die Privatisierung von Krankenhäusern und Wasserversorgung war auch bei den Protesten gegen das Freihandelsabkommen TTIP für viele ein wichtiger Grund, um auf die Straße zu gehen. Vielerorts haben sich in den letzten Jahren Initiativen für eine Re-Kommunalisierung der Wohnungs-, Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft oder auch gegen die Privatisierungen von kommunalen oder landeseigenen Krankenhäusern gebildet. DIE LINKE steht an ihrer Seite und kämpft gegen Privatisierungen und für eine Stärkung des Öffentlichen durch Re-Kommunalisierung.

Denn: Privatisierungen von Wasser, öffentlichem Wohnungsbestand, von Energieversorgung, Nahverkehr bis zur Bildung zerstören die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft und machen sie ungerechter. Privatisierungen wurden lange Zeit damit gerechtfertigt, dass sie die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger preiswerter und den Service besser machen. Nachweisbar ist das Gegenteil eingetreten. Privatisierung bedeutet, dass die Menschen mehr zahlen müssen: für Wassergebühren, den Eintritt im Schwimmbad, den Nahverkehr oder die Musikschule. Die Privatisierung befördert eine Parallelwelt der Reichen und Besserverdienenden, wer sich den Eintritt nicht leisten kann, bleibt außen vor. Wo öffentliches Eigentum verkauft wird, verschlechtert sich die Lebensqualität, besonders für Normal- und Geringverdienende.

Kürzungen bei der Öffentlichen Daseinsvorsorge und Privatisierungen werden häufig mit der Schuldenbremse begründet. Angeblich könnten »wir« uns das Öffentliche nicht mehr leisten, sonst würden wir unseren Kindern und Enkeln nur noch Schulden hinterlassen. Aber gerade im Interesse unserer Kinder und Enkel dürfen wir die Daseinsvorsorge nicht den Profitinteressen privater Unternehmen überlassen. Die Schuldenbremse und die »schwarze Null« sind vor allem Hebel, um die Daseinsvorsorge kaputt zu sparen und neue Märkte für private Konzerne zu schaffen. Infrastruktur, die Generationen halten wird, kann auch im Vorgriff auf die nächsten Generationen finanziert werden. Kredite in diesem Sinne auszuschließen, ist unverantwortlich und wirtschaftlich unsinnig, noch dazu angesichts der aktuellen Zinsen. Investitionen des Staates in die Öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur sind wichtige Investitionen in die Zukunft, die sich gerade auch für die nachfolgenden

Generationen rechnen. Zu ihrer Finanzierung will DIE LINKE die Multi-Millionäre endlich durch höhere Steuern angemessen zur Finanzierung des Gemeinwohls heranziehen.

DIE LINKE setzt auf Privatisierungsstopp statt Schuldenbremse:

- Die Schuldenbremse muss zurückgenommen werden. DIE LINKE setzt sich für eine entsprechende Veränderung der Verfassung ein. Bis dahin muss der Vollzug der Schuldenbremse ausgesetzt werden. Wir wollen die Zwangsverwaltung kommunaler Haushalte abschaffen. Den Kommunen soll erlaubt werden, über kommunale Unternehmen Kredite aufzunehmen, um die Öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten zu können.
- Grundlegende Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheitsversorgung, Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie- und Wasserversorgung, Öffentlichen Personennahverkehr, Fernverkehr, Zugang zum Internet und Abfallentsorgung müssen in öffentlicher Hand organisiert sein. Wir werden uns daher an keiner Regierung beteiligen oder sie tolerieren, die öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert.
- Wir wollen, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ebenso gestoppt wird wie alle Public-Private-Partnership-Projekte. Bis das durchgesetzt ist, müssen alle Privatisierungsvorhaben den Bürgerinnen und Bürgern zur direkten Abstimmung per Volksentscheid vorgelegt werden.
- Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wollen wir rekommunalisieren. Wir wollen dafür sorgen, dass der Bund den Kommunen Mittel für die Rekommunalisierung von Wohnungen, Krankenhäusern, Wasser- und Energieversorgung zur Verfügung stellt. Dies kann über einen Rekommunalisierungsfond geschehen. Die Koordination sowie die rechtliche Beratung können durch eine Rekommunalisierungsagentur organisiert werden, damit nicht in jeder Kommune das Rad neu erfunden werden muss.
- Privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wollen wir in nicht-kommerzielle, öffentliche, gemeinnützige oder genossenschaftliche Trägerschaften überführen (vgl. Gesundheitskapitel).

DIE LINKE sieht das Öffentliche als zentralen Bestandteil der Demokratie. Der Reichtum einer Gesellschaft muss sich in einem öffentlichen Reichtum und in den Lebenschancen aller niederschlagen. Nur diese Art von Reichtum kommt Allen zugute. Ohne ein leistungsfähiges öffentliches Eigentum – also kommunales, regionales, genossenschaftliches, gemeinwirtschaftliches oder staatliches Eigentum – kann eine Demokratie nicht funktionieren. DIE LINKE will das Öffentliche durch Investitionen stärken und zugleich sozial gerechter und demokratischer organisieren. Wir wollen ein neues Modell einer leistungsfähigen, demokratischen, öffentli-

chen, für alle zugänglichen und ökologisch zukunftsfähigen Daseinsvorsorge und Infrastruktur durchsetzen:

- Öffentliche Dienste und Einrichtungen müssen für alle Menschen zugänglich sein, unabhängig davon, wie hoch ihr Einkommen ist, wo sie wohnen, welche Staatsbürgerschaft sie haben. Öffentliche Dienstleistungen müssen für Jede und Jeden erschwinglich und barrierefrei sein.
- Nur öffentliche Unternehmen und öffentliches Eigentum bieten die Chance einer demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung durch Bürgerinnen und Bürger sowie Beschäftigte. Den öffentlichen Unternehmen müssen die Ziele des Wirtschaftens, die Orientierung an den Zielen guter Arbeit, Verringerung sozialer Ungleichheit, Partizipation, Klima- und Umweltschutz und ein klar definierter Handlungsrahmen durch die Parlamente vorgegeben werden.

Der öffentliche Dienst und die öffentlichen Unternehmen müssen sich am gesellschaftlichen Bedarf orientieren. Unter anderem heißt das: Es darf kein Personalabbau stattfinden. Verwaltungen können ohne Stellenkürzungen reformiert werden, um auf veränderten Bedarf zu reagieren.

Öffentliches Eigentum und Bürgerbeteiligung gehören zusammen. Partizipation heißt nicht, mitreden zu dürfen, sondern Entscheidungen wirksam beeinflussen zu können.

- DIE LINKE streitet dafür, dass Bürgerinnen und Bürger den Zweck öffentlicher Unternehmen mitbestimmen und öffentliche Unternehmen und Einrichtungen kontrollieren können. Sie müssen an Entscheidungen und der Gestaltung ihres Lebensumfeldes beteiligt sein. Dazu bedarf es einer umfassenden Änderung des Gesellschaftsrechts.
- Wir wollen, dass öffentliche Unternehmen und Einrichtungen transparent arbeiten und dass Verträge, die die öffentliche Verwaltung abschließt, offengelegt werden. Die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen ausgeweitet werden.
- DIE LINKE tritt dafür ein, dass das Personalvertretungsrecht uneingeschränkt für alle Menschen gilt, die für eine Dienststelle tätig sind.
- Für Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen gleich welcher Rechtsform muss Transparenz und Mitbestimmung der Kommunalräte und Belegschaften sowie die Mitwirkung von Nutzergruppen gewährleistet sein.
- Öffentliche Dienstleistungen müssen einem hohen Umweltstandard gerecht werden. DIE LINKE will in die ökologische Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur investieren (vgl. Kapitel sozial-ökologischer Umbau)

- Der öffentliche Dienst muss Vorbild in Sachen guter Arbeit und Ausbildung sein (vgl. Kapitel gute Arbeit). Der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund wollen wir erhöhen – auch um dort, wo es den Bedarf gibt, die Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu gewährleisten. Die Beschäftigten in der Verwaltung, in öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen müssen Einfluss auf deren Entwicklung nehmen können.

Lebensqualität und Demokratie in den Kommunen

In den Gemeinden, Städten und Kreisen entscheidet sich, wie es um Kinderbetreuung und Kultur, um Wohnen und Gesundheitsversorgung bestellt ist. In den Ballungsräumen verfestigt sich die soziale Spaltung. Die Entwicklung von einigen wenigen großen Städten auf der einen Seite und dem »ländlichen Raum« (auch viele mittlere und Kleinstädte umfasst) driften auseinander. Die neoliberale Politik, die die Reichen steuerlich entlastet und die Kommunen mit Aufgaben und Mehrkosten belastet, führt dazu, dass es in den Kommunen einen Rückstau an Investitionen von weit über 100 Milliarden Euro gibt. Schon jetzt sind viele Kommunen in wirtschaftlich benachteiligten Regionen überschuldet und unter Zwangsverwaltung. Die Schuldenbremse wirkt sich verheerend auf die Lebensqualität von Menschen mit geringeren Einkommen und auf die kommunale Demokratie aus. Wenn im Stadt- oder Gemeinderat bisweilen nur noch über die Verwaltung des Mangels und vermeintlicher Sachzwänge entschieden wird, wird die Demokratie in der Kommune erstickt.

- Kommunale Daseinsvorsorge muss sich am Bedarf und den Bedürfnissen der am stärksten Benachteiligten orientieren. Um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen und Kommunen zu schaffen, wollen wir ein verbindliches Anhörungs- und Mitwirkungsrecht der Kommunen auf Bundesebene, wenn Gesetzentwürfe und Verordnungen erarbeitet werden, die kommunal relevant sind.
- Wir wollen, dass Kommunen grundsätzlich über alle Angelegenheiten der kommunalen Daseinsvorsorge und der örtlichen Gemeinschaft eigenverantwortlich entscheiden und die sich daraus ergebenden Aufgaben wahrnehmen können. Die Kommunen sind kein neoliberales Experimentierfeld.
- Wir wollen einen Solidarpakt, der den am meisten benachteiligten Gemeinden zugutekommt und nicht mehr nach Himmelsrichtung verteilt wird.
- Die Überschuldung der Kommunen ist wesentlich auf die Veränderungen im Steuerrecht der vergangenen Jahrzehnte zurückzuführen. Wir brauchen einen Altschuldenfonds unter Beteiligung von Bund und Ländern.
- Gemeinden dürfen nicht für Aufgaben bezahlen müssen, die die Bundesregierung ihnen auferlegt, ohne ausreichende Finanzmittel dafür bereit zu stellen:

Das Konnexitätsprinzips (»wer bestellt, zahlt«), muss umgesetzt werden. Wir wollen eine umfassende Gemeindefinanzreform, die die Selbständigkeit der Kommunen erhöht. Dafür soll die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer weiterentwickelt werden (vgl. Ungleichheit ist unsozial).

Die Kommunen in Deutschland haben durch die Klimakrise in der Zukunft große Aufgaben zu bewältigen. Die Klimafolgen wirken sich hier am direktesten und bei den Menschen vor Ort aus. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Bund die Kommunen bei Bewältigung dieser Herausforderungen stärker unterstützt und gemeinsam mit den Kommunen verbindliche Rahmenbedingungen für Klimaschutzkonzepte schafft. Die Kommunen müssen bei der Energieversorgung vor Ort mehr und mehr auf erneuerbare Energien setzen. Der öffentliche Nahverkehr soll auf neue Antriebsmodelle umstellen. Hier haben kommunale Unternehmen und die örtliche Verwaltung eine Vorbildfunktion. Das Erneuerbare Energien Gesetz muss so verändert werden, dass Kommunen, Stadtwerke und Bürger-Energie-Genossenschaften einen gleichberechtigten Zugang zum Ausbau der erneuerbaren Energien erhalten. Es braucht einheitliche Standards für Klimaschutzkonzepte auf Bundesebene, die sicherstellen, dass Kommunen bei der Bewältigung der Klimafolgenanpassung unterstützt werden und der Bund entsprechende finanzielle Mittel dafür bereitstellt.

VII. Die Mieten runter! Neustart für den sozialen Wohnungsbau

In großen Städten, Ballungszentren und Universitätsstädten explodieren die Mieten. Weil die Miete nicht mehr bezahlbar ist, werden viele aus ihren Wohnungen verdrängt. Die Städte verändern sich: Die attraktiven Innenstädte sind mehr und mehr den Reichen vorbehalten. Arme, Studierende, Menschen mit geringem Einkommen, Rentnerinnen und Rentner werden verdrängt. Und auch für Menschen mit mittlerem Einkommen wird es eng! Immer mehr Anteile von Lohn und Gehalt müssen fürs Wohnen aufgebracht werden und fehlen an anderer Stelle. Die Angst, sich keine Wohnung mehr leisten zu können, verunsichert viele Menschen. Die Mietpreisbremse der Regierung ist wirkungslos: Sie hat die Explosion der Mieten nicht stoppen können. Der soziale Wohnungsbau ist weiter im Niedergang.

Die Mieten steigen, weil die Spekulation den Wohnungsmarkt erreicht hat: Das Kapital walzt durch die Städte. Nach der Finanzkrise und angesichts von niedrigen Zinsen suchen internationale Immobilien-Fonds und Finanzfirmen nach neuen Profitmöglichkeiten: Sie kaufen Mietshäuser und »modernisieren die Mieter heraus«: Die Bestandsmieten steigen, bei Neuvermietung oder Umwandlung in Eigentumswohnungen winken große Gewinne. Inzwischen hat es auch viele mittlere und kleinere Städte erreicht: Wohnraum, Modernisierung und die Spekulation mit Immobilien ist das neue »Beton-Gold«. Unser Grundgesetz bindet Eigentum an das Gemeinwohl. Der Wildwuchs von Mietsteigerungen und Privatisierungsgewinnen dagegen erinnert an die Goldgräber-Zeit: Regulierungen greifen nicht oder werden straffrei unterlaufen. Die Krise auf dem Wohnungsmarkt braucht entschlossene und schnell wirkende Maßnahmen. Es müssen Instrumente geschaffen werden, um überhöhte Mieten zu senken und Höchstmieten festzulegen.

Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen: In den letzten 30 Jahren hat sich der Bestand an Sozialwohnungen um Zweidrittel verringert. Die Politik der Regierungen geht ganz am Bedarf vorbei: Es fehlen fünf Millionen Sozialwohnungen! 50 000 Sozialwohnungen fallen jedes Jahr aus der Sozialbindung. Wir wollen einen Neustart im sozialen Wohnungsbau. Das ist ein zentraler Bestandteil unseres Zukunftsprogramms: Wohnungen müssen gebaut und angekauft werden – mindestens 250 000 im Jahr, für über fünf Milliarden Euro im Jahr. Die Wohnungen bleiben Sozialwohnungen: Öffentlich geförderter Wohnungsbau darf nicht aus der Sozialbindung entlassen werden. Das »Wiener Modell« hat es vorgemacht: Bezahlbare Wohnungen mit festgelegten

Mieten, die in öffentlichem Eigentum sind und in denen die Mieterinnen und Mieter mitbestimmen.

Die Wohngemeinnützigkeit wurde in Deutschland 1990 abgeschafft. Wohnen wurde dem Markt und Profitstreben überlassen. Wir wollen eine neue Wohngemeinnützigkeit einführen! Ein Sektor auf dem Wohnungsmarkt, der nicht profit-orientiert ist. Er soll die Miete bezahlbar machen, Gewinne deckeln und wieder in bezahlbare Wohnungen investieren. Dafür gibt es steuerliche Vergünstigungen. Gemeinwohlorientierte Unternehmen müssen transparent arbeiten und Mietermitbestimmung garantieren.

Das sind Grundlagen einer demokratischen, sozial gerechten und sicheren Organisation des Wohnens. DIE LINKE stellt die Interessen der Mieterinnen und Mieter in den Mittelpunkt. Wohnen ist ein Menschenrecht, das nicht dem Markt überlassen werden darf. Wir wollen 1. die Explosion der Mieten stoppen, 2. die Privatisierung von und Spekulation mit Boden und Wohnraum beenden und 3. den öffentlichen und sozialen Wohnungsbau neu starten und gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbau stärken.

Die Mieten sind zu hoch! Mieterhöhungen stoppen!

- Wir wollen eine wirkliche Mietpreisbremse, die flächendeckend, bundesweit und ohne Ausnahme gilt. Bis zu ihrer Einführung sind Mieterhöhungen ausgeschlossen. Die ortsübliche Miete ist die Obergrenze.
- Keine Mieterhöhungen ohne Verbesserungen des Wohnwertes! Vermieter können lediglich den Inflationsausgleich umlegen.
- Der Mietspiegel darf kein Mieterhöhungsspiegel sein. Alle Mieten müssen in die Berechnung einfließen und nicht nur die der letzten vier Jahre. Für Städte ab einer bestimmten Größe werden Mietspiegel verpflichtend.
- Wir unterstützen Mieterinnen und Mieter, die sich gegen Mietwucher und Verdrängung wehren! Die Verantwortung darf nicht bei den Mietern abgelegt werden. Vermieter, die gegen den Mietendeckel verstoßen, müssen bestraft werden. Wir brauchen ein öffentliches Register über alle Mietzahlungen.
- Mietwohnungen dürfen nicht kommerziell als Ferienwohnungen angeboten werden. Die Zweckentfremdung von Wohnraum wollen wir stoppen.

- Die Umsetzung von geltendem Recht, von Mietpiegel, Milieuschutz, und Verbot von Entmietung und kommerziellen Ferienwohnungen müssen wirksam kontrolliert werden. Dafür wollen wir eine Sonder-Kommission GerechWohnen und eine öffentliche Beschwerdestelle schaffen.

Wir wollen den Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter verbessern:

- Wenn Rückstände bei der Miete beglichen sind, darf nicht gekündigt werden.
- Mietminderung ist kein Kündigungsgrund!
- Kündigungen wegen Eigenbedarf der Wohnungseigentümer wollen wir strenger regeln. Wenn Unternehmen die Eigentümer sind, sollen sie ausgeschlossen werden.

Ein **Bremsklotz gegen Spekulation und Privatisierung!** Wohnen ist ein Menschenrecht und muss dem Markt und Profit entzogen werden.

- Wir wollen Wohnungen zurück in die öffentliche Hand bringen. Genossenschaften und Mieterinitiativen wollen wir den Rückkauf von Wohnungen ermöglichen und durch die öffentliche Hand fördern. Dafür soll ein Rekommunalisierungs-Fonds aufgelegt werden).
- Die Privatisierung von öffentlichen Grundstücken und Wohnungen werden wir stoppen. Liegenschaften der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben dürfen nur noch an Kommunen, Länder und Mieterinitiativen abgegeben werden.
- Bei Verkauf von Immobilien sollen die Kommunen sowie Mieterinnen und Mieter einzeln und als Gemeinschaft ein Vorkaufsrecht haben.
- Öffentlicher Boden darf nicht privatisiert, sondern nur im Erbbaurecht vergeben werden. Gemeinnützige Nutzung wird dabei bevorzugt.
- Leerstand zu Mietwohnungen! In angespannten Wohnlagen dürfen leerstehende Wohnungen nicht von der Steuer abgeschrieben werden. Das setzt die falschen Anreize.
- Die Regelung, dass nach Ablauf einer Frist von zehn Jahren auf Gewinne aus Immobilienverkäufen keine Steuern bezahlt werden müssen, wollen wir abschaffen. Gewinne, die durch Spekulation und Immobilienverkäufe entstehen, müssen deutlich stärker besteuert werden.
- Angesichts der aktuellen Notlage gilt: Wohnraum oder als Wohnraum nutzbarer Gewerberaum, der aus Spekulationsgründen oder ähnlichem leer steht oder zweckentfremdet wird, muss einer obligatorischen Zwischennutzung zugeführt werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich mit Mitteln des zivilen Ungehorsams für eine zweckgemäße Nutzung von Wohn-

raum einsetzen (»Besetzungen«), müssen legalisiert werden.

Für lebenswerte und soziale Städte. Wir wollen soziale durchmischte Stadtviertel erhalten statt Bettenburgen für die Armen an den Stadträndern und Hochglanzviertel für die Reichen in den Zentren. Dafür zielen wir auf einen prozentualen Anteil von Sozialwohnungen im Viertel.

- Wohnen ist Teil unserer Investitionen in die Zukunft: Wir wollen einen Neustart für öffentlichen sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Dafür wollen wir dauerhaft mindestens 250 000 neue Sozialwohnungen im Jahr schaffen. Die Zweckbindung muss erhalten bleiben.
- Der Bund darf nach 2019 nicht aus der Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau entlassen werden. Wir brauchen ein Bund-Länder-Programm.
- Wir wollen barrierefrei bauen! Für inklusiver Städte.
- Auch Gewerbemieten müssen begrenzt werden, um kleine Geschäfte und eine wohnortnahe Versorgung mit Einkaufsmöglichkeiten zu erhalten.
- Wir wollen flächensparend und ökologisch bauen und Kleingärten, Stadtgrün und Flächen für urban gardening erhalten.
- Wir wollen den Milieuschutz ausweiten und wirksam machen.

Sanierungen sozial und ökologisch! Sanierungen werden häufig genutzt, um die Wohnungen zu »entmieten« und die Mieten in die Höhe zu treiben.

- Nach energetischer Modernisierung darf die Mieterhöhung nicht höher sein, als die Mieterinnen und Mieter an Heizkosten sparen. Die Differenz muss durch das Förderprogramm gedeckt werden.
- Dafür wollen wir ein Bundesprogramm von fünf Milliarden Euro pro Jahr auflegen. Auf die Förderung sollen Mieterinnen und Mieter einen Rechtsanspruch haben. Wenn die Förderung nicht in Anspruch genommen wird, müssen die Mieterinnen und Mieter die Modernisierung nicht dulden.
- Die Modernisierungsumlage wollen wir abschaffen.

Wir wollen die Wohnungen für diejenigen sichern, die am stärksten bedroht sind. Die Wohnungslosigkeit hat zugenommen. In einer reichen Gesellschaft wie unserer ist das eine Schande. Wir wollen Wohnungslosigkeit stoppen. Im Vordergrund muss stehen: Wohnungen zur Verfügung stellen (*»housing first«*).

- Zwangsräumungen in die Wohnungslosigkeit wollen wir verbieten. Das Recht auf Wohnen gehört ins Grundgesetz.

- Geflüchtete dürfen nicht zum Sündenbock gemacht werden. Sie haben nur die Mängel der Wohnungspolitik sichtbar gemacht. In einer sozialen Offensive für Alle können wir gutes Wohnen für alle schaffen. Wir wollen die Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dezentral organisieren.
- Bisher wird Wohnungslosigkeit nicht dokumentiert, wir wollen eine öffentliche Statistik.
- Das Wohngeld muss so umgebaut werden, dass die realen Kosten gedeckt werden. Die öffentliche Hand darf nicht die privaten Gewinne der Wohnungsbesitzer zu nähren – deshalb wollen wir den Mietendeckel. Wir wollen den Heizkostenzuschlag sofort wieder einführen und eine Klima-Komponente bei Wohngeld und Kosten der Unterkunft (vgl. Kapitel Energiewende).
- Sozialmieten und Vergleichsmieten müssen als Kosten der Unterkunft anerkannt werden.

Die Häuser denen, die drin wohnen!

Viele Menschen wehren sich gegen Mieterhöhungen, Verdrängung und Zwangsräumungen. DIE LINKE kämpft an ihrer Seite. Wir wollen, dass Mieterinnen und Mieter mehr Mitsprache erhalten oder ihre Häuser gemeinschaftlich übernehmen können (kollektives Vorkaufsrecht). Dafür müssen demokratische Mieterräte in allen öffentlichen Unternehmen gewählt werden. An allen wichtigen Entscheidungen des Unternehmens sind Mieterinnen und Mieter zu beteiligen. Die Ergebnisse von Aufsichtsratssitzungen öffentlicher Unternehmen müssen öffentlich zugänglich sein. Mietervereine müssen ein Verbandsklagerecht erhalten. Auch Genossenschaften wollen wir demokratisieren. Um die Gründung von kleinen Genossenschaften für kooperative und/oder altersgerechte Wohn- und Kulturprojekte zu erleichtern, wollen wir eine besondere Rechtsform im Genossenschaftsrecht einführen (Rechtsform der haftungsbeschränkten Kooperationsgesellschaft).

VIII. Gute Bildung. Für Alle

Der Zugang zu Bildung ist in Deutschland weiterhin stark von der sozialen Herkunft abhängig. Wer wohlhabende Eltern hat, hat deutlich bessere Chancen Abitur zu machen und zu studieren. Bildung ist Menschenrecht. Aber für viele Kinder fällt schon nach der Grundschule die Entscheidung, welche Schulform sie besuchen werden und damit auch, welche Türen ihnen künftig verschlossen bleiben. Das deutsche Bildungssystem verschärft die soziale Spaltung der Gesellschaft statt ihr entgegenzuwirken.

In Bildung wird viel zu wenig Geld investiert. Marode Schulen zeugen davon. Durch die Schuldenbremse verschärfen sich diese Probleme. Allein der Sanierungsbedarf bei Schulen wird bundesweit auf 34 Milliarden Euro geschätzt. An den Hochschulen müssten von 2017 bis 2025 ungefähr 35 Milliarden Euro investiert werden, um den Modernisierungsstau abzubauen. Hörsäle und Seminarräume sind häufig überfüllt, und es gibt zu wenig Personal. Der Betreuungsschlüssel von Studierenden und Personal wurde 1980 mit 13 zu 1 festgelegt. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat errechnet, dass 56 746 wissenschaftliche Stellen geschaffen werden müssen, um diesen zu erreichen. Wir kämpfen für mehr Personal in Bildung und Erziehung. Wir wollen die Gebäude und Strukturen sanieren, ausbauen und dem Bedarf anpassen.

Wir stellen sozialer Spaltung in der Bildung, Leistungsdruck und Unterfinanzierung eine andere Idee entgegen. Unser Ziel ist, dass Alle die gleichen Chancen auf und den gleichen Zugang zu Bildung haben, ein Leben lang. Soziale Ungleichheiten müssen in der Bildung ausgeglichen werden, statt sie zu verstärken. Niemand darf ausgegrenzt werden. DIE LINKE setzt sich für ein inklusives Bildungssystem ein, in dem Menschen individuell gefördert und Nachteile ausgeglichen werden. Gute Bildung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss ausreichend vom Staat finanziert werden. Privatisierungen – auch von Teilen der Bildung – müssen gestoppt und umgekehrt werden. Wir wollen Lehr- und Lernmittelfreiheit, aber auch die kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern zur Schule. DIE LINKE steht für gute Bildung, die nicht vom Geldbeutel und der Herkunft abhängt.

Kooperation statt Konkurrenz

Die Bildungssysteme sind in den Bundesländern so unterschiedlich, dass ein Umzug zum Problem werden kann. Der im Grundgesetz verankerte Gedanke der gleichwertigen Lebensverhältnisse bleibt auf der Strecke. Einheitliche Standards würden vieles verbessern, stattdessen konkurrieren die Bundesländer miteinander. Für die Hochschulen sollte die neoliberale Bologna-Reform eine solche Vergleichbarkeit schaffen, tatsächlich

ist das Gegenteil eingetreten: Inhalte von Lehre und Prüfung und die Studiengänge haben sich auseinander entwickelt.

Bildungspolitik ist Ländersache, trotzdem müssen Bund und Länder in der Bildung zusammenarbeiten können. Diese Zusammenarbeit ist seit 2006 nicht möglich. Das sogenannte Kooperationsverbot ist ein Hindernis für gleiche und vergleichbare Bedingungen beim Lernen und Lehren. Zwischen den Bundesländern bestehen bei der Bildungsinfrastruktur, Bildungsabschlüssen und Bildungswegen große Unterschiede. Die Bundesregierung hat das Kooperationsverbot nur für ihre Prestigeprojekte im Hochschulbereich teilweise aufgehoben. Das ist der falsche Weg! Wir wollen das Kooperationsverbot aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern.

- Wir wollen **Gebäude sanieren, Inklusion stärken** und die digitale Infrastruktur ausbauen. Das geht nur mit öffentlichen Investitionen. Wir brauchen mehr Personal in der Bildung! Wir beginnen damit in Wohngebieten mit einkommensarmer Bevölkerung.
- **Befristungen** sind in der Bildung allgegenwärtig, ob an der Hochschule, in der Weiterbildung oder in dem Lehrerinnen und Lehrer vor den Sommerferien entlassen werden. Die Sonderregelungen für Befristungen an den Hochschulen müssen beendet werden. Wir wollen unbefristete Beschäftigung als Regel. Ausnahmen müssen sachliche Gründe haben (z.B. Elternzeitvertretung).
- Standards und Abschlüsse in der Bildung sollen bundesweit vergleichbar sein. Mit einem Bildungsrahmengesetz wollen wir Standards der Lehr- und Lernbedingungen (Personal und Ausstattung) festlegen.

Ungleiche Chancen und Lebensläufe werden auch über Bildung organisiert und zugewiesen. Eine frühe Einteilung in unterschiedliche Schulformen befördert das. An den Hochschulen hat sich diese Entwicklung in den letzten Jahren noch verstärkt: durch Leistungsdruck und ständiges Abprüfen von Wissen. Auch in der Schule, in der Ausbildung und sogar in der Kita ist der Alltag oft stressig. Konkurrenz wird schon früh geübt. Damit soziale Ungleichheit zurückgedrängt statt verstärkt wird, wollen wir eine Gemeinschaftsschule, in der länger gemeinsam gelernt wird.

Klasse Kitas

Allen Kindern muss von Anfang an ganztägig das gemeinsame Leben und Lernen mit anderen Kindern in Kindertageseinrichtungen ermöglicht werden. Unabhängig davon, ob und wie lang die Eltern arbeiten. Solche Bedarfsprüfungen lehnen wir ab. Zur Sicherung der Qualität der Einrichtungen und für den weiteren

Ausbau von Kitaplätzen muss der Bund mehr Geld zur Verfügung stellen. Wir brauchen ein Kitaqualitätsgesetz, das beim Kitausbau die Belange der Kinder und der Beschäftigten in den Mittelpunkt rückt:

- DIE LINKE fordert einen bundesweit einheitlichen Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten von mindestens einer anwesenden Erzieherin oder einem Erzieher zu maximal drei Kindern im Alter bis drei Jahren und mindestens einer Erzieherin oder einem Erzieher zu maximal acht Kindern ab drei Jahren.
- Wir wollen gebührenfreie Kitas (mit Elternbeitragsfreiheit) und kämpfen für die Abschaffung jeglicher Gebühren im öffentlichen Bildungssystem.
- Alle Kinder sollen täglich ein kostenloses warmes Essen erhalten, wie es in einigen Städten bereits praktiziert wird.
- Sozial- und Erziehungsberufe müssen aufgewertet werden. Sie verdienen größere Wertschätzung: bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Wir wollen die Ausbildung als Erzieherin und Erzieher in der frühkindlichen Bildung schrittweise auf Hochschulniveau anheben.

Eine Schule für Alle

Wesentliche Ursache der sozialen Spaltung in der Bildung ist die frühe Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in unterschiedliche Schulformen.

- Wir wollen eine Schule für Alle: Eine Gemeinschaftsschule, die kein Kind zurücklässt und sozialer Ungleichheit entgegenwirkt. Statt Bildungschancen über unterschiedliche Bildungswege zuzuweisen, fordern wir inklusive Schulformen, die längeres gemeinsames Lernen ermöglichen.

Die Gemeinschaftsschule fördert die Kinder individuell und umfassend. Private Nachhilfe und Hausaufgaben werden überflüssig. Die Gemeinschaftsschule hat einen hohen inhaltlichen Anspruch, fördert Stärken und gleicht Nachteile aus. Sie ist ganztägig organisiert und bietet alle Schulabschlüsse an. Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und Schulpsychologie wirken zusammen. Sie ist demokratisch organisiert mit einer wirklichen Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern.

DIE LINKE will eine inklusive Schule, die auch für die uneingeschränkte Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention steht. Heute werden viele besondere Förderbedarfe festgestellt, häufig folgt daraus nichts. Das muss sich ändern. Inklusion ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, Alle müssen gleichberechtigt dazugehören und teilhaben können.

- Bund, Länder und Kommunen müssen dafür ein Investitionsprogramm für »Inklusive Bildung« auflegen, um Bildungseinrichtungen umfassend barrierefrei umzubauen und auszustatten.

- Der Rechtsanspruch auf inklusive Bildung und das Recht auf das gemeinsame Lernen in allen Schulen in einer Regelschule gehört in jedes Schulgesetz. Inklusion darf nicht davon abhängig gemacht werden, wie viel sie kostet!
- Tausende geflüchtete Kinder und Jugendliche gehen in Deutschland in die Schule oder machen eine Ausbildung. Wir wollen ein Bund-Länderprogramm »Sofortmaßnahmen in der Bildung«. Es muss vom Bund mit finanziert werden und umfasst: Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten, eine Erstausrüstung an Schulbedarf für alle Kinder, zusätzliche Sprach- und Alphabetisierungskurse auch für geflüchtete Erwachsene und Informationen zu Berufsausbildungen, die für Geflüchtete angeboten werden in der Bundesagentur für Arbeit.
- Schulsozialarbeit muss ein fester Bestandteil von schulischer Arbeit werden – an jeder Schule und dauerhaft.
- Die bestehende Personalauslastung der Schulen führt zu Unterrichtsausfall und Stress. Das Personal muss Engpässe mit regulär beschäftigten Lehrkräften ausgleichen können.

- Viele Sporthallen und Schwimmbäder sind baufällig, müssen gesperrt werden oder sind es schon, weil gespart werden muss. Hier wollen wir investieren und sanieren!

- Wir wollen Lobbyismus in Schule und Unterricht unterbinden. Interessensgruppen dürfen nicht aus kommerziellen Gründen dort aktiv sein. Kommerzielle Werbung an Schulen muss gesetzlich untersagt werden. Schulen müssen besser mit Lehrmitteln ausgestattet werden. Lehrkräfte sollten nicht länger aus Finanznot gezwungen sein, auf externes Unterrichtsmaterial zurückgreifen zu müssen.

- Bildung ohne Bundeswehr! Die Bundeswehr soll nicht mehr in Schulen oder Universitäten werben dürfen. Stattdessen brauchen wir dort mehr politische und friedenspädagogische Bildung durch Lehrkräfte.
- Lehrämter – von der Grundschule bis zum Gymnasium – sollen gleichgestellt werden.

Gut ausgebildet

Jedes Jahr werden etwa 80 000 junge Menschen in Deutschland bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz verfrachtet. Sie finden keinen Ausbildungsplatz mit Perspektive oder hängen in endlosen Warteschleifen fest. Eine Studie des DGB hat gezeigt: Es gibt nicht zu wenig qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber, wie die Arbeitgeber behaupten. Rund 283 000 Jugendliche, die von der Bundesagentur für Arbeit als ausbildungsreif eingestuft wurden, haben keinen Ausbildungsplatz. Mehr als die Hälfte der Auszubildenden klagt über Belastung, viele gehen auch krank zur Arbeit oder werden

als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Die Bedingungen und die Qualität der Ausbildung müssen dringend verbessert werden.

DIE LINKE setzt sich für ein Recht auf eine gebührenfreie und vollqualifizierende Ausbildung für Alle ein.

- Wir wollen eine solidarische Umlagefinanzierung, die alle Betriebe in die Pflicht nimmt, damit ausreichend duale und qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze geschaffen werden (vgl. Weiterbildung im Kapitel zu Arbeit und Digitalisierung).
- Auszubildende brauchen eine Mindestausbildungvergütung, die zum Leben reicht.
- Am Ende von berufsvorbereitenden Maßnahmen muss ein verbindliches Ausbildungsangebot stehen.
- Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung sollen einen anerkannten Berufsabschluss machen können – unabhängig von ihrem Alter.
- Wir wollen eine grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), in der die Verbesserung der Ausbildungsqualität in den Mittelpunkt gerückt und ein Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Ausbildung verankert wird.
- Die Mitbestimmung der Auszubildenden wollen wir stärken. Ihre Mitwirkung in den Personalvertretungen muss garantiert werden.
- Die Lehr- und Lernmittelfreiheit muss im Berufsbildungsgesetz verankert werden.

Gute Weiterbildung

Wir setzen uns für lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen ein: als Angebot, nicht als Pflicht zur Selbstoptimierung! Die allgemeine, politische und berufliche Weiterbildung ist ein wichtiger Teil davon. Sie dient der Entwicklung der Einzelnen und der beruflichen Fortbildung oder Umorientierung und befördert die gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen berufliche Weiterbildung erleichtern. DIE LINKE will zudem eine Bildungszeit für alle Beschäftigten durchsetzen (vgl. Kapitel Gute Arbeit).

In der Weiterbildung sind die Arbeitsverhältnisse oft prekär.

- Wir wollen einen Branchentarifvertrag für alle Bereiche der Weiterbildung in Anlehnung an den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes.
- Honorarverträge sollen in feste Stellen umgewandelt werden. Honorare und Arbeitszeiten müssen an den Tarifvertrag angepasst werden.
- Lehrerinnen und Lehrer in Sprach- und Integrationskursen müssen die gleichen Arbeitsbedingungen und Vergütungen wie der öffentliche Dienst bekommen.

- Die Arbeitsagenturen und andere öffentliche Auftraggeber müssen bei der Vergabe die Qualität von Bildung und eine gute Bezahlung der Lehrkräfte in den Mittelpunkt stellen. Bei der Vergabe von Bildungsdienstleistungen durch die Bundesagentur für Arbeit sollen die geltenden tariflichen Bestimmungen für alle Anbieter verbindlich sein.
- Volkshochschulen und andere öffentlich geförderte Weiterbildungseinrichtungen müssen ausreichend und dauerhaft finanziert werden. Lehrkräfte dürfen sich nicht von einem befristeten Projekt zum nächsten hangeln müssen.

Demokratische Hochschule und kritische Wissenschaften

Seit mehr als 15 Jahren werden die Hochschulen nach neoliberalen Vorgaben umgebaut. Das Ziel ist, Wissen, Bildung und Forschung wirtschaftlich verwertbar zu machen. Auf der Strecke bleiben Sozial- und Geisteswissenschaft und die Funktion von Wissenschaft, die Anforderungen aus der Gesellschaft nicht nur zu bedienen, sondern auch einer Kritik zu unterziehen. Forschung ohne Drittmittel ist kaum noch möglich. Das Studium ist von Leistungsdruck und Zeitdruck geprägt. Viele werden durch Zugangshürden ausgeschlossen. Das ist politisch gewollt. Es muss aber nicht so bleiben. Dass es sich lohnt zu kämpfen, hat die Abschaffung der regulären Studiengebühren gezeigt. Nach langen Protesten wurden die Gebühren nach und nach in allen Bundesländern abgeschafft, zuletzt 2013 in Bayern. Hier wollen wir anknüpfen und gemeinsam mit Studierenden und Lehrenden dafür streiten, die Studien- und Arbeitsbedingungen an den Universitäten und Fachhochschulen zu verbessern. DIE LINKE setzt sich für eine soziale, demokratische und solidarische Hochschule ein.

- Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen wie Numerus Clausus, Auswahlgespräche, IQ-Tests oder Bewerbungsgespräche müssen überwunden werden. Wir schlagen dazu ein Hochschulzulassungsgesetz vor.
- Der Zugang zum Master muss zulassungsfrei sein. Dafür müssen Masterstudienplätzen ausgebaut werden.
- Jegliche Formen von Studiengebühren gehören abgeschafft. Wir schlagen dazu ein Bundesgesetz zur Hochschulzulassung vor. Versuchen wie in Sachsen und Baden-Württemberg, Studiengebühren wieder einzuführen, stellen wir uns entgegen.
- Der neoliberale Bologna-Prozess ist gescheitert. Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes, interdisziplinäres und kritisches Studieren jenseits des verschulerten Bachelor-Master-Systems ein. Die Möglichkeiten für einen Hochschulwechsel und ein Auslandsstudium müssen außerdem verbessert werden.
- Wir wollen die inklusive und barrierefreie Hochschule.

- Wir wollen die Hochschulen für Geflüchtete öffnen. Dafür müssen zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Die Aufnahme eines Studiums muss das Bleiberecht sicherstellen und vor Abschiebung schützen.

Demokratisierung der Hochschulen: Wir streiten für bundesweit verfasste Studierendenschaften mit allgemeinpolitischem Mandat. Hochschulgremien wollen wir paritätisch besetzen, so dass alle Statusgruppen, auch die Studierenden, gleichberechtigt vertreten sind.

Statt einseitiger Stärkung der Hochschulleitung brauchen wir eine Stärkung der Hochschulsenate, die von allen Hochschulmitgliedern gewählt werden können. Gremien, die sich an Aufsichtsräte anlehnen – wie Hochschulräte – gehören abgeschafft. Den demokratischen Austausch der Hochschule mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Sozialverbänden wollen wir stärken.

- Wir wollen, dass sich Studierende an den Hochschulen organisieren können. Das muss Vorrang vor kommerzieller Nutzung der Hochschulräume haben.
- Inhalte von Lehre und Forschung orientieren sich immer stärker an wirtschaftlicher Verwertbarkeit und Konzerninteressen. Wir wollen ein vielfältiges Angebot und setzen uns für kritische Wissenschaft und Lehre ein.

Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für Studierende und wissenschaftliches Personal. Dazu muss die Unterfinanzierung der Hochschulen beendet werden.

- Der Bund muss eine Grundfinanzierung übernehmen. Wir wollen den Hochschulpakt entfristen und zu einem Dauerzuschuss weiterentwickeln. Statt einseitiger Exzellenz-Förderung benötigen wir eine öffentliche Ausfinanzierung. Die Exzellenzinitiative soll eingestellt, und die Mittel sollen für die Grundfinanzierung verwendet werden.
- Investitionen in die soziale Infrastruktur: Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau muss wieder im Grundgesetz verankert und ein Sonderprogramm für den Neubau von Wohnheimplätzen gestartet werden. Die Mittelvergabe in Forschung und Lehre soll durch eine Grundfinanzierung ersetzt werden, die sich an der Zahl der tatsächlichen Studienanfänger und an den Kosten des Studienplatzes bemisst.
- Das BAföG muss an die Lebenswirklichkeit angepasst werden und vor Armut schützen. Wir setzen uns für ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro ein. Das BAföG wird nach Bedarf gezahlt, Vermögen- und Einkommen werden geprüft. Es wird jedes Jahr automatisch an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst. Bei Bedarf wird zusätzlich Wohngeld gezahlt. Wir wollen die Altersgrenzen beim BAföG abschaffen und an die reale, durchschnittliche Studiendauer anpassen. Förderlücken müssen geschlossen werden. Menschen mit Duldung, Aufenthaltsgestattung und mit humanitären

Aufenthaltstiteln müssen Zugang zur Ausbildungsförderung haben.

Gute Wissenschaft braucht gute Arbeit. Dazu muss der wissenschaftliche Mittelbau gestärkt werden. Daueraufgaben müssen durch Dauerstellen bearbeitet werden. Prekäre Arbeit, Lehre zu Dumping-Vergütung und die Ausbeutung von Lehrbeauftragten lehnen wir ab. Die Honoare für Lehraufträge wollen wir erhöhen. Die Anzahl von Lehraufträgen wollen wir zu Gunsten von regulären Arbeitsverhältnissen verringern.

- Schluss mit den Ketten-Befristungen. Wir fordern ein bundesfinanziertes Anschubprogramm, mit dem 100 000 unbefristeten Stellen geschaffen bzw. entfristet werden. Die Mindestvertragslaufzeiten für Drittmittelstellen und in der Qualifizierung sollen 24 bzw. 36 Monate betragen.
- Wir brauchen einen flächendeckenden Tarifvertrag für studentische Beschäftigte.
- Wir wollen eine 50-prozentige Frauenquote auf jeder Karrierestufe durchsetzen und das Professorinnen-Programm ausbauen.

Transparente Forschung und gesellschaftliche Verantwortung:

- Kooperationsvereinbarungen, Sponsoring und sonstige Verträge zwischen öffentlichen Hochschulen und privaten Unternehmen und Stiftungen müssen offengelegt und künftig verboten werden. Sie nehmen direkt oder indirekt Einfluss auf Wissenschaft.
- Urheberrechtlich geschützte Werke sollen für Zwecke der Bildung, Forschung und Lehre nutzbar gemacht werden. Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler soll ein Zweitveröffentlichungsrecht eingeräumt werden, damit die Nutzungsrechte nicht exklusiv durch Verlagsunternehmen angeeignet werden können. Dafür wollen wir eine Schranke für Bildung und Forschung im Urheberrecht verankern.
- Wissen, das mit Steuermitteln erarbeitet wurde, muss Allen zu Verfügung stehen. Daher setzen wir uns für Open-Access-Veröffentlichungen ein. Forschungsdaten sollen nach dem Prinzip von Open Data zugänglich sein.
- Keine Forschung für Krieg und Rüstungsindustrie: Wie fordern die Verankerung von Zivilklauseln an allen Hochschulen

Zugang für Alle, auch digital

Die Digitalisierung bietet die Chance, vielen Menschen einen schnellen Zugang zu Informationen zu ermöglichen. Das geschieht aber nicht von selbst, sondern muss durchgesetzt werden. Es ist auch eine Frage von Macht, wer über Inhalte des und Zugang zum Internet entscheidet. Der Zugang zu digitalen Technologien und

zum Internet muss unabhängig von Einkommen und sozialem Hintergrund ermöglicht werden.

Wir wollen stärker Kompetenzen im Bereich Medien und Information vermitteln. Ein selbstbestimmter und kritischer Umgang mit digitalen Technologien und dem Internet sind mit Bildung verbunden.

- Zusätzlich zum Ausbau der IT wollen wir Weiterbildungsangebote für das Lehrpersonal schaffen.
- Digitalen Medien dürfen nicht zum Einfallstor für

Privatisierung der Bildung durch private kommerzielle Anbieter, Unternehmen oder Verlage sein.

- Wir wollen, dass jedes Kind ein mobiles Endgerät als Teil der Bildungsausstattung bekommt. Fortbildungen und Kurse an Volkshochschulen sollen auch online angeboten werden.

Die IT-Infrastruktur aller Schulen muss mit schnellen und leistungsfähigen Breitbandanschlüssen, WLAN für Alle und einer zeitgemäßen Hard- und Software-Ausstattung ausgebaut werden.

IX. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West

Das neoliberale Wirtschaftsmodell mit der einseitigen Ausrichtung auf den Export führt zu einer wachsenden Ungleichheit zwischen den Regionen. Seit Jahren stagniert die Wirtschaftskraft im Osten bei nur 67 Prozent des West-Niveaus. Die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur ist kleinteilig, und es gibt keine großen Unternehmenszentralen. Die Bundesregierung befördert die Ungleichheit zwischen den Regionen durch ihre ungerechte Steuer- und Wirtschaftspolitik. Die Versorgungslücken in einigen Regionen, Bundesländern und Kommunen sind dramatisch. Der Investitionsstau in den Kommunen liegt bei weit über 100 Milliarden Euro. Städte und Gemeinden in Ost und West brauchen mehr Mittel, um in ihre öffentliche Infrastruktur investieren zu können.

DIE LINKE will, dass die im Grundgesetz verankerte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Regionen endlich verwirklicht wird. Wir wollen Reichtum besteuern, damit mehr Geld vor Ort da ist.

Nur durch gut bezahlte Arbeit, eine sanktionsfreie Mindestsicherung und eine zukunftsfähige Wirtschaft, die mehr als bloß verlängerte Werkbank ist, lässt sich Armut dauerhaft bekämpfen.

- Wir brauchen einen solidarischen Länderfinanzausgleichs, der den Aufgaben gerecht wird. Wir wollen eine umfassende Gemeindefinanzreform, in der u.a. die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer umgewandelt wird.
- Wir wollen einen Solidarpakt III für strukturschwache Regionen in Ost und West einführen.
- Im Zuge des sozial-ökologischen Umbaus wollen wir die Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regio-

nen Wirtschaftsstruktur« als wichtiges Instrument der Wirtschaftsförderung sichern.

- In Wissenschaft und Forschung muss umfangreicher investiert werden, um Innovationen und die Hochschulen besonders in Ostdeutschland zu stärken.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtumbauprogramme Ost und West zu einem Programm für strukturschwache Regionen umgearbeitet wird. Städte und Gemeinden müssen in die Lage versetzt werden, die Herausforderungen der demographischen Entwicklung, des energetischen Umbaus, der Konversion und des sozialen Zusammenhalts zu bewältigen.
- Gut Wohnen in der Stadt und auf dem Land: Als Folge verfehlter Wirtschaftspolitik wandern in vielen ländlichen Regionen die Menschen ab – oft auf dem Land, besonders oft in Ostdeutschland. Der Bund fördert den Abriss von Wohnungen. Das ist nicht zeitgemäß. Modernisierung und altersgerechter Umbau und der Erhalt lebenswerter und funktionsfähiger Städte und Dörfer müssen stärker in den Mittelpunkt rücken.

Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland

Die Versprechen aller Bundesregierungen seit der Vereinigung, gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West zu schaffen, sind gebrochen worden. Die beschlossene »Rentenanpassung« ist nur eine Fortsetzung davon: Sie sieht vor, dass eine Gleichbehandlung erst 2025 abgeschlossen ist. 35 Jahre nach der Vereinigung! Wir wollen eine vollständige Angleichung der Renten als Sofortmaßnahme. Noch immer gibt es im Osten weniger Rente für dieselbe Lebensleistung. Die Löhne und Gehälter sind niedriger, die Armutsquote ist höher,

und es sind mehr Menschen erwerbslos. Ostdeutsche haben weniger Vermögen, die Tarifbindung und die Gewerkschaften sind schwächer. Kein Wunder, dass 65 Prozent der Ostdeutschen der Meinung sind, die Bundesregierung tue zu wenig, um die Lebensverhältnisse in Ost und West anzugleichen. Die Folgen neoliberaler Politik der vergangenen 25 Jahren zeigen sich in Ostdeutschland wie unter einem Brennglas. Dennoch ist Ostdeutschland keineswegs durchgängig eine wirtschaftlich abgehängte Region. Gerade in den größeren Städten überwiegen Zukunftschancen und gute Entwicklung. Beim Wandel von Lebens- und Arbeitswelt sowie gesellschaftlichen Werten haben Ostdeutsche besondere Erfahrungen gemacht. Bis heute entfalten auch Erfahrungen aus der Zeit vor der »Wende« ihre Wirkung: Vielen Frauen ist es selbstverständlich, sich nicht zwischen Kindern und Beruf entscheiden zu müssen. Egalitäreren Rollenvorstellungen in Familien sind weiter verbreitet. Wer soziale Absicherung erfahren hat, ist weniger bereit, alle Lebensbereiche Konkurrenz und Wettbewerb zu unterstellen. Hinzu kommen positive Erfahrungen und Modelle wie Polikliniken oder Agrar-genossenschaften, die heute unter neuen Namen zum Einsatz kommen.

DIE LINKE will progressive Lebensmodelle stärken, auch in und aus Ostdeutschland. Wir finden uns nicht mit dem Zweite-Klasse-Status Ostdeutschlands ab. Wir haben eine besondere Verantwortung im Umgang mit diesen sozialen wie regionalen Ungleichheiten und Umbrüchen. Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse. Wir verstehen uns im Unterschied zu allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien als Vertreterin der Interessen der Menschen in Ostdeutschland. Das sind wir, solange wie strukturelle Benachteiligungen und Ungleichheiten, soziale und wirtschaftliche Spaltungen zwischen Ost und West fortbestehen.

- Wir fordern gleiche Rente für gleiche Lebensleistung! Noch immer erhalten Rentnerinnen und Rentner in Ost und West für die gleiche Lebensleistung keine gleichwertige Rente. Wir wollen die Benachteiligung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner endlich beenden. Daher muss der Rentenwert Ost zügig an das Westniveau steuerfinanziert angeglichen werden. Die Kanzlerin erzählt das Märchen, dass dabei die Umrechnung (»Hochwertung«) der ostdeutschen Löhne und Gehälter entfallen müsse. Das ist falsch. Wir wollen allgemein eine Hochwertung für Zeiten des Niedriglohns einführen (vgl. Kapitel Gute Renten). Solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt, muss die Umrechnung erhalten bleiben. Die Angleichung der Ostrenten darf nicht zum Nachteil der heute Beschäftigten führen.
- Bei der Überführung der Alterssicherungssysteme der DDR in bundesdeutsches Recht wurden Rentenansprüche für verschiedene Gruppen, zum Beispiel von Krankenschwestern und in der DDR Geschiedenen unzureichend anerkannt. Hunderttausende Ostdeutsche und rund 20 Berufsgruppen sind nach wie

vor betroffen. Die Lebensleistungen im Osten müssen anerkannt werden!

- Neoliberale Arbeitsmarktpolitik ist überall und insbesondere im Osten gescheitert: Wir wollen gute Arbeit statt prekärer Jobs. Den Niedriglohnsektor wollen wir mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro trockenlegen. Tariffucht durch Werkverträge und Leiharbeit muss unterbunden werden. Die ausufernden Befristungen wollen wir zurückdrängen und auf wenige Sachgründe beschränken. DIE LINKE steht für den Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!« – Ost und West.
- Die Treuhand hat in Ostdeutschland ein weitgehend deindustrialisiertes Land zurückgelassen. Wir brauchen Investitionen und regionale Entwicklungspläne für gute Arbeit und sozial und ökologisch nachhaltige Produktion. Wir wollen den Genossenschaftsgedanken als solidarisches Wirtschaftsmodell stärken. Dazu gehören für uns auch Agrar-genossenschaften als soziales wichtiges Bindeglied zwischen einer nachhaltigen Landwirtschaft und den Dörfern.
- Die ostdeutschen Wohnungsbauunternehmen werden von ihren Altschulden befreit und die freien finanziellen Mittel im Interesse der Mieterinnen und Mieter und der öffentlichen Unternehmen eingesetzt.
- Wir wollen besonders innovative Industrien und Forschung im Osten fördern, um neue Entwicklungspfade zu ermöglichen. Wir wollen Hochschulen und Fachhochschulen ausbauen und eine gemeinnützige Forschungs-GmbH schaffen.

X. Integration braucht eine soziale Offensive und gleiche Rechte für Alle: Für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft

Ein gutes Zusammenleben ist nicht voraussetzungslos. Integration braucht eine soziale Infrastruktur, die nicht privaten Profitinteressen, sondern dem öffentlichen Bedarf verpflichtet ist. Und es braucht gleiche Rechte für alle Menschen, einen wirksamen Schutz vor Diskriminierung und die Möglichkeit, sich sozial, kulturell und politisch einzubringen. Wir sehen Integration als Aufgabe einer Gesellschaft insgesamt: Dass sie nicht auseinanderdriftet, dass sie soziale Strukturen der Beteiligung und des Zusammenhalts schafft. Integration ist keine Bringschuld der Einzelnen. Integration einer demokratischen Gesellschaft schließt das Recht auf unterschiedliche Lebensentwürfe ein.

Die Bundesregierung ist längst zur Politik der Abschottung, des Generalverdachts und der Entrechtung gegenüber Einwanderern und Geflüchteten zurückgekehrt. Mit Stimmungsmache gegen Muslime wird Handlungsfähigkeit simuliert. Gegen die Krise der auf dem Wohnungsmarkt, den Verfall der sozialen Infrastruktur bleibt die Regierung untätig. In der Parallelgesellschaft der Reichen und Steuerflüchtlinge ist das egal. Auf eine öffentliche Infrastruktur und soziale Rechte ist man hier nicht angewiesen. Wir hingegen kämpfen für eine soziale Offensive für Alle. Das ist das beste Mittel gegen eine Brutalisierung der Gesellschaft und reaktionäre Antworten auf die Krisen.

Die LINKE steht an der Seite derer, die für Bewegungsfreiheit, Grundrechte und soziale Gerechtigkeit für Alle einstehen. Deutschland ist längst ein Einwanderungsland. Wie viel Offenheit und Engagement in unserer Gesellschaft vorhanden ist, zeigt die Vielzahl derjenigen, die in der Flüchtlingssolidarität aktiv sind. Wir streiten für sichere Fluchtwege und eine Gesellschaft, die Menschenrechte verwirklicht – statt Mauern zu bauen und Grundrechte der aktuellen Haushalts- und Stimmungslage anzupassen.

- Im Gegensatz zu allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien haben wir jede Einschränkung des Asylrechts abgelehnt. Wir stehen zu einer Wiederherstellung des Asylrechts. Menschenrechte kennen keine Obergrenze (vgl. Kapitel Demokratie zum Asylrecht).
- Wir wollen die Ursachen der Fluchtbewegungen bekämpfen: Durch ein Verbot von Waffenexporten.

Durch friedliche Konfliktlösungen und durch gerechtes Wirtschaften (vgl. Fluchtursachen bekämpfen).

Wir wollen echte Integrationsangebote aus- und Bürokratie abbauen. Migrantinnen und Migranten und Geflüchtete müssen frühzeitig Zugang zu Integrations- und Sprachkursen erhalten, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

- Sprachkurse müssen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, Lehrkräfte müssen entsprechend ihrer Aufgabe und Qualifikation besser bezahlt werden. Niedrigschwellige Angebote, insbesondere für Migrantinnen und geflüchtete Frauen, wollen wir ausbauen.
- Gute Bildung für Alle. Wir werden ein Sofortprogramm auflegen zur Ausbildung und Einstellung von zusätzlichen Schulsozialarbeitern und Lehrkräften, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten. Die Schulpflicht muss für alle Kinder bundesweit und unabhängig vom Aufenthaltsstatus gelten, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und Ganztagesplätze.
- Bezahlbaren Wohnraum für Alle. Die Unterbringung von Asylsuchenden in Not- und Massenunterkünften ist unmenschlich, teuer und integrationsfeindlich. Wir wollen einen Neustart des sozialen Wohnungsbaus für Alle. Leerstehende Wohnungen sollen obligatorisch vermietet werden.
- Gute Arbeit für Alle! Gerade Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge werden am Arbeitsmarkt ausgegrenzt. Wir wenden uns gegen Ausnahmen im Mindestlohn und wollen Asylbewerber und Geflüchtete schnell, aber fair in den Arbeitsmarkt integrieren.
- Wir werden den Personalbestand im öffentlichen Dienst im Bereich der sozialen Offensive deutlich anheben.
- Wir wollen 300 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen.
- Solidarische Gesundheitsversicherung für Alle! Es darf keine Leistungseinschränkungen für Geflüchtete

geben. Besondere Bedarfe aufgrund von Kriegs- und Fluchterlebnissen müssen berücksichtigt werden. Die psychotherapeutische Versorgung muss gewährleistet sein.

Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus und für mehr Demokratie engagieren, Flüchtlingsräte, migrantische Verbände, selbstverwaltete Beratungsangebote und Selbstorganisationen von Flüchtlingen, wollen wir stärken.

- Unsere Kommunen stärken! Der Bund muss mindestens 50 Prozent der Kosten für die Aufnahme, Unterbringung (inklusive der Gesundheitsversorgung) und Integration von Geflüchteten übernehmen.
- Den öffentlichen Nahverkehr ausbauen! Der Bund muss die Regionalisierungsmittel erhöhen und Kommunen bei der Ausweitung des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) und der Einführung von Sozialtickets unterstützen.

Sport bringt Menschen zusammen und bietet Raum für gemeinsame Erfahrungen. Deshalb gilt es, die 90 000 Sportvereine und die vielfältigen Fan-Initiativen bei der Integration zu unterstützen.

- Der Bund muss sich an der Sanierung der Sportstätten, die als Unterkunft für Geflüchtete genutzt wurden, beteiligen.
- Antirassistische Fan-Initiativen sollten mehr finanzielle Unterstützung erhalten.

Wir wollen die Kinder- und Jugendhilfe ausbauen. Die Bundesregierung will wegen der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen die Standards absenken. Wir wollen die gesamte Kinder- und Jugendhilfe stärken.

XI. Kultur für Alle von Allen

Kultur eröffnet neue Räume im Denken und Handeln und wirft immer wieder die Frage auf: Wie wollen wir zusammen leben? Kultur und Kunst ermöglichen Kommunikation und Verständigung, Bildung, Freiheit und Selbstvergewisserung. Fantasie und Kreativität zeigen, dass wir uns mit der Realität nicht abfinden müssen, sondern sie gestalten können. DIE LINKE tritt für eine demokratische Kultur ein, in der alle in Deutschland Lebenden, unabhängig von ihrer Herkunft, ihre kulturelle Identität finden und ausdrücken können. Wir werden das kulturelle Leben fördern in allen Milieus und Regionen, in Metropolen und in ländlichen Räumen, in Kulturinstitutionen und freier Szene, als Basis für die Verständigung zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft.

Die letzten Jahre waren geprägt von Schließungen oder Privatisierungen von öffentlichen Einrichtungen und einem massiven Personalabbau. Der öffentliche Kultursektor wurde geschwächt. Kommerzielle Angebote sind nicht für alle Menschen zugänglich und häufig nicht demokratisch gestaltet. Die Kürzungen der Kulturförderung, die Dominanz von Profitorientierung auch im Kulturbereich und neue Formen digitaler Kulturproduktion haben die wirtschaftlichen und sozialen Risiken für die Kulturschaffenden vergrößert. Ihre Situation ist zunehmend von sozialer Unsicherheit sowie geringen und schwankenden Einkünften gekennzeichnet. Digitalisierung und die wachsende Kreativwirtschaft haben das Verständnis von Arbeit verändert: Mehr zeit- und ortsungebundene Arbeiten ermöglichen mehr Selbstbestimmung und Zeitsouveränität. Aber die Gefahr der (Selbst-) Ausbeutung wächst, weil es zu wenig kollektive Interessenvertretung gibt. Befristete Beschäftigungsverhältnisse und Soloselbständigkeit lösen das alte Normalarbeitsverhältnis ab. DIE LINKE will gute Arbeitsbedingungen, die Stärkung des Öffentlichen und mehr Demokratie auch im Bereich der Kultur durchsetzen:

- Kultur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für Archive, Bibliotheken, Kinos, Museen, Musik- und Kunstschulen, Opernhäuser, soziokulturelle Zentren, Theater, Volkshochschulen und die vielfältigen Vereine schaffen.
- Wir setzen uns für eine grundlegend andere Kulturförderung ein: statt Druck durch die Ökonomisierung wollen wir eine solide Grundfinanzierung. Sie soll genügend Freiräume für Projektentwicklung bieten und die Kulturschaffenden – ob angestellt oder freischaffend – sozial absichern.

Wir streiten für ein neues Normalarbeitsverhältnis, das den Anforderungen unserer Zeit und den Bedürfnissen der Beschäftigten entspricht (vgl. Kapitel Gute Arbeit): für gute, existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherung im Kulturbereich.

- Wir wollen die Vergabe öffentlicher Fördermittel an eine gute, existenzsichernde Vergütung, gute Arbeitsbedingungen und Genderngerechtigkeit koppeln. Wir streiten für branchenspezifische Mindesthonorare und Ausstellungshonorare für bildende Künstlerinnen und Künstler.
- Wir wollen die Verhandlungsmacht der Kreativen im Urhebervertragsrecht stärken.
- Die Künstlersozialkasse muss erhalten und ausgeweitet werden. Wir wollen neu entstandene Tätigkeitsfelder einbeziehen und den Bundeszuschuss erhöhen. Wir streben die Einbeziehung in unsere solidarischen Versicherungsmodelle (Gesundheit, Erwerbslosigkeit, Rente, Pflege) an.
- Die Verwertungsgesellschaften wollen wir reformieren und die Mitbestimmungsrechte der Kreativen verbessern.

Wir wollen Kulturgüter digital sichern und für Alle zugänglich machen. Dafür brauchen wir eine gesamtstaatliche Digitalisierungsstrategie.

- Wir wollen Kultureinrichtungen verpflichten, ihre digitalen Veröffentlichungen möglichst unter freie Lizenzen zu stellen und mit der Deutschen Digitalen Bibliothek zu kooperieren.
- Wir wollen Filme auf Dauer bewahren und zugänglich machen.
- Für öffentliche Bibliotheken wollen wir den Verleih digitaler Medien vereinfachen.

DIE LINKE steht für einen barrierefreien und gleichberechtigten Zugang zur Kultur. Wir wollen Räume für Dialog und transkulturellen Austausch schaffen. Wir wollen Unterschiede nicht leugnen, sondern produktiv machen. Wir wollen gegenseitiges Verständnis und Perspektivwechsel befördern.

- Der Eintritt in vom Bund geförderte Museen und Sammlungen muss perspektivisch kostenfrei sein. Wir wollen das museumspädagogische Personal aufstocken.
- Kultureinrichtungen müssen barrierefreie und inklusive Angebote machen.
- Den vielfältigen Akteuren kultureller Bildung in den Metropolen wie in den ländlichen Räumen bieten wir langfristige Planungsmöglichkeiten und eine sichere personelle Basis.

Wir wollen die Bundeskulturförderung neu strukturieren. Kultureinrichtungen, der freien Szene und den vielen Vereinen und Initiativen werden wir langfristige Planungssicherheiten bieten.

- Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Wir wollen Kultur als Gemeinschaftsaufgabe und Staatsziel im Grundgesetz. Damit wollen wir den kooperativen Kulturföderalismus stärken.
- Länder und Kommunen müssen ausreichend Mittel erhalten, damit sie ihren Aufgaben in der Kulturpflege und Kulturförderung nachkommen können – und eine Vielfalt der kulturellen Angebote sichern können.
- Wir werden die Kulturförderfonds bedarfsgerecht ausstatten und sie als zentrales Instrument der freien Szene stärken. DIE LINKE steht für eine lebendige und plurale Geschichts- und Erinnerungspolitik. Gedenkstätten wollen wir als Orte des Gedenkens und als zeithistorische Museen stärken. Die Arbeitsbedingungen v.a. des pädagogischen Personals müssen verbessert werden. Wir wollen lebendige Erinnerungskulturen fördern, die an den Realitäten der Einwanderungsgesellschaft orientiert sind. Wir engagieren uns für demokratische, antifaschistische Kultur und einen kritischen Umgang mit der kolonialen Vergangenheit.
- Beutekunst der Nazis muss zurückgegeben werden. Dazu bedarf es einer besseren Erforschung der Herkunft der Kunst- und Kulturgüter (Provenienz-Forschung).
- Wir wollen die Stasi-Unterlagen ins Bundesarchiv überführen. Ihre Nutzung muss über das Bundesarchivgesetz geregelt werden.

XII. Für einen linken Feminismus – gegen neoliberale Spaltung und antifeministische Stimmungsmache

Die Frauenbewegung und viele mutige Frauen haben in den vergangenen Jahrzehnten so manchen Fortschritt erkämpft – auch gegen heftige Widerstände. Sie haben sexuelle Übergriffe an die Öffentlichkeit gebracht und viele »typische Männerberufe« erobert. Viele Väter wollen bei der Erziehung der Kinder mehr Verantwortung übernehmen, und das nicht nur am Wochenende. Heute sind mehr Frauen erwerbstätig als noch eine Generation zuvor. Frauen können Kanzlerin werden.

Doch die Revolution der Geschlechterverhältnisse ist unvollendet. Noch immer sind die Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern ungerecht verteilt. Noch immer verdienen Frauen im Schnitt 21 Prozent weniger als Männer, in vielen Bereichen trotz gleicher Qualifikation. In den Familien übernehmen im Durchschnitt immer noch die Frauen einen Großteil der Haus- und Pflegearbeit. Und Berufe, in denen überproportional viele Frauen arbeiten, sind in der Regel die schlechter bezahlten. Die Führungsetagen sind überwiegend von Männern besetzt. Das Tabu von Sexismus ist umkämpft, Verteidiger eines Patriarchats finden sich in bürgerlichen Zeitungen wie in rechten und konservativen Parteien.

Der Niedriglohnsektor wächst, in dem besonders viele Frauen sich z.B. als Verkäuferinnen, Masseurinnen, Friseurinnen oder Gebäudereinigerinnen abrackern und mit dem Geld kaum über die Runden kommen. Frauen arbeiten häufiger in unfreiwilliger Teilzeit, viele nehmen unbezahlte Pflege- oder Erziehungszeiten. Das führt dazu, dass vor allem Frauen von Altersarmut betroffen sind. Frauen erleben Sexismus zu Hause, am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit, bis zu sexueller Belästigung oder Gewalt. Migrantinnen sind zudem oft von Rassismus und besonders krasser Ausbeutung betroffen.

Von rechts wird die heterosexuelle Kleinfamilie als vermeintlich sicherer Hafen in unsicheren Zeiten verkauft. Sie machen Stimmung gegen die Emanzipationsgewinne von Frauen, Lesben, Schwulen und Trans* Menschen. Sie instrumentalisieren feministische Kritik für ihre rassistischen Parolen. Diesem Kulturkampf von rechts stellt DIE LINKE eine solidarische und freiheitliche Gesellschaft entgegen, in der Alle leben können, wie sie wollen. Eine Gesellschaft, in der Menschen sich frei von Existenzangst und Diskriminierung entfalten können. Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen. Wir streiten für die Gleichwertigkeit aller Lebensentwürfe, sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten.

Es geht nicht bloß um bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit Frauen Kinder und Karriere noch schneller jonglieren können. Wir brauchen neue Arbeitszeitmodelle – und zwar für Alle! Wir streiten deshalb für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft, in der alle Tätigkeiten und Bedürfnisse zu ihrem Recht kommen, und nicht die Erwerbsarbeit allein den Takt vorgibt. Eine solche Gesellschaft muss verschiedene Lebensentwürfe absichern und Selbstbestimmung in Solidarität fördern statt Ich-AGs in Konkurrenz. Geschlechtergerechtigkeit will eine Emanzipation für die ganze Gesellschaft, ein gemeinsames Ziel – statt sich einzeln gegen Männerdominanz durchzuschlagen. Das ist linker Feminismus.

Zeit für eine radikale Umverteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit

Dass wir die notwendigen Lebensmittel mit weniger Arbeit herstellen, könnte ein Glück sein: Wenn die Arbeit gerecht verteilt wird. Stattdessen müssen die einen Überstunden schieben, während andere gar keine Arbeit finden. Um selbstbestimmt zu leben, brauchen wir eine andere Verfügungsmacht über die vorhandene Zeit. Sie hat vier Bestandteile, die zusammengehören, eine Vier-in-Einem-Perspektive: Zeit für Erwerbsarbeit, für Familie und Freundinnen und Freunde, für gesellschaftliches Engagement, Bildung und Kultur sowie ausreichend Erholung und Zeit für sich selbst. Wir wollen

- eine Arbeitszeitverkürzung, die um 30 Wochenstunden oder einen Sechs-Stunden-Tag kreist, bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich. In diesem neuen Normalarbeitsverhältnis werden die individuellen Bedürfnisse in der Arbeitszeit stärker berücksichtigt (vgl. Kapitel Gute Arbeit).
- ein individuelles Recht auf Teilzeit sowie das Rückkehrrecht auf die vorherige Arbeitszeit, die Einführung von Auszeiten-Regelungen und die stärkere Kontrolle von Überstunden und Arbeitszeitgesetzen durch Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeitervertretungen.
- die Stärkung sozialer Dienstleistungen und der öffentlichen Daseinsvorsorge durch bessere Finanzierung und mehr Personal.

Alle Menschen sollen gleichermaßen freie Zeit genießen können und Zugang zu unterschiedlichen Freizeit- und Kulturangeboten haben. Doch nicht nur die Zeit, auch

Arbeit und Löhne sind ungerecht verteilt zwischen Frauen und Männern. Deshalb fordern wir:

- Gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit! Dafür brauchen wir ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz samt Verbandsklagerecht, damit Frauen nicht mehr allein vor Gericht ziehen müssen.
- Die gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit, unbezahlter Hausarbeit, Kindererziehung und Betreuung sowie von Pflege innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern. Das heißt auch eine Umverteilung der gutbezahlten Erwerbsarbeit hin zu Frauen und im Gegenzug mehr von der wunderbaren, liebevollen Familienarbeit in Männerhand.
- Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, das nicht nur 101 Unternehmen und nicht nur die Aufsichtsräte betrifft.
- Weg mit der unverbindlichen Flexi-Quote! Wir brauchen eine verbindliche Frauenquote von 50 Prozent für alle Aufsichtsräte sowie für die Vorstände aller Unternehmen.

Noch immer leisten Frauen den Löwenanteil der sogenannten Sorge-Arbeit. Dabei steht die Sorge im Zentrum einer solidarischen Gesellschaft. Wer sich professionell um andere sorgt, seien es Kinder, Alte oder Kranke, verdient ein hohes Maß gesellschaftlicher Anerkennung – nicht nur, aber auch finanziell. Viele werden zwischen Sorgeverpflichtung und eigener Erwerbsarbeit zerrieben, häufig bleibt Hartz IV als einziger Ausweg. Meist trifft es Frauen. Öffentliche Angebote fehlen, professionelle Rund-um-die-Uhr-Pflege können sich nur wenige leisten.

Wir brauchen ein revolutionäres Umdenken, wie Sorge- und Pflegearbeit (= Care) verteilt und anerkannt wird. Deshalb fordern wir im Sinne einer »Care Revolution«:

- Eine solidarische Pflegevollversicherung (vgl. Kapitel Gerechte Pflege).
- Einen Rechtsanspruch für Beschäftigte auf regulär und durch den Arbeitgeber bezahlte Freistellung von bis zu sechs Wochen für die akut notwendige Pflegeversorgung. Menschen übernehmen heute in sehr unterschiedlichen Lebensmodellen Verantwortung füreinander. Der Rechtsanspruch auf Pflegezeit muss daher auch für Angehörige ohne verwandtschaftliche Beziehung gelten.
- Die volle Anrechnung von Kindererziehung und eine bessere Anrechnung von Pflegezeiten bei der Rentenberechnung. So wirken wir Altersarmut entgegen, von der vor allem Frauen betroffen sind.
- Eine Neubewertung aller gesellschaftlich erforderlichen Tätigkeiten und eine neue Verteilung aller bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen. Nur so kann Sorge-Arbeit langfristig aufgewertet werden.

Vielfalt stärken

Vielfalt ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern eine Selbstverständlichkeit, ein Zeichen von Lebensqualität und Humanismus. Dafür müssen wir gegen Diskriminierung vorgehen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die von prekärer Arbeit und Niedriglohn, ungleichen Bildungschancen, Rassismus, Sexismus, Behindertenfeindlichkeit und Altersdiskriminierung, Homo- und Transphobie betroffen sind. Von Diskriminierung betroffene Menschen müssen aber nicht nur geschützt werden. Zugleich ist notwendig, ihre (Selbst-)Organisationen finanziell und politisch zu stärken.

Wir wollen, dass vielfältige Lebensweisen rechtlich gleichgestellt werden und setzen uns für ihre gesellschaftliche Akzeptanz ein. Dazu gehört, die Ungleichbehandlung von eingetragenen Lebenspartnerschaften zu überwinden. Bisher sind Ehe und Lebenspartnerschaft in den Pflichten gleichgestellt (z.B. gegenseitige Unterhaltspflichten). Doch gleiche Rechte, wie z.B. ein gemeinsames Adoptionsrecht, haben sie nicht.

Die Anerkennung aller Familienformen und Lebensentwürfe ist für uns leitendes Prinzip. Überkommene Privilegien der Ehe sollen überwunden werden. Deswegen sollen der besondere Schutz und die Förderung durch Staat und Gesellschaft in Zukunft nicht Ehepaaren, sondern denjenigen zu Gute kommen, die mit Kindern oder Pflegebedürftigen leben und Kompensation für daraus erwachsende Nachteile benötigen.

- Die staatliche Subventionierung eines überholten Alleinernter- oder Zuverdienerinnen-Modells wollen wir beenden. Stattdessen sollen die tatsächlichen Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie das Zusammenleben mit Kindern steuerlich gefördert und im Rentenrecht ausgeglichen werden. Das Ehegattensplitting wird durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzt. Dabei muss das steuerliche Existenzminimum frei übertragbar sein.
- Wir wollen die Öffnung der Ehe und das volle Adoptionsrecht für Alle. Reproduktionsmedizin muss auch nicht-verheirateten und lesbischen Frauen zur Verfügung stehen.

Kinder brauchen Erwachsene, die sich liebevoll und verbindlich um sie kümmern. Eltern und Sorgeberechtigte sind nicht unbedingt dieselben Personen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch (bis zu) vier Personen Eltern für ein Kind sein können, also in Co-Elternschaft das gemeinsame Sorgerecht innehaben. Neben den Pflichten betrifft das auch Rechte wie Kinderfreibeträge und Rentenansprüche. Diese vertraglich zu regelnde Verbindlichkeit betrifft umgekehrt auch Rechte des Kindes gegenüber allen Elternteilen, wie Unterhaltsanspruch und Erbe.

Nicht nur Mann und Frau

Die Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit – die Anforderung der Gesellschaft, sich unzweifelhaft als Frau oder

Mann zu definieren – grenzt aus. Eine geschlechtergerechte Politik muss darauf hinwirken, Frauen, Männer, Trans* Menschen und Intersexuelle gleichzustellen, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird.

Geschlechtergerechtigkeit muss schon im Kindesalter durch vielfältige Rollenangebote gefördert und dabei Raum für persönliche Entfaltung und geschlechtliche Vielfalt gesichert werden.

Wir unterstützen Trans* Menschen in ihrem Kampf für das Recht auf selbstbestimmte Geschlechtsidentität. Das beginnt damit, Trans* Identitäten nicht mehr als Krankheit zu betrachten, die geheilt werden muss.

- Begutachtungspflicht, Therapiezwang und das gerichtliche Verfahren müssen abgeschafft werden, wenn es darum geht, Vornamen und Personenstand zu ändern. Stattdessen muss dieses Verfahren in einen Verwaltungsakt überführt und auf Antrag ohne Vorbedingung diskriminierungsfrei geregelt werden.
- Das Transsexuellengesetz muss als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes Recht integriert werden. Im Sinne einer bedürfnisorientierten und präventiven Gesundheitsversorgung brauchen Trans* Menschen (auch geflüchtete) Zugang zu allen transspezifischen medizinischen, therapeutischen und beratenden Leistungen und eine unbürokratische Kostenübernahme durch die Krankenkassen. Alle benötigten Leistungen müssen im Katalog der Kostenträger enthalten sein. Wir setzen wir uns für den flächendeckenden Ausbau von Beratungsangeboten in Zusammenarbeit mit Trans* Initiativen ein.
- Medizinisch nicht notwendige, frühkindliche Operationen an Intersexuellen zum Zwecke der Geschlechtsangleichung dürfen nur durchgeführt werden, wenn diese selbst einwilligungsfähig sind und ihre Zustimmung gegeben haben.
- Wir fordern Beratungs- und Aufklärungszentren für Betroffene und deren Angehörige sowie einen Entschädigungsfond für Intersexuelle, denen durch geschlechtsangleichende Operationen erhebliches Leid widerfahren ist.
- Wir wollen den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der geschlechtlichen Identität, sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 Grundgesetz und in das Antidiskriminierungsgesetz aufnehmen. Um dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren, braucht es Antidiskriminierungsstellen, ein echtes Klagerecht für Verbände im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz sowie dessen EU-rechtskonforme Ausgestaltung.
- Die Unrechtsurteile der nach §175 StGB in der BRD und DDR verfolgten Homosexuellen und Trans* Menschen müssen aufgehoben werden! Die Betroffenen müssen vollständig rehabilitiert und entschädigt werden.

- Wir setzen uns ein für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und Selbstbestimmung über den eigenen Körper. In diesem Sinne sind wir für die Streichung der Paragraphen 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch, die Schwangerschaftsabbruch weiterhin als Straftatbestand aufführen und nur unter der Bedingung einer Zwangsberatung in den ersten drei Monaten straffrei lässt.

Wir unterstützen Maßnahmen und Angebote, die auf einen Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins zielen. In den Lehrplänen der Bildungseinrichtungen muss sich die real existierende Vielfalt an Lebensentwürfen und Identitäten abbilden, anstatt Klischees von Männlichkeit und Weiblichkeit zu reproduzieren sowie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu tabuisieren.

Frauen müssen Zugang zu gesellschaftlichen Positionen und Entscheidungen haben, ohne dass ihnen Lebensformen aufgedrängt werden, die für sie Verzicht auf persönliche Entfaltung bedeuten. Sowohl das Verbot von Kopftüchern wie der Zwang dazu wären aber eine Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen. Es gilt, Frauen in ihrer persönlichen Entscheidung, wie sie sich kleiden, nicht zu bevormunden und keinen Druck auf sie auszuüben – weder in die eine noch die andere Richtung. Wir wollen Hilfs- und Beratungsangebote schaffen für unter Druck gesetzte Frauen, kostenlos und in ihrer Sprache.

Schutz von Frauen, Kindern und Trans* Menschen vor Gewalt

Schutz von Frauen, Kindern und Trans* Menschen vor Gewalt muss als bundespolitische Pflichtaufgabe anerkannt und rechtlich verbindlich verankert werden. Sicherer, schneller und bedarfsgerechter Schutz und qualifizierte Hilfe in Frauenhäusern und anderen Schutzräumen sowie Frauenberatungsstellen müssen den Betroffenen zugänglich sein – unabhängig von ihrem körperlichen Zustand, ihrem Aufenthaltsstatus oder ihrer Lebenssituation. Das muss einheitlich im Bund finanziert werden. Opfer von Zwangsheirat bedürfen besonderer Hilfe.

- Schutz- und Hilfseinrichtungen sollen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich finanziert sowie barrierefrei werden. Die Finanzierung über Tagessätze muss beendet werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist Bestandteil einer Schutzpflicht und darf nicht länger eine freiwillige Leistung bleiben.
- Staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und Ämter müssen für das Thema Gewalt gegen Frauen sensibilisiert werden. Das Gewaltschutzgesetz muss einheitlich werden. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Umgangs- und Sorgerecht, wenn Kinder als Zeugen oder selbst von Gewalt betroffen sind.
- Alle Formen von Gewalt und Gewaltverherrlichungen gegen Frauen in unterschiedlichsten Medien müssen konsequent bekämpft werden.

Gesellschaftliche Machtverhältnisse schlagen sich auch in der Prostitution nieder. In der LINKEN werden unterschiedliche Wege diskutiert, wie die Betroffenen geschützt werden. Geschlecht, Klasse und Herkunft bestimmen mit, unter welchen Bedingungen und mit welcher Motivation ein Beruf ausgeübt wird. Machtverhältnisse lassen sich nicht durch ein Verbot der Prostitution bekämpfen. Wir wollen diejenigen stärken, die durch diese Verhältnisse an den Rand gedrängt werden: Frauen dürfen nicht zu Objekten gemacht werden und müssen selbst über ihre Arbeit bestimmen können. Sie brauchen soziale Garantien und Bildungsmöglichkeiten. Wir wollen sie in ihrer Selbstorganisation unterstützen. Wir wollen Prostitution als Ausbeutung bekämpfen, ohne die Frauen zu bekämpfen. DIE LINKE will Opfer von Menschenhandel besser schützen. Solange die Betroffenen keinen sicheren und eigenständigen Aufenthaltsstatus erhalten, sind die Täter durch die Angst der Opfer geschützt.

- Aufenthaltstitel, Schutz und Entschädigung müssen unabhängig von der Bereitschaft der Opfer, als Zeugin oder Zeuge in einem Strafverfahren auszusagen, gewährt werden.
- Um sich in Deutschland eine Zukunft aufbauen zu können, fordern wir für die Betroffenen Therapiemittel, medizinische sowie psychologische Betreuung, Rechtsbeistand und Rechtshilfe, Zugang zu sozialen Leistungen und Bildungsangebote.
- Eine besondere Rolle spielt Gewalt gegen Frauen in Kriegs- und Krisengebieten. Wenngleich das Zuwanderungsgesetz in Deutschland die geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund anerkennt, haben in der Praxis viele betroffene Frauen keine Chance auf Asyl. Auch der Schutz in Flüchtlingsunterkünften ist ungenügend.
- Wir wollen eine bedarfsorientierte Unterbringung und ausreichend Schutzräume für geflüchtete Frauen und ihre Kinder sowie für Lesben, Schwule und Trans*-Menschen. Das Personal in den Unterkünften muss entsprechend geschult werden.

XIII. Menschen vor Profite – für eine soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft der Zukunft

Statt Wirtschaftspolitik an sozialen und ökologischen Zielen auszurichten, setzt die Bundesregierung auf mehr Wettbewerbsfähigkeit und mehr Standortwettbewerb im Interesse der Konzerne. Sie macht damit Druck auf Löhne und Umweltstandards. Die Bundesregierung treibt gegen hunderttausendfachen Protest die Freihandelsabkommen TTIP und CETA voran. Sie stellt das Ziel der »schwarzen Null« über dringend notwendige Investitionen und blockiert somit eine sozial gerechte und ökologisch zukunftsfähige Entwicklung in dem wirtschaftlich stärksten und reichsten Land Europas. Während in die Förderung der Exportindustrie Milliarden fließen, verkommt die öffentliche Infrastruktur. Für die Versorgung der Menschen wichtige Bereiche wie der Wohnungsbau und die sozialen Dienstleistungen in der Gesundheitsversorgung, Pflege und Bildung werden vernachlässigt, unterfinanziert und privatisiert (vgl. Kapitel In die Zukunft investieren).

Die dringende Klima- und Energiewende wird ebenso blockiert wie eine Regulierung der Banken und Finanzmärkte, weil die Bundesregierung keinen Konflikt mit den wirtschaftlich Mächtigen eingehen will. Profitorientierte Konzerne fragen nicht nach dem gesellschaftlichen Nutzen oder ökologischem Schaden. Der Druck der Finanzmärkte und der globalen Standortwettbewerb führen dazu, dass selbst im Aufschwung zu wenig investiert wird. Die Spaltung zwischen reichen und wirtschaftlich abgehängten Regionen wächst. Der Markt kann Investitionen nicht gesellschaftlich sinnvoll lenken. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung stärkt vor allem die Exportkonzerne. Die einseitige Orientierung führt nicht nur zu massiven wirtschaftlichen Ungleichgewichten u.a. zwischen den EU-Ländern und trägt so zu Krisen bei. Sie führt auch dazu, dass die Erwerbstätigen hierzulande trotz harter Arbeit und hoher Produktivität unter den Möglichkeiten eines reichen Landes leben müssen. Die Massenerwerbslosigkeit ist verfestigt. Die wachsende Polarisierung in Arm und Reich ist nicht nur sozial ungerecht, sondern auch wirtschaftlich destruktiv.

DIE LINKE tritt für einen grundlegenden Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein. Wir kämpfen dafür, dass in der Wirtschaft gilt: Menschen vor Profite. Nur wenn die Macht von profitorientierten Großkonzernen gebrochen und Entscheidungen über Investitionen in Schlüsselbereichen der Wirtschaft demokratisch getroffen werden, können der notwendige ökologische Umbau der Wirtschaftsstruktur und die Digitalisierung auch sozial gerecht und am Gemeinwohl

orientiert gestaltet werden. Unsere Wirtschaftspolitik besteht u.a. aus folgenden Elementen:

- **Löhne und Gehälter müssen steigen**, insbesondere die unteren und mittleren Einkommen. Das bewirken wir einerseits durch die Anhebung des Mindestlohnes auf 12 Euro. Andererseits beseitigen wir die Lohnbremsen in der Arbeitsmarktpolitik: Leiharbeit, Werkverträge, Hartz IV und Sanktionen, sinkende Tarifbindung usw. So erhöhen wird die Kaufkraft und stärken den Binnenmarkt (vgl. Kapitel Gute Arbeit).
- Wir **investieren in die öffentliche Daseinsvorsorge** und öffentliche Infrastruktur. Mit einem 100-Milliarden-Euro Investitionsprogramm sollen die öffentlichen und privaten Investitionen angehoben und gleichzeitig mehr tarifliche und sozial regulierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Es wird finanziert aus einer gerechten Steuerreform. Gleichzeitig kann damit auch die regionale Wirtschaft gefördert werden, wie das Handwerk oder regionale Dienstleistungsbetriebe. (Vergleiche Kapitel In die Zukunft investieren)
- Wenn wir die **Binnenwirtschaft stärken**, die öffentlichen Investitionen erhöhen und die Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung gerecht verteilen, schaffen wir wirkungsvolle Mittel gegen Massenerwerbslosigkeit.
- Der dringend notwendige **sozial-ökologische Umbau** der Wirtschaft betrifft die gesamte Art und Weise, wie und was wir produzieren und wie der gesellschaftliche Reichtum verteilt und verwendet wird. An die Stelle blinden Wachstums müssen gezielte, am Gemeinwohl und dem Bedarf der Bevölkerung orientierte Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau von Produktion und Dienstleistungen treten. Das will DIE LINKE auf den Weg bringen durch eine Demokratisierung der Wirtschaft, eine andere Steuerpolitik und eine grundlegende Reform der staatlichen Wirtschaftsförderung.
- Den **Finanzsektor wollen wir regulieren und Finanzspekulation eindämmen**: wir lassen die Luft aus den Spekulationsblasen. So werden den internationalen Finanzmärkten Gelder entzogen und für dringend notwendige Investitionen zur Verfügung gestellt.

Unsere Alternative zu gefährlichen Freihandelsabkommen, Wachstum um jeden Preis und Zerstörung der Umwelt ist ein Zukunftsprogramm für den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft.

Finanzmärkte schrumpfen und die Macht der Banken brechen

Die Ursachen der Finanz- und Weltwirtschaftskrise sind nicht überwunden – weil die Regierungen nicht den Mut hatten, sich mit den Großbanken, Hedge-Fonds und den Multi-Milliardären anzulegen. Wenn die Spekulation schneller wächst als die wirtschaftliche Produktion sind immer neue Krisen die Folge. Ein wirklicher Bruch mit dem Finanzkapitalismus ist notwendig – die Alternative dazu ist, dass der Sozialstaat und die Demokratie in Europa weiter ausgehöhlt werden. Wir wollen die Gesellschaft und die Demokratie aus dem Würgegriff der Finanzkonzerne befreien:

- Auf den Finanzmärkten werden verschiedene Vermögensformen (Aktien, Devisen, Derivate...) zwischen Reichen getauscht, vermehrt und in wenigen Händen konzentriert. Nur wenn die großen Vermögen umverteilt werden, versiegt die Quelle, die die Spekulation anheizt.
- Auch aus der kapitalgedeckten Altersvorsorge fließen den Finanzmärkten Milliardenbeträge zu. Wir wollen die Rentenprivatisierungen zurücknehmen und die Mittel der Spekulation entziehen.

Die Bundesregierung hat bei der Bankenregulierung versagt. Die Verstrickung der Deutschen Bank in kriminelle Geschäfte zeigt, dass private Großbanken immer noch tickende Zeitbomben sind. Sie sind abgesichert, weil ihnen indirekt garantiert wird, dass sie vom Steuerzahler gerettet werden. Diese Garantie nutzen sie für riskantes Investmentbanking. Es wäre verantwortungslos, Deutsche Bank und Commerzbank zusammenzuführen, weil die so entstehende größere Bank die Bevölkerung noch besser erpressen könnte. Die Gesellschaft ist nicht für die Banken da, sondern die Banken haben der Gesellschaft zu dienen. DIE LINKE will Großbanken entmachten, Banken unter demokratische Kontrolle bringen und in öffentliches Eigentum überführen, damit der Finanzsektor u.a. die Funktion der Kreditvergabe für die Realwirtschaft erfüllt:

- Private Großbanken und Landesbanken müssen verkleinert und effektiver öffentlicher Kontrolle unterstellt werden. Die Basis eines neuen Finanzsektors sind Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Sie wollen wir fördern. Die Geschäftsbanken müssen wie Sparkassen aufs Gemeinwohl verpflichtet werden.
- Der überwiegende Teil des sogenannten Kapitalmarktgeschäfts der Banken folgt spekulativen Motiven. Es dient nicht den Bedürfnissen der Realwirtschaft oder der Mehrheit der Bevölkerung. Im Gegenteil: In guten Zeiten wandern spekulative Gewinne in die Taschen der Reichen. Im Krisenfall ruft die Finanzindustrie nach dem Staat, der die Verluste übernehmen soll. Das Investmentbanking – das nur in Betriebe investiert, um hohe Renditen zu erzielen – wollen wir als Geschäftsfeld abwickeln. Schattenbanken, außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Derivate, Hedge-

fonds und Private-Equity-Gesellschaften müssen aufgelöst werden. Die Spekulation mit Agrarrohstoffen wollen wir verbieten.

- DIE LINKE fordert die Einführung eines Finanz-TÜV, der die Geschäftspraktiken der Banken und sämtliche angebotenen Finanzprodukte prüfen und vor der Einführung genehmigen muss. Darüber hinaus wollen wir die provisionsgestützte Beratung überwinden. Die unabhängige Finanzberatung durch Verbraucherzentralen und die Honorarberatung sollen ausgebaut werden. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) muss in ihrer Rolle für den kollektiven Verbraucherschutz gestärkt werden.
- Eine neu geschaffene, demokratische Bankenaufsicht muss verdächtige Guthaben einfrieren können. Institute, die sich der Transparenz in den Weg stellen, verlieren die Bankenlizenz. Banken zu regulieren kann nicht durch die Banken selbst geschehen. In den Kontrollgremien müssen auch Gewerkschaften, Sozialverbände, Verbraucherschutz- und Umweltverbände und andere zivilgesellschaftliche Akteure vertreten sein.
- Alle Menschen müssen einen Rechtsanspruch auf ein kostenfreies Giro-Konto erhalten. Dispo-Zinsen wollen wir auf höchstens fünf Prozent oberhalb des Zinssatzes der Zentralbank begrenzen.

Steueroasen trocken legen – die organisierte Finanzkriminalität stoppen

Durch Steueroasen und Steuertricks entziehen die Reichen und Konzerne der Allgemeinheit jedes Jahr hunderte Milliarden Euro. Die Regierungen der Europäischen Union lassen zu, dass internationale Konzernen wie Apple, Google & Co. ihre Gewinne an der Steuer vorbei lenken. Sie zahlen auf weniger als ein Prozent der Gewinne Steuern. Die Panama Papers haben ein Geflecht von Briefkastenfirmen enthüllt, die der Steuerflucht dienen und kriminellen Geschäften wie Korruption, Finanzierung von Terror, Menschen- und Waffenhandel. DIE LINKE will die Steuerflucht und organisierte Kriminalität der Superreichen bekämpfen:

- Strafverfolgungsbehörden und Finanzämter müssen personell, technisch und vom gesetzlichen Rahmen in die Lage versetzt werden, Steuerhinterziehung als Geschäftsmodell konsequent zu verfolgen. Deutschland braucht eine Bundesfinanzpolizei gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche. Jede Steuerfahnderin und jeder Steuerfahnder bringt etwa eine Million Euro mehr ein als sie oder er kostet.
- Alle Firmen und Rechtskonstrukte, die der Verschleierung von Vermögen dienen, wollen wir verbieten. Deutschland muss sich auf EU-Ebene für ein Transparenzregister stark machen, das die echten Eigentümer und Begünstigten von Firmen, Stiftungen und Trusts vollständig und übersichtlich auflistet. Dieses Transparenzregister soll öffentlich im Internet zugänglich sein.

- Um Steuerdumping zu verhindern, müssen in der EU endlich verbindliche Mindeststeuersätze eingeführt werden. Diese sollen in die Verträge eingeschrieben werden. Als verbindlicher Standard für deutsche Steuerabkommen muss ein automatischer Informationsaustausch der Steuerbehörden eingeführt werden.
- Transnationale Konzerne sollten dazu verpflichtet werden, ihre Wertschöpfung, Umsätze, Gewinne und Steuerzahlungen länderweise offenzulegen. Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten müssen sofort gekündigt und ihren Finanzinstituten die Lizenz in Deutschland entzogen werden.
- Durch eine Quellensteuer von 50 Prozent auf alle in nicht kooperative Staaten abfließende Zahlungen, auf Dividenden, Zinsen und Lizenzabgaben von Unternehmen wollen wir Steuerflucht unattraktiv machen. Das ist auch im nationalen Alleingang sofort möglich. Die Beweislast muss bei den Unternehmen und Vermögenden liegen, durch eine Anrechnung der Quellensteuer nur bei Offenlegung aller steuerrelevanten Informationen.
- Wir wollen die Verlagerung von Konzerngewinnen ins Ausland bekämpfen: bestehende Steuerbefreiungen für ins Ausland abfließende Kapitalerträge müssen abgeschafft werden. Steuervorteile für in einem Niedrigsteuerland erzielte Kapitalerträge wollen wir beseitigen: die Steuerdifferenz muss in Deutschland erhoben werden.
- Banken, Wirtschaftsprüfer und Kanzleien, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten, müssen empfindlich bestraft werden – bis hin zum Entzug der Banklizenz. Um gegen die Wirtschaftskriminalität von juristischen Personen vorzugehen, wollen wir ein Unternehmensstrafrecht einführen. Nach dem Vorbild des US-amerikanischen Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) werden Finanzinstitute zur Weitergabe von steuerrelevanten Informationen verpflichtet.

Wirtschaft demokratisieren

Demokratie darf nicht an der Bürotür, am Werkstor oder am Eingang einer Konzernzentrale enden. Wirtschaft ist im heutigen Kapitalismus aber eine weitgehend Demokratie-freie Zone. In den Unternehmen geraten die bestehenden Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung der Beschäftigten unter Duck des Management und der Standortkonkurrenz. Wirtschaftliche und politische Macht konzentrieren sich immer mehr in der Hand weniger Großkonzerne, Banken und Milliardäre. So wird die Demokratie ausgehöhlt. Die Eigentumsfrage ist zu einer Schicksalsfrage für die Demokratie geworden.

DIE LINKE kämpft dafür, Unternehmen der Daseinsvorsorge, Banken und Versicherungen, Energiekonzerne, Unternehmen der Pharma- und medizinischen Industrie und der Telekommunikation in die öffentliche (oder genossenschaftliche) Hand und in gesellschaft-

liche Eigentumsformen zu überführen. Wir wollen die großen Stromkonzerne entmachten und in öffentliches Eigentum überführen. Die Energiewirtschaft soll durch Stadtwerke organisiert werden, die in den Kommunen dezentral und demokratisch gestaltet werden. Überwachungstechnologien und privatwirtschaftliche Monopole über Wissen nehmen zu. Damit der technologische Fortschritt zum Wohle aller Menschen und Entwicklung einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise eingesetzt werden kann, ist eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft erforderlich. Wir wollen Entwicklung, Produktion und Distribution demokratisieren: Dazu gehören Open-Innovation-Programme, die Offenlegung von Standards und die Eindämmung des Patentmissbrauchs zur Verhinderung von Produktvielfalt.

Mitbestimmung und Streikrecht ausweiten

Mehr Demokratie in der Wirtschaft beginnt damit, die Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben sowie in Aufsichts- und Verwaltungsräten zu stärken und weiterzuentwickeln. Demokratie braucht angesichts der Machtkonzentration bei den Eigentümern von Konzernen und dem Management ein wirksames Gegengewicht.

- Die unternehmerische Mitbestimmung wollen wir auf alle Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ausweiten. In den Aufsichtsräten größerer Kapitalgesellschaften müssen die Eigentümer und die Beschäftigten zu gleichen Teilen vertreten sein. Für große Konzerne und systemrelevante Banken mit Sitz in Deutschland wollen wir die Kernregelungen des VW-Gesetzes übernehmen: Bund und Länder bekommen eine Sperrminorität. Eine Lehre aus dem VW-Abgas-Skandal ist, dass die Aufsichtsräte stärker durch die Belegschaften kontrolliert werden müssen.
- Wir wollen die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte ausweiten. Die Verpflichtung der Betriebsräte auf die Wahrung des Betriebsfriedens im Betriebsverfassungsgesetz muss abgeschafft werden. Wir wollen zwingende Mitbestimmungs- und Vetorechte der Beschäftigten und ihrer Betriebsräte auf alle wirtschaftlichen Fragen, insbesondere auch Betriebsänderungen, Standortänderungen und Entlassungen, sowie auf die Personalplanung und Arbeitszeiten ausgeweitet.
- Wir wollen es Konzernen erschweren, die Mitbestimmungsgesetze durch die Verlagerung ihres Unternehmenssitzes oder durch Umwandlung in EU-Rechtsformen innerhalb der EU zu umgehen: der Geltungsbereich der Gesetze über die Mitbestimmung der Beschäftigten in den Aufsichtsräten größerer Kapitalgesellschaften muss daher auf Schein-auslandsgesellschaften ausgedehnt werden.
- Die Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände müssen ein umfassendes Verbandsklagerecht erhalten.

Genossenschaften und solidarische Ökonomie

Wir werden demokratische, öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen fördern. Sie können in Zukunft im Mittelpunkt einer nicht-kapitalistischen Wirtschaftsweise stehen, einer demokratischen, sozialistischen und ökologisch nachhaltigen Zukunftswirtschaft. Genossenschaften und Belegschaftsbetriebe bauen auf Wissen, Erfahrung und Planungsfähigkeiten der Beschäftigten auf und geben ihnen mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen.

- Genossenschaften müssen in allen Bereichen der staatlichen Wirtschaftsförderung gleichberechtigt berücksichtigt werden.
- Wir wollen Unternehmen fördern, die ganz oder zum Teil im Eigentum der Belegschaft stehen: mit Steuererleichterungen und durch Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.
- DIE LINKE unterstützt Belegschaften, die ihre in die Krise geratenen Betriebe in Eigenregie weiterführen wollen: Staatliche Subventionen an Unternehmen und Hilfen in wirtschaftlichen Krisen müssen, wo die Belegschaften dieses befürworten, in Form von Belegschaftsanteilen vergeben werden.

Industrie- und Dienstleistungspolitik

Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und neue Formen der Produktion können Chancen eröffnen für ein stärker selbstbestimmtes Arbeiten und Leben, für eine sozial gerechtere und ökologische Gestaltung der Wirtschaft. Derzeit werden die Chancen der Digitalisierung durch die Konzerninteressen blockiert. Um flächendeckenden Breitband-Netzzugang und digitale Infrastrukturen auszubauen, sind staatliche Investitionen in Milliardenhöhe notwendig. Die digitale Infrastruktur muss für Alle zugänglich sein und demokratisch gestaltet werden – daher gehört sie in die öffentliche oder genossenschaftliche Hand. Unter dem Druck der Aktionäre im Finanzkapitalismus setzen Industrieunternehmen auf Verdichtung der Arbeit, Auslagerungen und permanente Umstrukturierung. So wird ein gesellschaftlich sinnvoller Einsatz der hochproduktiven Industrie in Deutschland verhindert.

Wir wollen eine aktive staatliche Industriepolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert, nicht an den Profiten der Exportindustrie: Wir setzen auf eine stärkere Konzentration auf den Binnenmarkt und wo möglich auf regionale Wirtschaftskreisläufe und ökologisch zukunftsfähige, alternative Produktion. Wir wollen den Ausbau gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen fördern und damit sinnvolle und tariflich bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Die Entwicklung und der Einsatz neuer Technologien muss unter dem Gesichtspunkt des Nutzens für die Menschen als Bürgerinnen und Bürger, Verbraucherinnen und Verbraucher und als Beschäftigte vorangetrieben werden. Die staatliche Technologie- und Forschungsförderung muss ihre Förderprogramme an

diesen Kriterien ausrichten. Sozial schädliche Wirtschaftsbereiche wie die Rüstungsindustrie und fossile Energieversorgung wollen wir umbauen und durch eine Umstellung der Produktion Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Für diesen Umbau der Industrie setzt DIE LINKE auf verbindliche ökologische Zielvorgaben und mehrjährige Stufenpläne. Es braucht eine Kombination von finanziellen Anreizen, Verboten und verbindlicher öffentlicher Kontrolle und mehr Demokratie in der Wirtschaftspolitik und in den Unternehmen:

- Die LINKE will einen Sonder-Fonds einrichten, um für eine Übergangszeit den sozial-ökologischen Umbau der Industrie und regionale Wirtschaftsstrukturen zu fördern.

Die Bundesregierung gibt Milliarden für Wirtschaftsförderung aus. Wir wollen sie an verbindliche Anforderungen binden: an gute Arbeit und Löhne, Tarifverträge, ökologisch sinnvolle Produktion und die Förderung solidarischer Ökonomie. Dies muss auch für die Vergabe öffentlicher Aufträge gelten.

- Ein verbindlicher Anteil der Fördergelder muss für ökologische Modernisierung und für Genossenschaften verwendet werden.
- Wir wollen Wirtschaftsräte und Branchenbeiräte einführen, die den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft fachlich begleiten. Sie sollen auf den unterschiedlichen Ebenen von der Region bis zur bundesweiten Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik Initiativrecht haben. In ihnen sind Unternehmen, Wissenschaft, Umwelt- und Konsumentenverbände, Gewerkschaften sowie direkt gewählte Bürgerinnen und Bürger und Vertreterinnen und Vertreter der Belegschaften vertreten.
- Um den sozial-ökologischen Umbau mit der Förderung wirtschaftlich abgehangener Regionen zu verbinden, wollen wir regionale Strukturpolitik stärken und über regionale Wirtschaftsräte demokratisieren.

Wirtschaft sozial und ökologisch umbauen

Die Klima- und Umweltkrise zeigt: Ein grundlegender Wandel unserer Gesellschaft ist dringend notwendig. Aber die Politik versagt angesichts dieser Zukunftsfrage für die Menschheit. Die Bundesregierung bremst den Kohleausstieg und zugleich das Wachstum der erneuerbaren Energien. Ihre Energiepolitik orientiert sich maßgeblich an den Profitinteressen der fossilen Energiekonzerne und der Auto- Industrie. Ohne eine gerechte Besteuerung der Superreichen fehlen die Mittel für Investitionen in eine ökologische Mobilitätswende, den Umbau der Infrastruktur, unserer Städte und der Landwirtschaft. Weil die Bundesregierung sich nicht ernsthaft mit den Unternehmen anlegen will, vermeidet sie wirksame gesetzliche Vorgaben zum Umsteuern. Deutschland wird seine Klima-Ziele verfehlen – das ist verheerend für unsere Zukunft. Und für die Menschen in den Ländern des globalen Südens, die am härtesten

von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Eine sozialökologische Wende hier in Deutschland ist auch eine Frage der globalen Gerechtigkeit.

Kapitalismus bedeutet Wachstum um jeden Preis, auf Kosten von Mensch und Natur. DIE LINKE streitet dafür, dass der dringend notwendige ökologische Umbau der Gesellschaft nicht länger durch die Profitinteressen von Konzernen blockiert wird. Wir wollen eine sozial-ökologische Wende, von der alle Menschen durch bezahlbare Energie, erschwingliche Mobilität, gesunde Nahrungsmittel und mehr Lebensqualität profitieren. Unsere Forderungen knüpfen an gesellschaftliche Debatten und Bewegungen an. Die geplante Aushöhlung von Verbraucherschutz und Umweltstandards durch das Freihandelsabkommen TTIP hat in den letzten Jahren Hunderttausende Menschen auf die Straßen gebracht. Gegen den Braunkohleabbau in Deutschland haben Aktivistinnen und Aktivisten mit spektakulären Aktionen protestiert. Viele Menschen machen sich Gedanken darüber, wie ihre Nahrungsmittel produziert werden oder wie sie mobil sein wollen.

DIE LINKE kämpft für den Einstieg in einen sozial gerechten und demokratisch durch die Menschen gestalteten ökologischen Umbau: hin zu erneuerbaren Energien, ökologischer Mobilität, Klimaschutz und gerechte Übergänge zu einem nachhaltigen Wirtschaften. Um den ökologischen Umbau unserer Energieversorgung, Mobilität, Nahrungsmittelproduktion und der gesamten Wirtschaft zu ermöglichen, braucht es eine Politik, die zugleich sozial gerecht, ökologisch und radikal demokratisch ist. Ein starkes soziales Gefälle wirkt sich auch ganz konkret auf die Umwelt aus: Wer erwerbslos ist oder wenig verdient, kann sich Bio-Produkte und gesunde Lebensmittel kaum leisten. Je höher die Einkommen sind, desto höher ist in der Regel die Umweltbelastung und der CO₂-Ausstoß pro Haushalt.

In erneuerbare Energie investieren, Energiekonzerne entmachten

Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht und durch die Bürgerinnen und Bürger selbst gestaltet ist. DIE LINKE streitet dafür, dass die Vormachtstellung von Großkonzernen in der Energieversorgung beendet und die Energieversorgung umfassend bürgernah und als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge organisiert wird. Energieversorgung muss dem Gemeinwohl dienen und der Profitgewinnung entzogen werden. Wir wollen die notwendigen Milliarden-Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien nutzen, um einen Machtwechsel von den Stromkonzernen zu den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern:

- Strom- und Wärmenetze müssen in die öffentliche Hand überführt und demokratisch kontrolliert werden. Der Netzentwicklungsplan muss anhand neuer Zielkriterien überarbeitet werden. Wenn der Kohleausstieg beschleunigt wird und eine dezentrale Energieversorgung sowie ein Ausbau der Speichersysteme voran gebracht werden, ist auch ein deutlich gerin-

gerer Netzausbau erforderlich als er jetzt – getrieben von den Profitinteressen der Übertragungsnetz- und Kohlekraftwerksbetreiber – geplant ist.

- Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in seinen zentralen Säulen – vorrangige Einspeisung von Ökostrom, garantierte kostenorientierte Vergütungssätze – ist von der Bundesregierung durch ein System vom Marktprämien und Ausschreibungen zu großen Teilen zerstört worden. So wird ab 2017 die Förderhöhe für Ökostrom über Ausschreibungen ermittelt. Ausschreibungssysteme sind für Bürgerenergieprojekte jedoch teuer, riskant und aufwändig, wir lehnen sie ab. Wir verteidigen das EEG in seiner ursprünglichen Anlage.

DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte Energiewende: Energiegenossenschaften und Bioenergiedörfer sowie Städte und Kommunen, die ihre Energienetze zurückholen und rekommunalisieren, wollen wir stärker fördern. Um die dezentrale Energiewende voranzubringen, wollen wir die Rahmenbedingungen für Kommunen verbessern, die ihre Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen. In kommunalen Stadtwerken unter direkter demokratischer Mitgestaltung der Bevölkerung können ökologische Energiegewinnung, gerechte und bezahlbare Preise und eine Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen am besten erreicht werden.

- Den Einsatz von Blockheizkraftwerken (BHKW) und anderen Formen der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) als hocheffiziente Brückentechnologie wollen wir besser fördern, um ihren Anteil bis 2020 auf 25 Prozent an der Bruttostromerzeugung zu erhöhen. DIE LINKE unterstützt zudem Mieterstromkonzepte einer hauseigenen Stromversorgung durch BHKWs im Keller oder Photovoltaik-Anlagen (PV) auf dem Dach.

Wir wollen die Strompreise stärker kontrollieren und Energie für alle bezahlbar machen:

- Die LINKE will Energiearmut verhindern. Zahlungsschwierigkeiten dürfen nicht dazu führen, dass Menschen im Dunkeln sitzen oder frieren müssen. Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden!
- Energieversorger sollen dazu verpflichtet werden, einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom erhält. Dieses deckt einen Teil des durchschnittlichen Verbrauchs ab. Was über den durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum Stromsparen geschaffen. Gleichzeitig werden einkommensschwache Haushalte entlastet, der durchschnittliche Stromverbrauch bleibt für alle bezahlbar.
- Die Strompreise müssen stärker überwacht und sozial gerechter ausgerichtet werden. Der zuständigen staatlichen Behörde soll daher ein Beirat zur Seite

gestellt werden, in dem Verbraucher, Umwelt- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften vertreten sind.

- Wir wollen ein bundeseinheitliches Netzentgelt über alle Spannungsebenen einführen, um zu verhindern, dass in Regelzonen mit einem hohen Anteil von Ökostromanlagen deutlich höhere Netzentgelte anfallen als in Regionen mit geringer regenerativer Erzeugung.
- Wir fordern ein schärferes Wettbewerbs- und Kartellrecht für Strom-, Gas- und Mineralölkonzerne. Unberechtigte Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel oder im Erneuerbare-Energien-Gesetz zu Lasten der Privathaushalte und öffentlichen Haushaltes wollen wir abschaffen.
- Die Stromsteuer für private Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wir senken. Für zusätzliche Entlastungen wollen wir einen Energiewendefonds auflegen, der die Zahlungsverpflichtungen der Stromkunden über die EEG-Umlage über einen längeren Zeitraum streckt.
- Wir werden den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen und um eine Komponente für Stromkosten erweitern. Wohngeld soll auf der Basis der Bruttowarmmiete gezahlt und um eine Komponente für Stromkosten erweitert werden. Die Heiz-, Warmwasser- und Stromkostenkomponente soll im Wohngeld zu einer Energiekostenkomponente (»Klimawohngeld«) zusammengeführt werden. Das Klimawohngeld ist so auszugestalten, dass Energiearmut bei umsichtigem Verbrauch sicher verhindert wird
- Die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden darf nicht zu höheren Warmmieten oder gar Verdrängung führen. Wir fordern darum ein stärkeres Engagement der öffentlichen Hand, um hier die Kosten für Mieterinnen und Mieter zu begrenzen (siehe Kapitel Mieten und sozialer Wohnungsbau).

DIE LINKE will die staatliche Förderung für erneuerbare Energien und für mehr Energieeffizienz ausbauen und neu ausrichten:

- Der verpflichtende Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung für Neubauten muss schrittweise gesteigert und bei grundlegenden Sanierungen auch auf den Gebäudebestand ausgeweitet werden.

Auch Ökoenergien verbrauchen Ressourcen. Jede nicht verbrauchte Kilowattstunde ist am preiswertesten und umweltfreundlichsten. Effizienzpolitik braucht nicht nur Fördermittel, sondern auch Gesetze und Verordnungen, die Mindeststandards für den Energieverbrauch von Produkten, Produktionsweisen und Gebäuden (auch im Bestand), vorgeben. Ein Energieeffizienzfonds kann den Umstieg auf eine effiziente Wirtschaftsweise unterstützen und sozial begleiten.

Energie muss sauber sein: Fracking verbieten. Aus Kohle und Atomkraft aussteigen!

Ein zukunftsfähiges Energiesystem bedeutet den Ausstieg aus Energieerzeugung durch Uran und Kohle. Fracking ist keine Alternative, sondern eine unbeherrschbare und teure Risikotechnik, die zu Grundwasserverschmutzung und Erdbeben führen kann. Mit ihrem Fracking-Erlaubnisgesetz vom Juni 2016 haben CDU/CSU und SPD trotzdem Fracking im Sandgestein, (sogenannten Tight-Gas-Reservoirs) zugelassen.

- Wir wollen Fracking ohne Ausnahmen verbieten. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die unterirdische Verpressung von CO₂ (Carbon Capture and Storage, CCS) dauerhaft und ausnahmslos verboten wird.

Profiteure zur Kasse: die Energiekonzerne wollen sich um ihre finanzielle Verantwortung für die Kosten der Atommüllentsorgung drücken und diese auf die Gesellschaft abwälzen. Unternehmen, die an der Atomwirtschaft und am Kohlebergbau jahrzehntelang Milliarden verdient haben, müssen die Nachsorgekosten für ihre Geschäftsfelder übernehmen. Wir wollen die Konzerne daran hindern, sich durch Unternehmensabspaltungen arm zu rechnen oder aus der Haftung zu fliehen.

- Das Verursacherprinzip muss auf alle Vorhaben der Aufsuchung und Gewinnung von Rohstoffen angewendet werden.

Raus aus der Kohle, Übergänge gerecht gestalten: Wir wollen einen zügigen und sozial abgefederten Ausstieg aus der Kohlestromversorgung. Der EU-Emissionshandel hat hier versagt.

- DIE LINKE fordert parallel zur Reform des Emissionshandels ein nationales Kohleausstiegsgesetz. Spätestens 2035 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz gehen. Bestandteil des Gesetzes ist ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken und den Neuaufschluss von Braunkohletagebauen. Der Strukturwandel in den Tagebauregionen darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen – daher fordert DIE LINKE einen Strukturwandelfonds in Höhe von jährlich 250 Millionen Euro für die soziale Absicherung der im Bergbau Arbeitenden und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

- Bis der notwendige Ausstieg aus der Kohle erreicht ist, müssen die gravierenden Folgen des Abbaus von Braunkohle begrenzt werden. DIE LINKE tritt für eine Reform des Bundesberggesetzes ein. Bisher haben Konzerninteressen und Rohstoffgewinnung dort Vorrang vor den Interessen der Umwelt und der Bevölkerung. Stattdessen benötigen wir Planfeststellungsverfahren, in denen die Umweltverträglichkeit geprüft wird sowie Beteiligungs-, Informations- und Klagerechte von Bürgerinnen und Bürgern garantiert werden.

- Der Ausstieg aus der Atomkraft muss im Grundgesetz festgeschrieben und alle in Betrieb befindlichen

Atomkraftwerke unverzüglich abgeschaltet werden. Den Im- und Export von Uranbrennstoffen zum Betrieb von Atomkraftwerken und Atommüll wollen wir verbieten. Die Fertigung von Uranbrennstoff in den vom Atomausstieg bislang ausgenommenen Anlagen in Gronau und Lingen muss beendet werden.

- Keine Lagerung im »Endlager« Schacht Konrad in Salzgitter. Gorleben muss als ungeeigneter und politisch verbrannter Standort aufgegeben werden. Atommülllagerung kann nicht von oben und ohne Beteiligung der Betroffenen und der Aktiven in der Anti-Atom-Bewegung durchgesetzt werden. DIE LINKE unterstützt eine offene Debatte unter Beteiligung aller Betroffenen über die Lagerung aller Arten von Atommüll mit der größtmöglichen Sicherheit und dem Ziel eines gesellschaftlichen Konsenses. Dafür braucht es umfassende Mitsprache und Klagerechte in allen Phasen des zu entwickelnden Suchverfahrens.
- Wir setzen uns für den Atomausstieg in Europa und überall auf der Welt ein.

Mobilität von morgen. Flexibel, ökologisch, barrierefrei und bezahlbar für Alle

Mobilität ist mehr als unterwegs sein. Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und dem Zugang zu Gütern. Mit den seit 2013 sogar wieder steigenden CO₂-Emissionen des Verkehrssektors lassen sich die beschlossenen Klimaschutzziele nicht erreichen. Es braucht eine Gesamtstrategie für eine konsequente Mobilitätswende: Wir wollen eine flexible, ökologische, barrierefreie und bezahlbare Mobilität für alle Menschen. Wir setzen auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und energiesparende Verkehrsmittel. Statt erzwungener Automobilität, wollen wir unsere Städte als öffentlichen Lebensraum für Alle lebenswerter machen.

Dafür sind intelligente, ökologische und für Alle zugängliche Mobilitätssysteme erforderlich. Statt Profite für UBER & Co. wollen wir den öffentlichen Verkehr fördern und Mobilität verbessern. Mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 wird derzeit weiter auf ungehemmtes Wachstum im umwelt- und gesundheitsschädlichen Straßenverkehr gesetzt. Wir wollen eine ökologische Mobilitätsgarantie für Alle: Mit günstigen Preisen für die Bahn und den öffentlichen Nahverkehr. Mit einem verbesserten Angebot des Streckennetzes. Mit Sozialtickets und perspektivisch einem fahrscheinlosen, entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr.

- Wir führen für einkommensschwache Haushalte ein Sozialticket, eine Sozial-Bahncard sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets ein.
- Wir wollen für den ländlichen Raum eine Mobilitätsgarantie schaffen, die z.B. durch flexible Angebote wie Bürgerbusse oder kostengünstige Anruf-Sammeltaxis zu erfüllen ist.

- Der Bund muss den kommunalen, öffentlichen Personennahverkehr finanziell bedarfsdeckend unterstützen. Nur so kann der ÖPNV flächendeckend und barrierefrei ausgebaut werden und der Zwang zum Auto vor allem auf dem Land abgebaut werden.
- Die Preise im Bahnverkehr wollen wir senken. Daher tritt DIE LINKE für eine bedarfsdeckende Finanzierung der Bahn und eine Änderung der Geschäftspolitik der Deutschen Bahn ein. Diese muss sich an den Mobilitätsbedürfnissen aller Menschen und nicht an Erste-Klasse für Kunden oder Konzerninteressen ausrichten. Der Schienenverkehr gehört in öffentliche Hand. Gemeinsam mit sozialen Initiativen wie „Bahn für alle“ setzen wir uns gegen die Privatisierung und weitere Zerschlagung der Deutschen Bahn und für eine demokratische Kontrolle ein.
- Milliardeninvestitionen in die Verkehrsinfrastruktur wollen wir durch einen Bundesmobilitätsplan am Ziel einer ökologischen Mobilitätswende ausrichten.
- Die Pendlerpauschale wollen wir in eine sozial gerechte Mobilitätzulage umwandeln, die zudem Anreize für den Umweltverbund schafft.
- Wir wollen Radfahren attraktiver machen und den Anteil des Radverkehrs am Verkehrsmix steigern. Dafür muss das bundesweite Radwegenetz ausgebaut und die Straßenverkehrsordnung geprüft werden. Wir wollen einen Fördertopf des Bundes für fußgänger- und fahrradfreundliche Umgestaltungen in den Kommunen einrichten. Wir treten für kommunale, demokratisch kontrollierte Nahverkehrsunternehmen ein. Der Vorrang eigenwirtschaftlicher Betriebe muss abgeschafft werden.
- Die mit den Stimmen von Union, SPD, Grünen und FDP vor vier Jahren beschlossene Liberalisierung des Buslinienfernverkehrs führt zu Einbußen bei der Bahn. Wir wollen das Busfernnetz auf Verbindungen zwischen Orten beschränken, zwischen denen kein Schienenverkehr möglich ist. Die Trassen- und Stationspreise für Züge müssen drastisch gesenkt und die Fernbusse endlich wie Bahnen und Lkw Maut entrichten.
- Wir setzen uns für ein europäisches Nachtzugnetz ein, damit Reisen in Europa wieder bequem und ökologisch möglich ist. Dazu wollen wir die Mehrwertsteuer im Bahnverkehr ermäßigen.
- Jeder Verkehrstote ist einer zu viel! Deswegen brauchen wir ein Tempolimit von 120 auf Autobahnen sowie innerorts eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h.
- Wir lehnen alle direkten oder indirekten Privatisierungen von Verkehrsinfrastruktur ab. Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP) verursachen langfristig Mehrkosten, sind ein Risiko für die öffentliche Hand und schränken die Demokratie ein. Die geplante Bundesfernstraßengesellschaft soll privatrechtlich organi-

siert der Kontrolle des Bundestages entzogen werden und ermöglicht eine vollständige Privatisierung durch die Hintertür.

- Keine Pkw-Maut, weder für Aus- noch für Inländer. Sie schafft den gläsernen Bürger und ist Voraussetzung für Privatisierung.

Gütertransporte sozial und ökologisch umgestalten

Wir wollen eine intelligente Verknüpfung von Transport- und Logistiksystemen. Schiene, flussangepasste Schifffahrt und ökologische Lieferdiensten sollen Vorrang bekommen. Durch immer mehr Wettbewerb herrschen im Verkehrssektor heute oft schlechte Arbeitsbedingungen. Dies gilt insbesondere für Lkw- und Busfahrerinnen und -fahrer und für ausländische Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer. Dadurch geraten gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze weiter unter Druck.

- Der Güterverkehr verursacht hohe soziale und ökologische Kosten. Daher müssen die Energiesteuer und die Lkw-Maut auf alle Straßen ausgeweitet werden und erhöht werden. Alle Umweltkosten müssen angelastet werden.
- Wir wollen ein Fahrverbot von Güterfahrzeugen ab Freitagnachmittag und nachts einführen und die Nutzung von Bundes- und Landstraßen untersagen, wenn eine Bundesautobahn parallel vorhanden ist. Wir sind gegen die Einführung von Monster-Lkw, sogenannten Gialinern.
- Wir wollen Straßenverkehrskontrollen ausweiten und längere Ruhezeiten für Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer durchsetzen.

Flugverkehr reduzieren. Lärm- und Umweltschutz stärken

Der internationale Flugverkehr wächst seit Jahren rasant, besonders bei Langstreckenflügen. Damit werden mehr Treibhausgase ausgestoßen. Wir wollen den innerdeutschen und innereuropäischen Flugverkehr so weit wie möglich auf die Schiene verlagern. Die Bundesregierung muss international dafür eintreten, dass die Belastungen auf ein ökologisch angemessenes Maß reduziert werden.

- Der internationale Flugverkehr soll in den EU-Emissionshandel einbezogen und steuerlich endlich der Bahn gleichgestellt wird. Das bedeutet: wir wollen eine Steuer auf Flugbenzin einführen und Auslandsflüge mit der vollen Mehrwertsteuer belegen. Die Flugticketsteuer muss angehoben und Subventionierung von Flughäfen beendet werden.
- Den sozialen und ökologischen Dumpingwettbewerb im Luftverkehr wollen wir unterbinden.
- Wir treten für ein striktes Nachtflug-Verbot von 22 bis 6 Uhr ein, insbesondere für stadtnahe Räume. Dieses Nachtflugverbot muss im Bundesluftverkehrsgesetz

verankert werden. Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden. DIE LINKE will Umgebungslärm, Straßen-, Schienen- und Flugverkehrslärm mit einem verbindlichen Lärmschutzgesetz regeln und verringern. Die Mittel für den Lärmschutz müssen aufgestockt werden. Lärm macht krank!

- Wir wollen, dass der CO₂-Grenzwert für Neuwagen in Europa ab 2025 auf maximal 60 Gramm CO₂ pro Kilometer festgelegt wird und die Einhaltung im Alltagsbetrieb streng kontrolliert wird.
- Die Kfz-Steuer für neu angeschaffte Fahrzeuge wollen wir vollständig auf ökologische Kriterien umstellen. Das steuerliche Dienstwagenprivileg soll nach dem realen CO₂-Ausstoß differenziert werden.
- Die Belastung der Luft durch Feinstaub muss reduziert werden. Nachgerüstete Partikelfilter wollen wir weiter fördern und auf alle Fahrzeugklassen und Baumaschinen ausweiten. Die sogenannten Biokraftstoffe haben oft eine negative Ökobilanz. DIE LINKE will ihren Import verbieten, da er die Nahrungsmittelproduktion in Ländern des globalen Südens verdrängt sowie Wälder und Biotop zerstört (vgl. Kapitel Soziale Gerechtigkeit weltweit). Regionale, reine Pflanzenölkraftstoffe sollten nur im Agrarbereich und beim öffentlichen Personennahverkehr eingesetzt werden.
- Wir treten gegen die weitere Versiegelung von Flächen und Zerstörung der Landschaften durch den Straßenbau ein und lehnen die Erweiterung des Autobahn- und Straßennetz ab.
- Bei Planung von Verkehrsprojekten wollen wir Bürgerinnen und Bürger und Interessenvertretungen von Anfang an voll einbeziehen und Volksentscheide in einem frühen Stadium ermöglichen. Wir wollen Bürgerräte auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene einführen, um die Entscheidungen zu demokratisieren.

Gesunde Nahrungsmittel für Alle

Studien belegen, dass arme Menschen einen kleineren ökologischen Fußabdruck haben als reiche – gleichzeitig sind sie aber stärker von Umweltbelastungen betroffen. Umweltgerechtigkeit heißt für uns, diese Ungleichheit aufzuheben und gleichzeitig Natur und Tiere zu schützen. Wir wollen eine ökologisch verträgliche Lebensweise für alle Menschen ermöglichen und bezahlbar machen.

Die Agrarwirtschaft wird europaweit immer stärker auf den Export ausgerichtet. Dabei wird insbesondere auf die wachsenden Märkte außerhalb der EU gesetzt. DIE LINKE wendet sich gegen die weitere Globalisierung der Agrarmärkte. Wir wollen die Exportstrategie in der Agrarpolitik beenden. Wir wollen eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft mit dem Schwer-

punkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärker fördern. Leitendes Prinzip linker Agrarpolitik ist eine gemeinwohlorientierte Landwirtschaft, die auf Ernährungssouveränität ausgerichtet ist und einen angemessenen Beitrag zu einer nachhaltigen Versorgung mit erneuerbaren Energien leistet.

- Auch in der Landwirtschaft muss man von der Arbeit gut leben können. Wir setzen uns für gute Arbeits- und Einkommensbedingungen in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ein und fordern gesetzliche Rahmenbedingungen, die einen respektvollen Umgang mit Mensch, Natur und Tier sicherstellen.
- Wir wollen regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen als Gegenstrategie zur Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen. Die Hofabgabeklausel wollen wir abschaffen: sie ist quasi ein Zwangsverkauf der Höfe für eine Minirente.
- Wir wollen Bodeneigentum für regional verankerte Landwirtschaftsbetriebe und ländliche Bevölkerung sichern. Es soll sozial breit gestreut bleiben. Bauernland gehört nicht in Investorenhand. Die Privatisierung von bundeseigenen Flächen muss gestoppt werden. Für Anteilskäufe von Landwirtschaftsbetrieben wollen wir eine bundeseinheitliche Regelung zum Genehmigungsverfahren. Die gemeinnützigen Landgesellschaften wollen wir fördern. So stärken wir eine nachhaltige Bodenverteilung und Entwicklung lebendiger ländlicher Räume.
- Wir wollen den Anbau und den Handel mit gentechnisch veränderten Pflanzen sowie das Klonen von Tieren verbieten. Den Import von gentechnisch verändertem Soja wollen wir verbieten. Die heimische Produktion von Eiweißfuttermitteln wollen wir stärken.
- Wir wollen eine Nutztierhaltung, die flächengebunden, auf die einheimische Nachfrage bezogen und tiergerecht ist. Massentierhaltung mit quälenden Produktionsweisen und einem hohen Bedarf an Antibiotika wollen wir verbieten. Der Einsatz von Antibiotika und Wachstumsmitteln in der Tierzucht führen zu gesundheitlichen Risiken und belasten die Umwelt. Der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft muss auf sehr wenige Ausnahmen begrenzt werden, Kontrollen müssen verschärft und Verstöße härter bestraft werden.

Wir wollen bezahlbare und gesunde Nahrungsmittel für Alle, gerechte Übergänge und nachhaltige Zukunftsperspektiven für die bäuerliche Landwirtschaft. Wir fördern bäuerliche, genossenschaftliche und ökologische Landwirtschaft statt Agrarkonzerne.

- Wir wollen den Ökolandbau ausbauen und regionale Produktions- und Verkaufsstrukturen stärker fördern. Auch genossenschaftliche Landwirtschaft und bezahlbare Bio-Lebensmittel in der Schul- und Kitaverpflegung müssen stärker unterstützt werden.

- DIE LINKE will Patente auf Leben verbieten. Zur Sicherung der genetischen Vielfalt sollen alte Pflanzensorten und Nutzierrassen erhalten und freie Nachbaurechte gesichert werden.
- Für ressourcenschonende und bienenfreundliche Anbausysteme muss der Einsatz von Mineraldünger und Pflanzenschutzmittel an den standortspezifischen Nährstoffbedarf angepasst sein.

Die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken

Wir wollen eine eigenständige Verbraucherschutzbehörde mit starken Durchsetzungsbefugnissen. Die Verbraucherschutzverbände sollen finanziell besser ausgestattet und ihre Rechte gestärkt werden. Dazu sollen sie auch Einnahmen des Bundes aus den Geldbußen der Kartellstrafen erhalten.

- Guter Verbraucherschutz ist auf Hinweisgeber angewiesen, die auf Missstände in Unternehmen, Behörden und anderen Einrichtungen aufmerksam machen. Wir brauchen ein Whistleblower-Schutzgesetz.
- Verbraucherinnen und Verbraucher müssen ein Recht darauf haben, direkt durch das Unternehmen über die sozialen und ökologischen Herstellungsbedingungen informiert zu werden. Dazu brauchen wir ein starkes Verbraucherinformationsgesetz (nicht beschränkt auf Lebensmittel).
- Damit sich Verbraucherinnen und Verbraucher gemeinsam gegen Tricks und Irreführungen von Unternehmen und Bereicherung auf Verbraucherkosten wehren können, machen wir uns für die Einführung von Gruppenklagen stark.
- Zwei Jahre Gewährleistung für Mängel mit einem Beweisschutz von 6 Monaten sind uns zu kurz. Wir wollen die Garantie- und Gewährleistungspflichten verlängern und geplanten vorzeitigen Verschleiß gesetzlich verbieten.
- Bei Lebensmitteln muss klar sein, was drinsteckt. Deshalb machen wir uns für eine verständliche Kennzeichnung mit der »Nährwert-Ampel« stark. Wir wollen auch bei verarbeiteten Lebensmitteln eine echte Herkunftskennzeichnung, damit regionale Erzeugnisse gestärkt werden.
- Wir wollen ein Verbot von Produkt- und Markenwerbung in Schulen, Kitas und Sportvereinen. Verbraucherbildung muss soziale und ökologische Auswirkungen mit einbeziehen.
- Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen beim Einkauf im Internet nicht nach Einkommen, Wohnort oder ihrer Bereitschaft, ihre Daten offenzulegen, diskriminiert werden.

- Wir wollen den Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen verbessern (vgl. Kapitel Finanzmärkte schrumpfen).

Die Vielfalt der Natur und Tiere schützen

Naturschutz- und Biodiversitätsziele müssen zukünftig in andere Politikbereiche integriert werden, um den Erhalt von Natur und Biodiversität zu gewährleisten.

- Um die Natur nachhaltig zu schützen und biologische Vielfalt zu erhalten, müssen die EU-Naturschutz-Richtlinien und ihre nationalen Entsprechungen umgesetzt und finanziell gestützt werden.
- Wir wollen natur- und umweltzerstörende Subventionen sukzessive abbauen und die freiwerdenden Gelder in Natur- und Umweltprogramme investieren.
- Naturschutzflächen gehören in öffentliche Hand und dürfen höchstens an Naturschutz- und Umweltverbände vergeben werden.
- Wildlebende Tiere müssen besser geschützt werden. DIE LINKE will Wilderei und illegalen Wildtierhandel bekämpfen. Die Haltung bestimmter Wildtierarten in Zirkussen und Delfinarien wollen wir ebenso beenden wie den Handel mit Wildfängen auf gewerblichen Tierbörsen.
- Tierversuche müssen durch Alternativmethoden ersetzt werden.
- Bessere Transportbedingungen für Tiere müssen gesetzlich verankert und kontrolliert werden. Auch im Tierschutz muss das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände eingeführt werden.
- Das Schreddern von Küken wollen wir verbieten.

Böden, Wasser und Luft erhalten

- Wir wollen den Verbrauch von Land- und Forstwirtschaftsflächen stoppen. Für den Ausbau der Infrastruktur sollen vorrangig Flächen entsiegelt werden. Den Flächenverbrauch wollen wir verringern. Außerdem wollen wir bundesweite Regelungen für Ausgleichsmaßnahmen (z.B. durch Ökokonten) vereinbaren.
- Wir wollen die Wasserrahmenrichtlinie, mit allen Gewässern wieder möglichst naturnah sein sollen, durch einen Aktionsplan umsetzen. Dazu gehören, die Erhaltung bzw. Wiederherstellung naturnaher Strukturen, die Reduzierung des Schadstoffeintrags durch Düngemittel und Pestizide in Flüsse und Meere und Sicherung von Auenflächen.
- Die Umweltbelastung von Gewässern durch unsachgemäße Entsorgung von Human-Arzneimitteln ist gefährlich. Wir wollen das Rücknahmesystems von Medikamenten (wieder) einführen. Abwässer aus »Hotspots« wie Altenheimen oder Krankenhäusern müssen erfasst und vorgeklärt werden.

- Es muss ein Fonds eingeführt werden, belasteten Flächen von Altlasten zu befreien.

- Wir setzen uns für den Schutz der NATURA2000-Schutzgebiete in Nord- und Ostsee ein. Das heißt, die Wirtschaftszonen von Fischerei, Ressourcenabbau und sonstiger wirtschaftlicher Eingriffe zu befreien. Wir fördern alternativer Fangmethoden, um auf grundberührende (Schleppnetze) und lebensraumschädliche Methoden zu verzichten.

Eine Abfallwirtschaft, die Ressourcen schont

Um die natürlichen Ressourcen zu schützen, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und eine Ressourcenverbrauchsabgabe für nicht erneuerbare Primärrohstoffe und Einwegverpackungen einführen.

- Die EU-Abfall-Richtlinie muss umgesetzt und das Näheprinzip der Abfallentsorgung und -verarbeitung eingehalten werden. Abfallentsorgung muss als Bestandteil der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand!
- Wir wollen ein Pfandsystem für Energiesparlampen, Mobiltelefone und Fernseher einführen, um die Sammelquoten bei technischen Produkten zu erhöhen.
- Die Einfuhr von seltenen Rohstoffen oder solcher, die in Konfliktregionen gefördert werden, wollen wir beenden. Deshalb sprechen wir uns für ein Zertifizierungsgebot aus. Die Verordnungen der EU-Ökodesignrichtlinie müssen auf das Produktdesign erweitert werden, damit leichte Reparaturen durch die Nutzerin oder den Nutzer gewährleistet werden. Zudem unterstützen wir das »Top-Runner-Modell« (das effizienteste Gerät zu einem bestimmten Zeitpunkt setzt den neuen Standard) für die Produktion von Geräten.

XIV. Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne

Die Europäische Union ist in einer grundlegenden Krise. Die soziale Ungleichheit ist gewachsen, Reichtum und Armut explodieren. Die neoliberale Politik der Konkurrenz und Austerität hat zu Massenerwerbslosigkeit geführt und in Südeuropa eine verlorene Generation hervorgerufen. In der ganzen EU sind es fast ein Viertel, in Italien, Portugal, Spanien, Griechenland 40 bis 60 Prozent der jungen Menschen, die keine Arbeit finden. In dieser EU hat die Wettbewerbsfähigkeit im Interesse der Profite von Banken und Konzernen Vorrang vor den Interessen der Bevölkerungen. Die »Rettung« Griechenlands war zu über 90 Prozent eine Finanzierung von reichen Gläubigern und Bankprofiten, nicht zuletzt deutscher Banken. Die Durchsetzung von neoliberalen Handelsabkommen wie TTIP und CETA gegen den Willen von hunderten Menschen oder die Erpressung Griechenlands, die verheerende neoliberale Kürzungspolitik fortzusetzen, zeigt: Wenn die Menschen eine andere Politik wollen, wird die Demokratie als Wettbewerbshindernis beiseitegeschoben. In Großbritannien stimmt die Mehrheit der Bevölkerung für einen Austritt aus der EU. Es ist diese unsoziale und undemokratische EU, die autoritären Kräften, Rassismus und Nationalismus Auftrieb gibt.

Wer den Rechtsruck in Europa stoppen will, muss sich für einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland einsetzen. Die deutsche Regierung spielt eine zentrale Rolle dabei, die Europäische Union zum Wettbewerbsraum umzubauen. Standortkonkurrenz, Druck auf die Löhne und den Sozialstaat, Freihandel und Aufrüstung sind weder im Interesse der Menschen in Deutschland noch der im restlichen Europa. Die einseitige Exportorientierung der deutschen Wirtschaft führt zu De-Industrialisierung, Verschuldung und Massenerwerbslosigkeit in weiten Teilen der EU. Sie geht auch zu Lasten der Beschäftigten in Deutschland: Die Folge sind prekäre Arbeit, Niedriglohn und Dauerstress. DIE LINKE kämpft daher für einen Politikwechsel in Deutschland und eine andere Wirtschaftspolitik. Für höhere Löhne, Umverteilung des Reichtums und öffentliche Investitionen für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft. Nur so kann die tiefe Krise in Europa überwunden werden.

Das bestehende Euro-Währungssystem mit dem vertraglich verankerten Druck zu Kürzungspolitik und einer demokratisch nicht kontrollierten Europäischen Zentralbank ist mit einer sozialen und demokratischen Entwicklung in Europa unvereinbar. Die neoliberale Konstruktion des Euros nützt vor allem der deutschen Exportindustrie und internationalen Großkonzernen, während es Europa wirtschaftlich und sozial spaltet. Die Politik der EZB, »billiges Geld« zur Verfügung zu stellen,

aber gleichzeitig auf Kürzungspolitik und Austerität zu drängen, verhindert einen Ausweg aus der Krise. Die Politik von Troika, Merkel & Co zerstört die Gemeinschaftswährung.

DIE LINKE will einen Neustart der Europäischen Union. Die Verträge von Lissabon haben den Neoliberalismus in die Grundlagen der EU eingeschrieben. Wir brauchen eine grundsätzliche, soziale und demokratische Alternative zu dieser neoliberalen EU: mit neuen Verträgen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen. In allen Mitgliedstaaten muss über die neuen Verträge in Volksabstimmungen entschieden werden. Wir wollen die Finanzmärkte entmachten und den europäischen Bankensektor demokratisch kontrollieren. Im Vordergrund stehen für uns die Interessen der Menschen in Europa, nicht ein Währungssystem. Die Währungsunion muss grundlegend verändert werden, damit sie nicht die Spaltungen vertieft, sondern die Ungleichheiten überbrückt und eine friedliche und fruchtbare Zusammenarbeit in Europa befördert.

Wir wollen mit der neoliberalen Wettbewerbspolitik brechen. Wir wollen die Binnennachfrage stärken und die Spekulation zurückdrängen.

Austerität für die unten, Profite für die oben? Die Macht der Banken und Konzerne brechen!

Wir wollen die Kürzungsdiktate in Europa beenden. Es müssen sofort wirksame Schritte gegen Massenerwerbslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit der Jugend in den Krisenländern eingeleitet werden. Die Löhne in Deutschland müssen steigen, den deindustrialisierten Regionen Europas müssen alternative Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden.

- Daher fordert DIE LINKE ein europäisches Investitionsprogramm, das vor allem auf Entwicklung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege sowie einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft setzt. Zur Finanzierung wollen wir in allen EU-Staaten eine einmalige Vermögensabgabe auf Vermögen über eine Mio. zur Rückführung der Staatsschulden.
- Wir wollen die öffentliche Kreditaufnahme vom Finanzmarkt abkoppeln: Die EZB soll den Euro-Staaten in festgelegtem Rahmen direkt leihen dürfen. Dabei sollen Preisstabilität und Vollbeschäftigung berücksichtigt werden. Als ersten Schritt fordert DIE LINKE die Gründung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen, die zu ihrer Refinanzierung Zentralbank-

kredite aufnehmen kann. Wir wollen eine öffentliche europäische Ratingagentur schaffen. Ratings von privaten Agenturen dürfen nicht Gegenstand von verbindlichen Regeln der EU sein.

- Wir wollen öffentliche Investitionen in der EU fördern, statt mit öffentlichen Geldern private Investitionen und private Renditen abzusichern. Private Investitionsprogramme fördern die Privatisierung von Autobahnen, Krankenhäusern und öffentlicher Daseinsvorsorge.
- Keine Bankenrettung auf Kosten der Gesellschaft! Die Eigentümer und Gläubiger müssen für die Banken haften. Die Einlagen von Kleinsparerinnen und Kleinsparern müssen öffentlich abgesichert werden. (Vgl. Kapitel Finanzmärkte schrumpfen)
- Wir wollen eine Europäische Schuldenkonferenz, bei der die Staatsschulden auf ihre Legitimität und ihre Tragbarkeit geprüft und Lösungen gefunden werden, die den am stärksten verschuldeten Ländern einen Ausweg aus der humanitären Katastrophe und den Pfad zu einer nachhaltigen Entwicklung eröffnen.
- TTIP, CETA, TISA und EPAs stoppen! Freihandelsabkommen heizen den Standortwettbewerb an und untergraben soziale Rechte, Umweltstandards und die Demokratie. In der Handelspolitik werden wir uns weiter allen Verträgen widersetzen, die Verschlechterungen der Rechte der Beschäftigten, im Verbraucher-, Umwelt- und Klimaschutz und beim Schutz und der Förderung von Kulturgütern bedeuten.
- Wir wollen den Unterbietungs-Wettbewerb – welches Land bietet dem Kapital die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialleistungen – unterbinden. Wir kämpfen für Mindeststandards und eine abgestimmte Besteuerung der Superreichen in Europa. Wir wollen, dass Lohn-dumping in der EU gestoppt wird. Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik müssen in diesem Sinne aufeinander abgestimmt werden. DIE LINKE kämpft für einen Europäischen Mindestlohn, der bei 60% des nationalen Durchschnittslohns liegen muss.
- Wir lehnen die Kapitalmarktunion ab, mit der die Kapitalmärkte der Mitgliedstaaten stärker miteinander verkoppeln. Sie dient der Förderung von Finanzspekulationen und der Verbriefung und Verpackung von Schrottkrediten. Sie befördert so die nächste Finanzkrise.
- DIE LINKE fordert gemeinsam mit den Gewerkschaften eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen. Soziale Grundrechte und die Tarifautonomie müssen Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben. Sozialstaatlichkeit muss in den EU-Verträgen neben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geschützt werden.

In der Euro-Krise wurde offensichtlich: wir brauchen Mechanismen gegen die Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen. Die Exportüberschüsse der Einen sind

notwendig die Schulden der Anderen. So kann kein soziales Europa entstehen! Wir wollen die Staaten auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichten. Das ist im Interesse der Menschen in Deutschland, weil die Löhne steigen und die Wirtschaft stärker auf Nachfrage im Inneren statt auf Spekulation ausgerichtet wird. Und es ist im Interesse einer gerechten wirtschaftlichen Entwicklung unserer europäischen Nachbarn.

- Wir wollen Steuerflucht bekämpfen: durch automatische Meldepflichten für Banken, die Möglichkeit, verdächtige Guthaben einzufrieren, Entzug von Banklizenzen für nichtkooperative Banken und verbesserte Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung und durch Kapitalverkehrskontrollen (vgl. Kapitel Ungleichheit ist unsozial).

Die Regierenden der EU nutzen die Verhandlungen der Freihandelsverträge TTIP, CETA und TISA, um Rechte der Beschäftigten und den Verbraucherschutz weiter zu schleifen. Fiskalpakt und Troika schaffen weitere Eingriffsmöglichkeiten in die Entscheidungen gewählter Volksvertretungen.

Die EU muss demokratisch werden!

Statt einer im Kern undemokratischen EU wollen wir die Demokratie in Europa neu begründen und die Institutionen der EU grundlegend demokratisieren. Wir wollen die Rechte der Parlamente stärken. Unter den gegebenen Bedingungen dürfen keine weiteren Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagert werden. Entscheidungen in der EU müssen vom Europaparlament und den nationalen Parlamenten getroffen und kontrolliert werden, statt von der EU-Kommission oder nicht-legitimierte Gremien.

- DIE EZB muss unter demokratische Entscheidungen und Kontrolle des Europäischen Parlaments gestellt werden statt »unabhängig« von diesen und über der Demokratie zu stehen. Die EZB muss neben der Preisstabilität gleichrangig auf wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung verpflichtet werden.
- Wir lehnen die Entmachtung der Parlamente und Eingriffe in die Tarifautonomie durch den Fiskalpakt ab.
- Wir wollen EU-weite Volkbegehren und Volksentscheide ermöglichen.
- Wir wollen europaweite öffentlich-rechtliche Medien und Plattformen und einen gleichberechtigten Zugang dazu für alle demokratischen politischen und sozialen Kräfte und Bewegungen.

Wir wollen die Grundrechte in Europa stärken: Keine verdachtsunabhängige Datenspeicherung und *Profiling*. Unter dem Vorwand der Sicherheit und des Kampfes gegen den Terrorismus werden Überwachungstechnik und Datensammlung ausgebaut und die Freiheitsrechte ausgehöhlt, die man zu verteidigen vorgibt.

Das Freizügigkeitsrecht in der EU muss für Alle gelten. Wir sind gegen den Ausschluss von Arbeit suchenden Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern aus der Sozialhilfe. Stattdessen sollen sie dabei unterstützt werden, eine gute Arbeit zu finden. Alles andere bringt Armut, Verelendung und Ausbeutung hervor.

- Wir brauchen einen starken europäischen Datenschutz, damit der in Deutschland besser funktioniert. Das heißt zügige Umsetzung der Datenschutz-Reform.
- Im europäischen Haftbefehl und der europäischen Ermittlungsanordnung muss das Recht auf anwaltliche Unterstützung und Übersetzung gesichert werden.

Keine Europäische Union der Aufrüstung und Militarisierung

Die Mitgliedsstaaten der EU haben sich verpflichtet, jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Aufrüstung und Kriegsfähigkeit zu investieren. Die Antwort auf die Wahl von Trump zum Präsidenten der USA und das Brexit-Votum der britischen Bevölkerung sind Pläne zu weiterer Aufrüstung mit dem Ziel einer »strategischen Autonomie«. Gemeint sind: eine europäische Armee, finanziert und geführt aus der Europäischen Union. Ein gemeinsamer Rüstungsmarkt soll geschaffen und die Rüstungsindustrie europäisiert werden. Der Binnenmarkt für Verteidigungsgüter soll gestärkt werden. Dafür werden auch Förderungsmöglichkeiten für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) aus den Fördertöpfen der EU geprüft.

Auf die wirtschaftlichen und sozialen Zerfallsprozesse der EU folgen militärische und sicherheitspolitische Integrationspläne. Wirtschaftliche Entwicklung wird als Rüstungsförderung betrieben. Der Ausbau einer »Verteidigungsunion« oder »Militärunion«, die Schaffung einer europäischen Armee und andere Vorhaben der Militarisierung führen nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen in Europa, sondern sichern Konzerninteressen militärisch ab. Wir wollen die Militarisierung der EU beenden. Sicherheit gibt es nur mit konsequenter Friedenspolitik und Förderung globaler Gerechtigkeit statt Standortkonkurrenz.

- Wir wollen die EU-Rüstungsagentur abschaffen.
- Wir setzen uns für ein EU-weites Verbot von Rüstungsexporten ein.
- Unser Investitionsprogramm umfasst auch Mittel für den zivilen Umbau der Rüstungsindustrie. Die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie müssen in ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Arbeitsplätze überführt werden.
- EURATOM wollen wir auflösen. Bis dahin wollen wir die EU-Verträge entflechten.
- Wir treten ein für eine Europäische Friedens- und Entspannungspolitik (vgl. Kapitel Nein zum Krieg).

Sichere Fluchtwege und Schutz der Menschenrechte statt Krieg gegen Flüchtlinge

Es ist mit einem demokratischen und menschlichen Europa nicht vereinbar, dass Tausende von Menschen auf ihrem Weg in ein vermeintlich sicheres Europa im Mittelmeer ertrinken oder in rechtsfreien Räumen in Auffanglagern und Abschiebezentren vor den Grenzen der EU interniert werden. (Zu den Fluchtursachen vgl. Kapitel Internationales#) Wir streiten für legale und sichere Fluchtwege nach Europa. Lebensrettung ist wichtiger als der Kampf gegen Schlepper. Repression und Überwachung, Entmündigung und Entrechtung ziehen sich durch die Vorschläge der Europäischen Kommission. Wir brauchen eine humanistische Asylpolitik und einen ebenso zu definierende Rahmen für Einwanderung in die EU.

- Fähren statt Frontex! Frontex muss abgeschafft und durch eine koordinierte Seenotrettung in europäischer Verantwortung ersetzt werden.
- Die Verantwortung, die Flüchtlinge zu schützen, darf nicht auf Drittstaaten außerhalb der EU übertragen werden. Die Pläne, in Nordafrika Asyllager zu schaffen, lehnen wir ab. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention dürfen Flüchtlinge nicht abgewiesen werden! Der von der Kanzlerin vorangetriebene EU-Türkei-Deal muss aufgekündigt werden!
- Das EU-Dublin-System ist gescheitert. Wir setzen uns für ein faires und solidarisches System der Flüchtlingsaufnahme und Verantwortungsteilung in der EU ein. Ein Ausgleich soll vor allem finanziell hergestellt werden (»Fluchtumlage«). Wir wollen das Prinzip der »freien Wahl des Mitgliedsstaates« für die Geflüchteten. Durch eine Fluchtumlage werden Anreize für menschliche Bedingungen für Geflüchtete gesetzt.
- Die Grenzen Europas müssen für schutzsuchende Menschen offen sein, es muss sichere und legale Fluchtwege geben.
- Die EU muss der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten.

Die EU kann durch Bewegung von unten, einen Aufstand der Menschen in Europa für Demokratie und soziale Gerechtigkeit, verändert werden. Nur durch soziale Bewegungen konnten die Privatisierung des Wassers, die Bolkestein-Richtlinie verhindert werden. Nur so werden wir auch TTIP, TISA und CETA verhindern. DIE LINKE steht an der Seite der Gewerkschaften und ist Teil der sozialen Bewegungen. Wir werden in Deutschland und in Europa weiter dafür kämpfen, dass die Interessen der Menschen Vorrang vor Profit und Wettbewerb haben.

XV. Für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt.

Soziale Ungleichheit nährt die Zweifel an der Demokratie. Viele bezweifeln, dass sich durch Wahlen etwas ändert. Wenn Kürzungspolitik und Schuldenbremse als alternativlos dargestellt werden, sinkt das Vertrauen in Demokratie: was gibt es noch zu entscheiden? Wenn sich soziale Ungleichheit in politische Ungleichheit übersetzt, wird der Riss in der Demokratie tiefer. Ohnmacht, Verdruss, Unzufriedenheit und Ängste vor sozialem Abstieg. Die Gefahren, die daraus erwachsen, sehen wir in den Erfolgen rechter Parteien in Europa und den USA. Der Zulauf der Rechtspopulisten hängt eng mit der Krise der Demokratie zusammen – in Europa und in Deutschland. »Wir werden Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.« (Angela Merkel) Das ist das Demokratieverständnis der Bundeskanzlerin. Sie will eine marktkonforme Demokratie. Das Primat der Politik, den Willen, auch Wirtschaft mittels Politik zu gestalten, gibt die Bundesregierung ab. Das Vertrauen der Märkte, nicht das der Bürgerinnen und Bürger, ist ihr Maßstab. Politik soll sich selbst disziplinieren: überall, in Europa, auf Bundesebene, in Ländern und Kommunen.

Demokratie bedeutet mehr, als alle vier Jahre Wahlen abzuhalten oder im Parlament abzustimmen. Wir wollen die Demokratie ausweiten: Indem wir mehr direkten Einfluss von Bürgerinnen und Bürgern auf politische Entscheidungen schaffen. Wir brauchen mehr direkte Demokratie und Volksentscheide auch auf Bundesebene. Wir wollen Bürgerrechte verteidigen und ausweiten. Wir wollen, dass Demokratie wieder Vorrang vor wirtschaftlicher Macht hat. Und wir wollen Demokratie im Alltag stärken: durch Bürgerhaushalte, durch Demokratisierung der Wirtschaft, durch eine demokratische, solidarische Öffentlichkeit. Alle müssen gleichermaßen wirksam an den Entscheidungen beteiligt werden. Dies setzt voraus, dass alle Menschen frei von Angst vor dem Verlust von sozialer, ökonomischer und politischer Sicherheit leben können.

Wir wollen eine Demokratisierung der Demokratie, von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft befördern. Politische, soziale und kulturelle Rechte müssen universell gesichert werden. Soziale und demokratische Rechte sind unteilbar. Grundrechte müssen für alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Weise gelten und nicht nur privilegierten Schichten nützen. Sie dürfen nicht eingeschränkt werden: nicht für Erwerbslose, Hartz IV-Betroffene, Migrantinnen und Migranten oder für außerparlamentarische Initiativen und Bewegungen.

Eine Demokratisierung der Demokratie bedeutet auch, den Einfluss der Menschen zu stärken, die bei Bildung, Einkommen, Zugang zur Öffentlichkeit oder wegen zu viel Arbeit oder zu wenig Zeit ohnehin weniger Möglichkeiten zum politischen Engagement haben. Unser Ziel ist, das Öffentliche auszubauen und die Bürgerinnen und Bürger stärker zu beteiligen: Eine neue Solidarität und Demokratie von unten.

Rechte Gewalt stoppen: Antifaschismus ist gelebte Demokratie

Die politische Landschaft der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren nach rechts verschoben. Mit der AfD hat sich eine nationalistische und in weiten Teilen rassistische Partei etabliert, die ideologische und personelle Verbindungen zur extremen Rechten hat. Mit Pegida und seinen zahlreichen regionalen Ablegern ist eine rassistische Bürgerbewegung in Teilen des Landes entstanden, die Hetze gegen Geflüchtete betreibt. Die Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte nehmen dramatisch zu. 2014 waren es 180 solcher Angriffe, 2015 weit über 1000. 2016 hielten die Angriffe unvermindert an. Unabhängige Stellen kommen zu noch weit höheren Zahlen. Alltäglich rassistische Angriffe und Taten sogenannter Hasskriminalität, die sich gegen Minderheiten richten, haben ebenfalls zugenommen. Sie richten sich neben den Geflüchteten gegen Menschen, die sich für Geflüchtete engagieren. Die Täter entgehen oft einer Strafverfolgung.

- Jeder Angriff auf Flüchtlingsheime oder Asylunterkünfte ist ein Angriff auf die Demokratie. Wir fordern den Schutz der Menschen.
- Wir wollen eine unabhängige Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus schaffen.
- Wir wollen ein Bleiberecht für die Opfer rassistischer und vorurteilsmotivierter Angriffe, um der auf Vertreibung gerichteten Intention der Täter entgegenzutreten.
- Wir verurteilen die Angriffe auf Moscheen, Synagogen und andere sakrale oder symbolische Orte.
- Auch linke Menschen und Strukturen geraten immer wieder in den Fokus rechter Angriffe. Wir stehen zusammen und weichen nicht.

DIE LINKE blockiert weiterhin gemeinsam in breiten Bündnissen Naziaufmärsche auf Straßen und Plätzen und kämpft gegen rassistische Angriffe.

Die Politik der Großen Koalition hat mit ihrer Politik den Nährboden bereitet, auf dem Rassismus und Ideologien der Ausgrenzung gedeihen. Der Aufstieg der AfD ist auch Ergebnis dieser verfehlten Politik. Eine wirksame Politik dagegen muss die Ursachen bekämpfen: Prekarisierung zurückdrängen, die Demokratisierung der Gesellschaft vorantreiben und soziale Sicherheit schaffen.

- Die Bundesprogramme gegen Rechts müssen dauerhaft gefördert werden. Projekte der Mobilen Beratung gegen Rechts und Opferberatungen wollen wir stärker unterstützen, um den erstarkenden rechten Bürgerbewegungen in den Regionen effektiv etwas entgegenzusetzen zu können. Wir setzen uns für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein.
- DIE LINKE fordert ein Verbot aller neofaschistischen Organisationen. Es wird das Problem von Rechtsextremismus und Rassismus nicht allein lösen, steht aber für eine gesellschaftliche Ächtung und verhindert staatliche Unterstützung für die Strukturen der extremen Rechten. Wir brauchen zivilgesellschaftliche Gegenmobilisierungen.
- Aus der Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrundes« und der skandalösen Ermittlungsarbeit sind noch immer keine Lehren gezogen worden. Es bedarf eines tatsächlichen Mentalitätswechsels der Sicherheitsbehörden im Umgang mit rechten und rassistischen Straftaten. Der Staat muss früher und nachhaltiger gegen rechtsterroristische Strukturen vorgehen.

Unabhängigkeit der Politik sichern

Der Einfluss des Lobbyismus auf die Politik muss zurückgedrängt werden. Gesetze dürfen nicht von denen geschrieben werden, die von ihnen profitieren. Korruption und Bestechung, Vorteilsgewährung, Vorteilsnahme, Intransparenz und Parteiensponsoring dürfen nicht die Politik bestimmen.

- Wir wollen Abgeordnetenbestechung wirksam unter Strafe stellen. Wer Gegenleistungen für Handlungen oder Unterlassungen im Zusammenhang mit der Ausübung des Abgeordneten-Mandats annimmt, soll bestraft werden.
- Wir wollen ein verbindliches und transparentes Lobbyregister einführen und treten für ein Beschäftigungsverbot von Lobbyisten in Bundesministerien und – bei Vollzeitparlamenten – von Abgeordneten bei Unternehmen und Lobbyorganisationen ein. Kein Lobbyismus an Schulen.
- Die Nebenverdienste von Abgeordneten sind auf Euro und Cent zu veröffentlichen. Unternehmensspenden an Parteien sowie das Parteiensponsoring, wie Unternehmensstände auf Parteitag, wollen wir verbieten und Spenden von Privatpersonen auf 25.000 Euro begrenzen.

- Der Vermengung von politischen und wirtschaftlichen Interessen wollen wir Einhalt gebieten: Bundesministerinnen und Bundesminister, parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre müssen nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt fünf Jahre warten, bevor sie in Unternehmen wechseln, mit deren wirtschaftlichen Interessen sie zuvor politisch befasst waren.

Mehr Mitbestimmung, mehr Beteiligung

Wenn öffentliche Gelder verwendet werden, bedarf es öffentlicher Kontrolle. Ökonomischen, ökologischen und technischen Großprojekten fehlt es an Transparenz, demokratischer Beteiligung, unabhängigem Monitoring und Regelungen zur Schadenshaftung, obgleich sie immer wieder eine Goldgrube für Großkonzerne und ein Anlass für Korruption sind wie z. B. beim Berliner Flughafen BER, der Hamburger Elbphilharmonie oder Stuttgart21.

- DIE LINKE fordert für Großprojekte in Bund, Ländern und Kommunen eine Demokratisierung der Demokratie, öffentliche und angekündigte Bürgerversammlungen, verpflichtende Bürgerentscheide, parlamentarische Beratungen mit allen Informationen zum Planungsprozess, nach einem Drittel der Umsetzung und zur Nachkontrolle.
- Wir setzen uns für ein bundesweites Register für korrupte Unternehmen ein.
- DIE LINKE fordert eine umfassende Wahlrechtsreform. Die Fünf-Prozent-Sperrklausel gehört abgeschafft. Wir wollen das Wahlrecht ab der Vollendung des 16. Lebensjahres und für alle seit fünf Jahren hier lebenden Menschen. Wir lehnen ab, dass Menschen, die unter Vollbetreuung stehen, von der Wahl ausgeschlossen werden.
- Demokratie darf nicht am Betriebstor oder der Bürotür enden. Wir brauchen eine Demokratisierung der Wirtschaft (vgl. Kapitel Menschen vor Profite).
- Wir wollen umfassende Informations- und Auskunftsrechte einführen. Gesetzgebung und Regierungshandeln sollen für Bürgerinnen und Bürger transparent gemacht werden. Wir wollen die Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes zu einem Transparenzgesetz, damit die Bürgerinnen und Bürger nicht erst Auskünfte beantragen müssen. Alle Bundesbehörden sollen von vornherein zur Veröffentlichung amtlicher Dokumente verpflichtet werden. Diese sind in offenen, maschinenlesbaren Formaten mit Auskünften über die Quelle zur Verfügung stellen (Open Data).
- Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide ausweiten. Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte schließt auch die Einführung von Referenden ein, d.h. die Bürgerinnen und Bürger können gegen parlamentarische Entscheidungen ein Veto einlegen.

- Wir wollen verbindliche Bürgerinnen- und Bürgerforen einrichten. Planfeststellungsverfahren sind so anzulegen, dass allen ausreichend Zeit bleibt, sich zu informieren, zu überprüfen, ob ihre Interessen gewahrt bleiben und sich zu beteiligen. Eine Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens zulasten von Bürgerbeteiligungsverfahren lehnen wir ab.
- Das Petitionsrecht wollen wir als Bürgerrecht weiter ausbauen.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen bündeln Engagement und machen Forderungen hör- und sichtbar. Für diese Arbeit sind sie auf Spenden und öffentliche Unterstützung angewiesen. Das Gemeinnützigkeitsrecht ist dabei manchmal mehr Hürde als Hilfe. Das wollen wir ändern.
- Die Barrierefreiheit von Wahllokalen und Wahlvorgängen ist längst überfällig und muss gewährleistet werden. Das selbstverständliche Recht zu wählen ist – unabhängig vom Gesundheitsstatus – für Menschen mit und ohne Behinderungen zu wahren.
- Die Oppositionsrechte in allen Parlamenten, Plenen und Ausschüssen wollen wir stärken. Ausschusssitzungen sollen grundsätzlich öffentlich sein.
- Im europäischen Maßstab ist Deutschland bei der Selbstverwaltung der Justiz Schlusslicht. Zur Sicherung der strukturellen Unabhängigkeit der Justiz wollen wir die Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Justizräte einzuführen.
- DIE LINKE setzt sich auf Bundes- und Landesebene für eine konsequente Durchsetzung des Gewaltenteilungsprinzips und eine Demokratisierung der Justiz ein. Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sollen ausschließlich durch Richterwahlausschüsse ernannt werden, statt wie bisher unter maßgeblichem Einfluss der Justizministerinnen und Justizminister. Alle gesellschaftlichen Schichten sollen angemessen repräsentiert sein.
- DIE LINKE will die Prozesskostenhilfe auf Bundes- und Landesebene ausbauen. Rechtsschutz darf nicht eine Sache des Geldes sein.
- Den Straftatbestand § 103 StGB Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten (Majestätsbeleidigungsgesetz, »Lex Böhmermann«) wollen wir abschaffen. Es bedarf keines Sonderparagraphen neben Beleidigung, Verleumdung und Volksverhetzung. Die Freiheit der Kunst und Satire ist der LINKEN ein hohes Gut.

Freiheit und Sicherheit für Alle: Bürgerrechte ausbauen

Die Grund- und Bürgerrechte geraten auch in parlamentarischen Demokratien immer wieder unter Druck. Mächtige ökonomische Interessen von Unternehmen oder Geheimdiensten gefährden etwa den Datenschutz,

indem sie personenbezogene Daten unbegrenzt sammeln, nutzen und damit handeln. Das gesellschaftliche Klima verroht. Auf den Straßen und in den sozialen Netzwerken werden Menschen bedroht oder angegriffen, die gegen Rechtspopulisten Position beziehen oder weil ihnen Herkunft oder Glaubensbekenntnis zum Vorwurf gemacht werden. Der öffentliche Raum wird im Namen der Sicherheit einer permanenten Überwachung unterworfen, ebenso werden Beschäftigte in den Betrieben oftmals durch Kontrolle und Beobachtung ihrer Persönlichkeitsrechte beraubt. DIE LINKE kämpft für die Verteidigung und Wiedereinsetzung der Grund- und Bürgerrechte.

Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sichern: gegen Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft und Online-Durchsuchungen, nichtindividualisierte Funkzellenabfrage, Video-, Späh-, Lauschangriffe und Rasterfahndung. Mit Blick auf die sozialen Medien müssen die Bürgerrechte erneuert und gesichert werden. Dies schließt einen Schutz vor Mobbing ebenso ein wie das Recht auf eine vollständige Löschung aller gespeicherten Daten.

Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit müssen gewährleistet werden. Dafür muss die vermeintliche Anti-Terrorgesetzgebung der Bundesregierungen der vergangenen 15 Jahre auf den bürgerrechtlichen Prüfstand.

- Das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung gilt auch für Beschäftigte. Arbeitgeber dürfen nur Daten abspeichern, die für die Erfüllung des Arbeitsvertrages erforderlich sind. Einer Überwachung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch Video, Detektive oder des E-Mail-Verkehrs stellen wir uns entgegen.
- Wir wollen Personen und Strukturen schützen, die kritische Öffentlichkeit möglich machen: sogenannte Whistleblower. Das betrifft die Informanten über Missstände in Unternehmen und Behörden und Plattformen im Internet, auf denen kritische Informationen veröffentlicht werden können (Leakingplattformen; vgl. Kapitel Verbraucherschutz)
- Geheimdienste sind Fremdkörper in einer Demokratie. Statt die Demokratie zu schützen, agieren sie mit zweifelhaften Mitteln wie der massenhaften Überwachung des Internetverkehrs und dem Einsatz von V-Leuten. Nicht zuletzt der NSU-Skandal, aber auch die aufgedeckten Praktiken von NSA und BND zeigen, dass Geheimdienste sich weder kontrollieren lassen noch zur Aufklärung von Skandalen beitragen. Durch ihre Intransparenz und dem Vorrang des Schutzes von Informantinnen und Informanten, behindern sie polizeiliche Ermittlungen und juristische Aufklärung.
- Verbrechen zu bekämpfen und Gefahren abzuwehren ist Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden. Hierfür braucht es weder Geheimdienste noch ein politisches Sonderstrafrecht (§§ 129a und 129b StGB).

- Wir fordern die Aufhebung des PKK-Verbotes.
- Staatliche und nichtstaatliche zivile Organisationen dürfen nicht weiter militarisiert werden. Wir wollen die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) zugunsten einer Stärkung des Technischen Hilfswerkes und des Katastrophenschutzes beenden. Die schon bestehenden Strukturen der ZMZ sowie die in Aufbau befindlichen Strukturen der Reservekräfte (RSUKr) müssen aufgelöst werden.

Eine bürgernahe Polizei

- Viele Menschen wünschen sich mehr Sicherheit und bessere Erreichbarkeit der Polizei. Den Kürzungen im öffentlichen Dienst sind auch tausende Stellen bei der Polizei zum Opfer gefallen. Gleichzeitig werden zentrale Einheiten bei der Bundespolizei gestärkt, die für die Bürgerinnen und Bürger nicht ansprechbar sind. Wir wollen Personalmangel beseitigen. Eine umfassende Aufgabenkritik bei der Polizei muss sie von sinnlosen Arbeiten befreien. Diese Aufgabenkritik hat die Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns zum Maßstab und soll die Verfügbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger erhöhen.
- In öffentlichen Räumen wollen wir die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger durch mehr Personal schützen. Auch in sozialen Netzwerken muss wie allgemein im öffentlichen Raum der Schutz vor verbalen Angriffen, Hetze und Rufmord durchgesetzt werden.
- Die Privatisierung von Sicherheit durch Ordnerdienste, Schwarze Sheriffs usw. wollen wir verhindern bzw. rückgängig machen. Es ist schon schwierig genug, staatliche Sicherheitsbehörden zu überwachen, bei privaten Diensten ist das unmöglich.
- Die demokratische Kontrolle aller Sicherheitsbehörden des Bundes, wie BKA und Bundespolizei muss u.a. durch die Kennzeichnungspflicht von uniformierten Polizeibeamten und eine unabhängige Ombudsstelle zur Untersuchung polizeilichen Fehlverhaltens gestärkt werden. Die parlamentarischen Kontrollbefugnisse gegenüber den Sicherheitsbehörden müssen deutlich erweitert werden.
- Staatliches Handeln soll sich an der Verhältnismäßigkeit orientieren: Wir wollen das Strafrecht wieder enger an die Verfolgung von Straftaten gegen Leib, Leben und das Eigentum binden.
- Die Polizei soll von der Verfolgung von Bagatelldelikten wie illegale Einreise, Schwarzfahren, Drogengenuss entlastet werden. So wird sie besser für Bürgerinnen und Bürger ansprechbar.

Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten!

DIE LINKE tritt für eine weltoffene Gesellschaft und ein respektvolles Miteinander ein. Wir wollen der Verschiedenheit aller Menschen Anerkennung verschaffen. Alle

in Deutschland müssen die gleichen Rechte haben. Wir lehnen eine Einwanderungs- und Integrationspolitik ab, die Rechte danach vergibt, ob Menschen den richtigen Pass haben oder als »nützlich« für die Unternehmen gelten: Wir lehnen Verschärfungen des Aufenthaltsrechts und stigmatisierende Debatten über angebliche Integrationsverweigerer ab (vgl. Kapitel Eine soziale Offensive für Alle).

- Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen sollen im Grundsatz die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und ein Recht auf Mehrstaatlichkeit haben – ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen zu müssen. Wir wollen die Einbürgerung generell erleichtern. Mehrere Staatsangehörigkeiten wollen wir zulassen.
- Wer hier lebt, soll hier wählen! Wir wollen ein Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten können.
- Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, müssen unbürokratisch anerkannt und bei Bedarf ergänzende Qualifizierungen angeboten werden.
- Der Familiennachzug darf nicht behindert werden. Diskriminierende Deutsch-Tests beim Ehegattennachzug und im Aufenthaltsrecht wollen wir abschaffen, der Familiennachzug darf nicht auf engste Angehörige eingeschränkt werden.
- Das Aufenthaltsrecht darf nicht vom Familienstatus, Deutschkenntnissen, einem Job oder dem Kontostand abhängig gemacht werden.
- DIE LINKE fordert umfassende Visaliberalisierungen bzw. eine Aufhebung der Visumpflicht. Wir wollen offene Grenzen für alle Menschen.
- Das menschenwürdige Existenzminimum gilt für alle Menschen in Deutschland gleichermaßen. Es darf nicht zur Abschreckung gekürzt werden oder um Migrantinnen und Migranten aus dem Land zu treiben.
- Wir wollen aktive Antidiskriminierungspolitik. In Verwaltung und Wirtschaft sollen Migrantinnen und Migranten gefördert werden.
- Menschen dürfen nicht wegen ihrer Hautfarbe im Fokus polizeilicher Kontrollen stehen (»racial profiling«).
- Wir sind gegen Ausweisungen als eine Form der Doppelbestrafung für hier lebende Migrantinnen und Migranten.

Gerechtigkeit für Minderheiten

Dänen, Friesen, Sinti und Roma und die Sorben und Wenden leben seit Jahrhunderten in Deutschland. Sie müssen im Sinne des europäischen Minderheitenabkommens anerkannt und unterstützt werden.

- Wir wollen Institutionen und Projekte schaffen, die zum Erhalt, zur Pflege und zur Entwicklung der Minderheitensprachen und -kulturen beitragen.
- Medien in den Minderheitensprachen müssen weiterhin ihren Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Sprachen leisten können.
- Wir wollen die Rechte der demokratisch legitimierten Gremien der Minderheiten gegenüber staatlichen und kommunalen Stellen erweitern.

Das Asylrecht verteidigen und ausbauen

Millionen von Menschen sind in der Flüchtlingshilfe aktiv. Das zeigt, dass es in Deutschland nicht nur Hass, sondern auch eine große Offenheit und ein starkes bürgerschaftliches Engagement für Geflüchtete gibt. Die staatliche Politik wirkt dem jedoch oft entgegen. Eine Flut von Gesetzesverschärfungen gegen angeblichen Asylmissbrauch beförderte eine negative Wahrnehmung. Dabei ist die Quote der Anerkennung von Asylanträgen mit über 60 bis 70 Prozent so hoch wie nie und zeigt den großen Schutzbedarf. Viele Probleme bei der Aufnahme von Schutzsuchenden sind staatlichem Versagen oder politischem Unwillen geschuldet: zu wenig Personal im Asyl-Bundesamt, Asylverfahren wurden nicht wirksam beschleunigt, Aufnahme- und Unterbringungskapazitäten von hier lebenden Verwandten oder zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden nicht genutzt. Der Bund hätte den Kommunen schnell die Kosten der Aufnahme für Geflüchtete erstatten müssen, damit es zu keinen Einschränkungen beim öffentlichen Angebots vor Ort kommt (zu unsern Alternativen vgl. das Kapitel Eine soziale Offensive für Alle). Das Grundrecht auf Asyl muss in seiner Substanz wiederhergestellt werden. Regelungen zu vermeintlich sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten, die Ablehnungen und Abschiebungen von Schutzsuchenden ohne wirkungsvolle Einzelfallprüfung ermöglichen, lehnen wir ab. Sie müssen zurückgenommen werden.

Das Asylrecht gerät immer wieder ins Visier rechter Kampagnen – und wird von einer ganz großen Koalition von Union über SPD bis zu den Grünen bereitwillig geschleift. So etwas ist mit uns nicht zu machen! Bis weit in die bürgerliche Mitte reichen rassistische Vorwürfe, die in den vergangenen Jahren besonders auf Muslime, schutzsuchende Roma sowie Menschen aus Nordafrika abzielten. Zur Abschreckung werden sie einem diskriminierenden und ausgrenzenden Regime von Schikanen unterworfen. Der Rechtsschutz im Asylverfahren wird auf vielen Wegen ausgehebelt. Zugleich errichtet die EU an ihren Außengrenzen ein zivil-militärisches Abschottungsregime, in das autoritäre Regime, wie die Türkei, ganz offen einbezogen werden. Dagegen wollen wir eine humane, offene Flüchtlingspolitik auf deutscher wie europäischer Ebene. Schluss mit den Schikanen gegen Geflüchtete!

- Die Residenzpflicht, Wohnsitzauflagen und die Unterbringung in Sammellagern müssen bundesweit abge-

schafft werden. Wir stellen uns gegen das System der Zwangsverteilung und wollen persönliche wie familiäre Bindungen bei der Verteilung berücksichtigen. Asylsuchenden und Einwanderern steht das gleiche Recht auf Bewegungsfreiheit zu.

- Wir wollen einen Anspruch auf eine unabhängige Anhörungsvorbereitung und Rechtsberatung für Asylsuchende schaffen.
- Geschlechtsspezifische Fluchtursachen dürfen nicht nur formell als Asylgrund anerkannt werden, sie müssen in der (Prüf-)Praxis umfassend berücksichtigt werden (vgl. Kapitel Linker Feminismus).
- Die Ausnahmen vom Mindestlohn und das Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir abschaffen. Geflüchtete dürfen nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse mit geringeren Rechten gezwungen werden. Asylsuchenden und Eingewanderten steht das gleiche Recht auf Arbeit, Grundsicherung und Gesundheitsversorgung zu.
- Bestehende Arbeitsverbote müssen aufgehoben werden. Die Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von Asylsuchenden und Geduldeten wollen wir abschaffen. Auch die Hürden und Wartezeiten, um eine Schule besuchen zu können, müssen abgeschafft werden.
- Asylsuchende und Geduldete in Ausbildung brauchen eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Berufsausbildung. Die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse wollen wir vereinfachen.
- Wir fordern ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, spätestens, wenn sie fünf Jahren in Deutschland leben. Die Praxis der sogenannten Kettenduldungen wollen wir abschaffen zu Gunsten von dauerhaften Perspektiven.
- Abschiebungen lehnen wir ab. Insbesondere Abschiebungen in Kriegsgebiete und existenzielle Not wie Obdachlosigkeit, mangelhafte medizinische Versorgung und Diskriminierung wollen wir sofort stoppen.
- Jedem Schutzsuchenden muss der Zugang zum Internet offen stehen.

Selbstbestimmt leben in einem inklusiven Land

Die Auseinandersetzung um das Bundesteilhabegesetz hat gezeigt, dass die Regierung von SPD und CDU nicht gewillt ist, Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und an der Gestaltung der Gesellschaft zu gewähren. DIE LINKE tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen ein. Wir wollen Barrieren abbauen – bauliche, kommunikative und strukturelle – und Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung erleichtern. Inklusion ist Menschenrecht: Sie eröffnet allen Menschen die Möglichkeit,

überall im politischen, sozialen und kulturellen Leben nicht nur dabei zu sein, sondern es auch selbstbestimmt aktiv gestalten zu können.

Doppelstrukturen in Bildung, Wohnen und Arbeit wollen wir auflösen. Für Menschen mit Behinderungen gibt es besonders viele Diskriminierungen und strukturelle Zugangsbeschränkungen: auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialraum, im Verkehr, in der Bildung und in der ehrenamtlichen und politischen Betätigung. Das wollen wir ändern.

- Wir wollen eine Erhöhung der Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Die Mindestbeschäftigungsquote soll auf sechs Prozent angehoben und bei Verstoß die Ausgleichsabgabe mindestens verdreifacht werden.
- Wir wollen die Werkstätten schrittweise öffnen und umgestalten. Der Sonderstatus der Werkstattbeschäftigten soll abgeschafft werden. Die »Budgets für Arbeit« sollen an Werkstattbeschäftigte gegeben werden. Auf dem ersten Arbeitsmarkt wollen wir geschützte Arbeitsplätze einrichten. Die Rechte der Schwerbehindertenvertretungen müssen an die Rechte der Betriebs- und Personalräte angeglichen werden.
- Öffentliche Aufträge sollen bevorzugt an Betriebe mit einem hohen Schwerbehindertenanteil, an Integrationsunternehmen und Betriebe mit Integrationsabteilungen vergeben werden. An Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) dürfen ausschließlich zivile Aufträge vergeben werden, die Herstellung von Rüstungsprodukten in WfbM wird verboten.
- Teilhabeleistungen sollen einkommens- und vermögensunabhängig sein. Das betrifft etwa ein anrechnungsfreies Teilhabegeld. Das gleicht behinderungsbedingte Nachteile finanziell aus und ermöglicht auf diesem Weg ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderung.
- Wir wollen bedarfsgerechte, einkommens- und vermögensunabhängige Persönliche Assistenz in jeder Lebenslage und -phase und in jedem gesellschaftlichen Bereich ermöglichen. Damit gehen der konsequente Ausbau und die Vereinfachung der Strukturen des Persönlichen Budgets einher.
- Wir wollen einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unter tatsächlicher und wirksamer Beteiligung der Betroffenen und ihrer Selbstvertretungsorganisationen. Der Aktionsplan wird regelmäßig fortgeschrieben und konkretisiert. Nachprüfbar Zielvorgaben, Umsetzungsfristen und eine ausreichende Finanzierung sind unumgänglich – Menschenrechte dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Neue und ältere Gesetze sollen dabei auf Konformität mit der UN-Behindertenrechtskonvention regelmäßig überprüft werden.

Wir setzen uns für die Aufhebung jeglicher rechtlicher Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen ein. Insbesondere über psychiatrische Sondergesetze und ärztliche oder betreuungsrechtliche Zwangsbefugnisse.

- Das Wahlrechte für Alle soll umgesetzt und alle Wahlrechtsausschlüsse abgeschafft werden. Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien, Wahleinrichtungen müssen barrierefrei sein.
- Wir wollen ein bundesweites Rahmenprogramm Inklusive Bildung für alle Bildungsbereiche und Altersstufen.

Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungsorganisationen benötigen Unterstützung. Das beinhaltet vor allem die Förderung unabhängiger Beratung durch Expertinnen und Experten in eigener Sache, von Initiativen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen.

- Jegliche bauliche und kommunikative Barrieren müssen beseitigt werden. Hierfür wollen wir ein Sonderinvestitionsprogramm von jährlich einer Milliarde Euro in einem Zeitraum von fünf Jahren auflegen. Öffentliche Investitionen und Fördergelder sollen zukünftig auch an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden werden.
- DIE LINKE will einen für den barrierefreies Gesundheitssystems. Barrierefreiheit muss ein Zulassungskriterium bei Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen sein und Umbaumaßnahmen müssen gefördert werden.
- Mobilität, Informations-, Kommunikations- und andere Dienste müssen barrierefrei sein. Für Schwerbehinderte oder Kranke, die den öffentlichen Nahverkehr nicht nutzen können, soll zur Ermöglichung der Teilhabe am öffentlichen Leben ein kostenfreier Fahrdienst zur Verfügung stehen. Wir wollen Bankautomaten barrierefrei umrüsten, so dass auch Menschen mit Sehschwäche sie nutzen können.

Alter in Würde

In der öffentlichen Diskussion werden Ältere oft auf einen Kostenfaktor reduziert. Das Alter scheint Verfüngsmasse für längere Arbeitszeiten oder ehrenamtliche Lückenbüßer der öffentlichen Daseinsvorsorge zu sein. Aber: Veränderte Leistungsfähigkeiten gehören zum Leben und dürfen nicht als Belastung für die Sozialversicherungssysteme dargestellt werden. Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenständigen Bedürfnissen, Ansprüchen, Vorstellungen und Erlebnismöglichkeiten. Wie die Menschen das Alter erleben wollen, in wohlverdienter Ruhe, aktiv und politisch engagiert oder einbezogen in Familie, Sorgearbeit oder andere solidarische Beziehungen muss ihre freie Entscheidung sein. Die Jungen und Alten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir streiten für eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen in Würde altern können sollen.

- Wir wollen die Mitbestimmungs- und Teilhabeinteressen von Seniorinnen und Senioren stärken. Wir setzen uns für eine stärkere Mitsprache der Älteren im politischen Entscheidungsprozess auf Bundes-, Länder-, Kreis- und Kommunalebene ein.
- Wir wollen altersgerechte Arbeits- und Lebensbedingungen. Lebensqualität steht immer im Zusammenhang mit der aktuellen Lebenssituation, die von Person zu Person unterschiedlich ist. Um diese sicher zu stellen, unterstützen wir die Forderung nach Verabschiedung eines Leitgesetzes, welches die Grundsätze der Seniorenpolitik verbindlich fixiert.
- Altersgerechtes Leben und Wohnen schließt ein, dass Ältere so lange wie gewünscht in ihrer eigenen Wohnung und im gewohnten Wohnumfeld bleiben können. Das Zusammenleben der Generationen steht gegen Ausgrenzung und Isolation. Wir wollen altersgerechtes Wohnen und das Zusammenleben von unterschiedlichen Generationen in Mehrgenerationenhäusern fördern.
- Die gesundheitliche und pflegerische Betreuung muss wohnort- und patientennah sichergestellt bzw. ausgebaut und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden, wozu auch eine verbindliche finanzielle Basisausstattung gehört.
- Digitale Kommunikationsformen müssen altersgerecht angepasst werden.

Für eine selbstbestimmte Jugendpolitik

Die Erwartungen an Jugendliche sind vielfältig. Von der Erwachsenenwelt werden sie kritisch beäugt. Die Rahmenbedingungen ihres Aufwachsens sind unterschiedlich: Viele sind von Armut bedroht, von eigener Erwerbslosigkeit oder der der Eltern. Wenige sind vom Wohlstand ihrer Eltern verwöhnt. Das Leben vieler junger Menschen in der Bundesrepublik ist belastet durch wachsenden Leistungsdruck. Über Jugend wird meist gesprochen, wenn es Probleme gibt. Ihr Recht auf kulturelle Selbstbestimmung endet oft an den leeren Kassen der Kommunen. Jugendliche sind deshalb nicht unbedingt politikverdrossen. Viele von ihnen wollen die Gesellschaft verändern. Sie haben kein Interesse an der herrschenden Art von Politik. Die Politik ist jugendverdrossen. Wir wollen Jugendliche in ihrer politischen und sozialen Selbstorganisation unterstützen. Wir wollen ihre sozialen Rechte stärken und bessere Möglichkeiten für ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe schaffen.

- Wir brauchen mehr Möglichkeiten zur Selbstorganisation von Jugendlichen. Die Jugendverbandsarbeit wollen wir stärken.
- Der öffentliche Nahverkehr soll für Kinder und Jugendliche kostenlos sein.
- Das Wahlalter wollen wir auf 16 Jahre senken.

Jugendliche brauchen bessere Angebote, um ihr Recht auf kulturelle Selbstbestimmung zu leben:

- Wir wollen Jugendfreizeiteinrichtungen stärken.
- Der Eintritt in Museen, Theater, Konzerte sollte für Kinder und Jugendliche kostenlos sein.
- Wir wollen ein offenes und erschwingliches Angebot an Musikschulen und Sportmöglichkeiten.
- Ausdrucksformen verschiedener Jugendkulturen sollen anerkannt und gefördert werden. Dazu gehört z.B. Graffiti, Streetart und Freiluftfestivals.
- Wir wollen mehr internationalen Jugendaustausch fördern und mehr Gedenkstättenfahrten.
- Wir wollen den Bundesfreiwilligendienst stärken, auch den Freiwilligendienst im Ausland. Die Aufwandsentschädigung soll erhöht werden.

Schluss mit der Kriminalisierung der Drogen

DIE LINKE setzt sich für einen Paradigmenwechsel ein: weg von der Strafverfolgung, hin zu Prävention, Beratung und Hilfe. Wir sehen es nicht als Aufgabe der Politik an, Menschen zu erziehen, sondern ihnen eine informierte und risikobewusste Konsumententscheidung zu ermöglichen. Wir wollen den Wunsch nach Rausch nicht moralisch werten; er ist als Bestandteil jeder Kultur.

Mit dem Verbot von Drogen werden die Risiken für Konsumierende und Gesellschaft nicht wirksam reduziert. Es verhindert weder den Drogenhandel noch senkt es wirksam den Konsum. Die Gesundheitsgefährdung durch Streckmittel, die Finanzierung der Mafia, Beschaffungskriminalität, sozialer Abstieg von Abhängigen, Begleiterkrankungen wie HIV/AIDS und Hepatitis – viele drogenbezogene Probleme werden mehr durch die Repression verursacht als durch die Drogen selbst. Zugleich bindet die Repression große finanzielle Mittel: Mehrere Milliarden Euro werden für die Strafverfolgung ausgegeben, für Hilfe und Prävention nur ein Bruchteil davon.

Abhängigkeit ist ein alltägliches Phänomen. Abhängig sein kann man nicht nur von illegalen oder legalen Substanzen, Tabak oder Alkohol, sondern z.B. auch von Glücksspiel, Arbeit, Essen. Sie hat vielfältige soziale und psychologische Ursachen und sollte – wie andere Erkrankungen auch – nicht als Versagen einzelner Menschen interpretiert werden.

- Substitutionstherapie muss allen Opiatabhängigen offen stehen. Bisherige politische Vorgaben in Gesetzen und Verordnungen behindern eine gute Substitutionstherapie. Sie gehören gestrichen.
- DIE LINKE fordert eine unabhängige wissenschaftliche Überprüfung, ob die bisherige repressive Drogenpolitik ihre Ziele erreicht und welche Nebenwirkungen sie entfaltet hat.

- Wir wollen die Kriminalisierung von Konsumierenden beenden. Dafür sollen für häufig gebrauchte Drogen bundeseinheitliche Mindestmengen festgelegt werden, bei deren Besitz keine Strafverfolgung erfolgt. So werden Mittel frei, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen sowie die Hilfe und Prävention zu stärken.
- Wir wollen für Cannabis eine legale und vorrangig nichtkommerzielle Bezugsmöglichkeit schaffen und den Besitz sowie Anbau zum eigenen Bedarf erlauben. Das Bundesbetäubungsmittelrecht soll so geändert werden, dass Bundesländer eigenständig über wissenschaftliche Modellprojekte zur regulierten Abgabe von Cannabis entscheiden können.
- Im Vordergrund muss stehen: Schaden reduzieren und Leben retten. Deshalb wollen wir Möglichkeiten schaffen, unter sicheren und hygienischen Bedingungen und unter Aufsicht zu konsumieren. Die Drogen sollen auf Verschnitt und schädliche Wirkungen getestet werden können (drugchecking).
- Wir wollen die Regelungen zu Drogen im Straßenverkehr anpassen. Für alle Drogen werden Grenzwerte für die Blutkonzentration festgelegt, bei denen eine Einschränkung der Fahrtüchtigkeit ausgeschlossen werden kann. Dabei soll das Nüchternheitsgebot nicht angetastet werden.
- Werbung und Sponsoring für Tabak- und Alkoholprodukte in der Öffentlichkeit wollen wir verbieten. Wir wollen den Nichtraucherenschutz weiter ausbauen. Wir treten daher dafür ein, dass eZigaretten in ihrer Vielfalt verfügbar bleiben.
- Wir wollen die Gefahren der Spielsucht verringern. Für gastronomische Einrichtungen wollen wir ein Automatenverbot.

Demokratisierung der Medien

Eine demokratische Gesellschaft braucht eine lebendige Öffentlichkeit und die Vielstimmigkeit der Diskussion. Medien tragen darin zur umfassenden Information sowie zur Meinungs- und Willensbildung bei – wenn die Pluralität hergestellt und gesichert ist.

Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhalten. Der Empfang der Öffentlich-Rechtlichen muss für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben. Den Tendenzen der Kommerzialisierung des öffentlich-rechtlichen Programmangebots wollen wir entgegenwirken. Diese folgen weitgehend unkritisch den Handlungsmustern der Privaten und bewirken eine weitere Verflachung des Medienspektrums. Öffentlich-rechtliche Medien sollten ein Gegengewicht bilden, doch sie geraten unter Druck von Quoten oder parteilichen Mehrheiten im Rundfunkrat. Kritische Berichterstattung und Qualitätsjournalismus – und damit die Information der Bevölkerung und eine demokratische Meinungsbildung – werden so erschwert. Für Journalistinnen und Journalisten in den privaten Printmedien wird der Meinungskorridor

eng: Ihre Arbeitsplätze hängen von Gewinn und Werbeeinnahmen ab. Ohne Unterstützung und Kontrolle durch die Öffentlichkeit besteht die Gefahr, dass die Medien selbst zur Aushöhlung der Demokratie beitragen.

Eine Anpassung des Urheberrechts an die veränderten Bedingungen der Verbreitung von Musik, Texten, Bildern und Filmen sowie bei Bildung, Forschung und Wissenschaft im digitalen Zeitalter ist dringend erforderlich. Im Kampf um ein modernes Patent- und Urheberrecht geht es darum, Wissen produktiv weiterverwenden zu dürfen und das Recht auf Nutzung mit den Rechten der Schöpferinnen und Schöpfer geistiger Werke solidarisch in Einklang zu bringen.

- Wir treten für die Gewährleistung der Kommunikations- und Medienfreiheit in traditionellen und digitalen Medien ein. DIE LINKE steht für ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem, in dem die festen und freien Beschäftigten mehr und die Verwaltungen weniger zu sagen haben. Dazu bedarf es Mitspracherechte der Zuschauerinnen und Zuschauer, dazu müssen die Rundfunkräte demokratisiert und quotiert und in den Redaktionsstatuten eine hohe Mitbestimmung der Beschäftigten verankert werden.
- DIE LINKE setzt sich für eine echte Reform des Urhebervertragsrechts ein, die Urheberinnen und Urheber den Rücken stärkt. Viele Kreative werden für ihre Werke mit einer Einmalzahlung vergütet, die Werke aber bis zu 70 Jahre immer wieder verwertet. Jede Nutzung ihrer Werke, jeder Wiederabdruck, jede Wiederholungssendung, die Nachnutzung im Internet oder beim Merchandising muss den Kreativen von den Verwertungsunternehmen vergütet werden. Die Verwertungsunternehmen sollen verpflichtet werden, den Urheberinnen und Urhebern einmal jährlich Auskunft darüber zu erstatten, in welcher Art und in welchem Umfang ihre Werke verwendet werden. Nur so können Kreative einschätzen, ob ausgehandelte Vergütungen tatsächlich angemessen sind.
- Gemeinsame Vergütungsregeln von Verbänden der Urheberinnen und Urheber mit Vertretern der Verwerter ausgehandelt, müssen von der Ausnahme zur Regel werden. Das Ergebnis solcher Verhandlungen muss für beide Seiten bindend sein. Die Berufsverbände der Kreativen müssen das Recht ihrer Mitglieder notfalls stellvertretend einklagen können.
- Die Kartellgesetze müssen verschärft werden, um die Medienkonzentration einzudämmen.
- Wir wollen Medienkompetenz und Medienbildung umfassend stärken: in der vorschulischen Bildung, in Schule und Unterricht, in zivilgesellschaftlichen Projekten und in der Arbeitswelt.
- Barrierefreiheit in den Medien und die Vertretung von Behindertenverbänden in den Rundfunkräten sind für uns auch zukünftig ein wichtiges Thema.

Für ein offenes und freies Internet: digitale Spaltungen bekämpfen

In Deutschland ist der Zugang zum Internet gespalten. Der »(N)Onliner Atlas« zeigt Jahr für Jahr, dass der Zugang zu Onlinediensten vor allem eine Frage der sozialen Herkunft und Stellung ist. Fast alle Menschen, die mehr als 3.000 Euro Haushaltseinkommen haben, nutzen das Internet. Bei jenen, die weniger als 1.000 Euro im Monat zur Verfügung haben, ist es nur gut die Hälfte. Information und Kommunikation ist für uns kein Luxus, sondern ein Recht. Es ist auch eine Frage von Macht, wer über Inhalte des und Zugang zum Internet entscheidet. Der Zugang zu digitalen Technologien und zum Internet muss unabhängig von Einkommen und sozialem Hintergrund ermöglicht werden

- Die Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben muss für alle Menschen gewährleistet sein. Die Verfügung über Computer und Internetzugänge ist ein Teil des Existenzminimums.
- Die von Internetzugangsanbietern beworbenen Verfügbarkeiten und Geschwindigkeiten der Anschlüsse müssen auch tatsächlich zur Verfügung stehen: wo 100 MBit drauf steht, muss auch 100 MBit drin sein.
- DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass jeder Haushalt ein Anrecht auf einen bezahlbaren, schnellen Breitband-Internetanschluss hat.

In der digitalen Welt gilt es, den offenen Zugang zu Informationen zu verteidigen. Unter »Open Data« können Daten und Informationen, die von Regierungen für ihre Politik mit öffentlichen Geldern gesammelt und erstellt wurden, allen Menschen frei zugänglich gemacht werden. Das kann ein Beitrag zu einer Öffnung und Demokratisierung von Verwaltung sein. Wir wollen, dass die Nutzerinnen und Nutzer sich im Internet frei informieren, weiterbilden, äußern und partizipieren können. Datensicherheit darf keine Frage des Geldes sein. Wir wollen die offene Technologie des Netzes bewahren und so sein Potenzial für Innovation und Entwicklung fördern. Wir wollen Netzneutralität rechtlich absichern. Die Glasfaserinfrastruktur wollen wir rasch und flächendeckend ausbauen. Wir unterstützen Open Content-Lizenzen, die sich an Grundwerten von Offenheit und Teilhabe orientieren.

- Wenn das Netz als Marktplatz genutzt wird, gelten dieselben Regeln wie auf dem Warenmarkt. Wenn Nutzerinnen und Nutzer nicht mehr Dateien zum Download verkauft bekommen, sondern nur noch einen Zugriff auf Datenbanken, muss es möglich sein, diesen Zugang temporär zu verleihen oder weiterzuverkaufen (Digitaler Secondhand).
- Wir wollen selbstverwaltete, nichtkommerzielle und öffentliche Alternativen zu Mainstream-Angeboten in Form von Freier Software und selbstbestimmten sozialen Medien und Blogs fördern.

Mit der Erhebung, Speicherung und Weitergabe persönlicher Daten sowie ihrer automatisierten Zusammenführung zu Persönlichkeitsprofilen geht die Erfassung nahezu jeder Lebensäußerung der Menschen einher. Die Datenauswertung von Geolokalisationsdiensten ermöglicht zudem die Erstellung von umfassenden Bewegungsprofilen. Staatliche Sicherheitseinrichtungen und privatwirtschaftliche Konzerne machen sich dies zu nutzen und sammeln enorme Datenmengen über die Nutzerinnen und Nutzer des Internet. Wie wollen die datenintensive und flächendeckende Überwachung durch Geheimdienste und Technologiekonzerne beenden.

- Wir wenden uns gegen jede Sperr- und Überwachungsinfrastruktur, denn das Netz soll ein freier gesellschaftlicher Diskursraum sein. Wir wehren uns gegen staatliche Kontroll- und Zensurzugriffen genauso wie gegen ökonomische Netzsperrungen und Haftungsverstärkungen bei Verweisen/Links für Provider lehnen wir ab. Illegale Inhalte müssen schon jetzt sofort gelöscht werden.
- Die Nutzerinnen und Nutzer des Netzes sollen über die Erhebung von personenbezogenen Daten umfassend informiert werden. Unternehmen, die gegen Datenschutzauflagen verstoßen, müssen konsequent sanktioniert werden. Dazu gehört eine Stärkung der Datenschutzbeauftragten.
- Das Netz darf kein rechtsfreier Raum sein. Auch in Social Networks muss die körperliche und geistige Unversehrtheit der User gewahrt werden. Unternehmen, die Hatespeech oder Mobbing sowie Beleidigung, Verleumdung und Volksverhetzung auch durch Social Bots nicht mit eigenen Redaktionssystemen verhindern bzw. zur Anzeige bringen, muss der Weiterbetrieb untersagt werden.
- Algorithmische Verfahren zur automatisierten Überwachung, Bewertung oder Verhaltensvorhersagen von Menschen (*Predictive-Policing*, *Kredit-Scoring* etc.) wollen wir ausschließen.

Wir verteidigen die Religionsfreiheit und die Freiheit von der Religion

Religionsfreiheit wird seit anderthalb Jahrzehnten bedrängt. Von einer Seite wird religiösen Minderheiten die Freiheit abgesprochen, sich zu einer Religion zu bekennen, oder sie werden wegen ihrer Religion diskriminiert. Unter dem Deckmantel der Islamkritik wird anti-muslimischer Rassismus verbreitet. Von der anderen Seite wird die Freiheit angegriffen, unbehelligt von Religion zu leben. Politisch radikalisierte Bewegungen in fast allen Religionen setzen Gläubige und Nichtgläubige unter Druck und greifen im Namen der Religion Grundrechte an.

Allen Versuchen, Demokratie und gleiche Rechte für Alle mit dem Verweis auf vermeintlich natürliche oder göttliche Gesetzmäßigkeiten einzuschränken, setzen wir Widerstand entgegen. Gegen Rassismus und politische Radikalisierung von Religionen verteidigen wir die Frei-

heit der Gedanken, des Gewissens und Glaubens. Dies allein reicht aber nicht aus. Gegen einen vermeintlichen »Kampf der Kulturen« unterstützen wir Kämpfe von Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und Religionen für globale soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden. Religiöse Minderheiten und Weltanschauungsgemeinschaften müssen dieselben Rechte haben wie die christlichen Kirchen.

Wir treten für die institutionelle Trennung von Staat und Kirche ein. Der Staat muss unabhängig gegenüber den Religionen sein und Menschen, die aus weltanschaulichen oder religiösen Gründen verfolgt werden, schützen.

- Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit schließt das Bekenntnis zu ihr in der Öffentlichkeit ein. DIE LINKE spricht sich gegen Verbote von religiös motivierter Bekleidung aus und lehnt eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab. Beim Baden soll jede und jeder aus- bzw. anziehen dürfen, was beliebt. DIE LINKE ist gegen ein Bauverbot von Sakralbauten.
- Für Menschen, die wegen ihrer Entscheidung gegen religiös motivierte Bekleidung, wegen eines Konfessionswechsels oder des Austritts aus einer Religionsgemeinschaft unter Druck gesetzt werden, wollen wir Einrichtungen zur Beratung und Unterstützung schaffen.
- Wir wollen sicherstellen, dass der Austritt als allen Religionsgemeinschaften und Kirchen kostenlos ist.
- Wir wollen einen Ethikunterricht, in dem alle Schülerinnen und Schüler mit ihren unterschiedlichen weltanschaulichen, kulturellen und religiösen Hintergründen gemeinsam über ethische Fragen diskutieren können. Im Rahmen des Bildungsauftrages sollen Schulen auch weiterhin Wissen über Religionen vermitteln. Soweit Bekenntnis vermittelnder Religionsunterricht an Schulen als Wahlfach angeboten wird, sollten sich alle Religionsgemeinschaften beteiligen können.
- Die bestehende Form der Militärseelsorge entspricht nicht dem verfassungsmäßig gegebenen Recht auf Religionsfreiheit und ist auch innerhalb der Kirchen umstritten. Sie muss durch einen Vertrag ersetzt werden, der eine religiöse Betreuung durch alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und eine freie Religionsausübung der Angehörigen der Bundeswehr garantiert. Das Weisungsrecht für Pfarrerinnen und Pfarrer und die staatliche Finanzierung durch die Bundeswehr muss abgeschafft werden.
- Die Kirchen sollen ihre Mitgliedsbeiträge selbständig und selbstverantwortlich erheben. Wir treten für den seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen ein.
- DIE LINKE tritt für die rechtliche Gleichstellung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ein.

Wie bei den Staatsverträgen mit den Kirchen und jüdischen Gemeinden setzen wir uns für einen Staatsvertrag mit muslimischen Verbänden ein.

- Jüdische und muslimische Feiertage sollen als staatlich geschützte Feiertage anerkannt werden.
- Wir stehen an der Seite derjenigen, die innerhalb der Kirchen für eine Verbesserung von arbeitsrechtlichen Standards und gegen Diskriminierung kämpfen (vgl. Kapitel zu Gute Arbeit).

Sport frei!

Sport ist kein Luxusgut, sondern für Alle da. Dafür müssen wir die Zugangsbedingungen zum Sport verbessern. Sport treiben zu können soll nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen. Sportvereine sind auch Orte erfolgreicher Integration. Wir fördern behindertengerechten, integrativen, natur- und umweltverträglichen Sport.

- DIE LINKE fordert, Breitensport und Spitzensport als wechselseitiges Verhältnis anzuerkennen und den Breitensport mit seiner positiven sozialen und gesundheitlichen Wirkung zu fördern sowie mögliche Sportkarrieren zu unterstützen.
- Doping, Korruption und andere Manipulationen müssen bekämpft werden. Die Kommerzialisierung des Sports zum Zwecke der Profitmaximierung muss zurück gedrängt und die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness gestärkt werden.
- Verwertungsunternehmen wie die Deutsche Fußball Liga GmbH müssen demokratisiert werden, damit die Gewinne aus dem Profi-Fußball auch den Amateuren und allen 7 Millionen DFB-Mitgliedern zu Gute kommen (vgl. Kapitel Menschen vor Profite).
- Der Schul- und Berufsschulsport soll durch Qualitätsstandards nachhaltig verbessert werden, damit Jugendliche nicht auf Fitnessstudios angewiesen sind, wenn sie Sport treiben wollen.
- Die Mittel für Fanprojekte, Initiativen und Projekte gegen Rechtsextremismus, Diskriminierung und Gewalt sowie für die integrative Wirkung der Sportvereine sollen erhöht und nachhaltig festgeschrieben werden.

XVI. Nein zum Krieg. Für eine demokratische und gerechte Welt

DIE LINKE ist die Partei des Friedens. Wir kämpfen für konsequente Abrüstung und wollen den Export von Waffen und Rüstungsgütern verbieten. Die Umbrüche in der Weltordnung, die Militarisierung von weltweiten Konflikten, die Aufrüstungspolitik der Europäischen Union machen diese Forderungen dringlicher denn je. Mit den Geflüchteten ist für viele Menschen erlebbar geworden: Die Welt von heute kennt kein Außen mehr, wir leben alle in derselben Welt. Viele Menschen sind besorgt und verunsichert durch Krieg und Terrorismus und einer drohenden militärischen Konfrontation zwischen den NATO-Staaten bzw. der USA und Russland. Freihandel und Direktinvestitionen, Konkurrenz um knappere Ressourcen und Export der Folgen der Klimakatastrophe führen zu Aufständen, kriegerischen Auseinandersetzungen und Fluchtbewegungen über die Kontinente. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt und hat Macht und Einfluss auf diese Entwicklungen. Im Weißbuch der Bundeswehr wird der Anspruch erhoben, die globale Ordnung – auch militärisch – aktiv mitzugestalten, vor dem Hintergrund der »wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung« Deutschlands. DIE LINKE wird ein Motor für eine globale Gerechtigkeit sein, wir stellen uns gegen die Pläne der Bundesregierung für Aufrüstung und Weltmachtpolitik. Wenn die Regierung von »deutscher Verantwortung in der Welt« spricht, sagen wir: das muss eine Verantwortung für Abrüstung und friedliche Konfliktlösungen sein. Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen globale friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Das geht nur, wenn Konflikte friedlich gelöst werden, wenn konsequent abgerüstet und die Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird – und mit internationaler Solidarität.

Alle Menschen haben ein Recht auf Schutz vor Tod, Folter, Verfolgung und Diskriminierung. Ein Blick nach Syrien, Irak, Afghanistan oder auf die zahlreichen Kriege und Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent zeigen: es ist schlecht bestellt um diese Menschenrechte. In Syrien haben Groß- und Regionalmächte die größte humanitäre Katastrophe seit dem 2. Weltkrieg zu verantworten: Millionen Menschen sind auf der Flucht, Hunderttausende müssen hungern. Wir brauchen eine aktive Friedenspolitik! Die Vorherrschaft des Militärischen muss beendet werden. Wir wollen alle deutschen Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen zurückziehen und Rüstungsexporte verbieten. Das sind wichtige erste Schritte auf diesem Weg. Ein weiterer Schritt ist die Konversion der Rüstungsindustrie. Wir setzen auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen und völkerrechtlicher Mechanismen einer nichtmilitärischen Konfliktlösung – statt einer imperialen Politik des

»Regime-Change«, statt einer Ausweitung der Drohnen-Kriege und statt militärischer Auslandseinsätze. Wir unterstützen nicht Diktatoren und Autokraten, sondern demokratische Bewegungen in ihren Ansprüchen auf eine souveräne wie gerechte gesellschaftliche Entwicklungsperspektive. Wir streiten für das Recht auf soziale und individuelle Sicherheit sowie Schutz vor Gewalt für alle Menschen auf der Welt.

Konflikte friedlich lösen – Auslandseinsätze beenden

Krieg und die Androhung militärischer Gewalt können keine Mittel einer friedensstiftenden Politik sein. Die friedliche Prävention und frühzeitige Lösung von potenziell kriegerischen Konflikten muss im Zentrum der deutschen Außenpolitik stehen. Wir wollen, dass sich Deutschland am Völkerrecht und an den universellen Menschenrechten in ihrer Gesamtheit der bürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte orientiert. Wenn die Bundesregierung dagegen von »mehr Verantwortung« in Europa und der Welt spricht, meint sie damit mehr Auslandseinsätze und mehr Geld für Rüstungsprojekte.

Die Bundesregierung verfolgt eine gefährliche Politik der Militarisierung der deutschen und europäischen Außenpolitik. Als »Mittelmacht im Werden« droht Deutschland nicht erst seit der Wahl des US-Präsidenten Trump eine neue, führende Rolle in der militärischen Sicherheitsarchitektur der aktuellen Welt(un)ordnung und innerhalb der Europäischen Union zu übernehmen. Obwohl der deutsche Militärhaushalt in den letzten fünfzehn Jahren deutlich angestiegen ist, fordert das Verteidigungsministerium bis 2030 rund 130 Milliarden Euro für die Modernisierung bestehender Waffensysteme und die Aufrüstung neuer Rüstungsprojekte. Statt momentan 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes pro Jahr für Militärisches auszugeben, fordert die NATO zwei Prozent des BIP. Die Bundesregierung will das größte Aufrüstungsprogramm der vergangenen zwei Jahrzehnte auflegen. Auslandseinsätze der Bundeswehr haben zugenommen: seit 2002 haben sie 17 Milliarden Euro gekostet. Eine verantwortungsvolle Außenpolitik sieht anders aus: Verantwortung für den Frieden heißt für die DIE LINKE internationale Verantwortung zu übernehmen für ein kooperatives Verhältnis der Staaten und ihrer Bevölkerungen in einer demokratischen Weltgemeinschaft. Eine Politik der Dominanz und Hegemonie einzelner Staaten lehnen wir ab. Aus diesen Gründen lehnen wir Auslandseinsätze der Bundeswehr ab.

- Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgezogen werden.

- Die Mittel, die heute für militärische Interventionen ausgegeben werden, sollen mindestens in dieser Höhe zivilen Aufbau- und Friedenssicherungsprogrammen zugutekommen. Wir lehnen es ab, dass deutsche Soldatinnen und Soldaten andere Armeen ausbilden, die dann ihrerseits direkt oder indirekt an Kriegshandlungen beteiligt sind.
- Wir wenden uns gegen eine militärische Komponente im Europäischen Auswärtigen Dienst.
- Wir wollen die Beteiligung von Bundes- und Länderpolizeien an internationalen Polizeieinsätzen beenden, die zur Unterstützung von Kriegen und autoritären Regimen dienen. Eine Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich mit autoritären Regimen zur Fluchtabwehr und Migrationskontrolle lehnen wir ab.
- Wir setzen uns für ein Ende der aktuellen Militärberatungsmissionen ein. Sie heizen weltweit Konflikte anstatt sie zu entschärfen.

Eine Vermischung von zivilen und militärischen Maßnahmen lehnen wir ab. Mit »zivil-militärischer Kooperation« und »vernetzter Sicherheit« wird die Militarisierung der Außenpolitik verschleiert. Die Einbindung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe in sicherheitspolitische Konzeptionen – wie etwa in Afghanistan geschehen – verhindert nicht nur soziale Entwicklung in diesen Ländern. Sie widerspricht auch dem zivilgesellschaftlichen Auftrag von Nichtregierungsorganisationen und gefährdet die Bevölkerung. Die internationale Hilfe darf niemals Teil einer militärischen Strategie sein, sondern muss sich allein dem Gebot der Bedürftigkeit der von Hunger und Krieg betroffenen Bevölkerungen orientieren.

Wir wollen Politik auf gewaltlose, soziale und proaktive Friedensförderung ausrichten. Die Beteiligung und der Schutz der lokalen Bevölkerung stehen dabei im Zentrum.

- Projekte zum Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung wollen wir umfassend fördern.
- Wir wollen die Mittel für den Zivilen Friedensdienst aufstocken, der Fachleute in Konfliktgebiete entsendet. Das kann aus einem Teil der Gelder finanziert werden, die durch den Stopp der Auslandseinsätze der Bundeswehr eingespart werden.
- Wir wollen Zivilklauseln in den Gesellschafterverträgen der Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verankern.
- Wir wenden uns entschieden gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Frieden schaffen ohne Waffen: Rüstungsexporte verbieten. Fluchtursachen bekämpfen

Unsere internationale Politik zielt auf Abrüstung und Entmilitarisierung. Derzeit ist Deutschland der weltweit

drittgrößte Exporteur von Waffen. Jede Waffe, die aus Deutschland exportiert wird, dient der Aufrüstung eines anderen Landes. Waffenexporte fördern Unterdrückung und machen es möglich, dass anderswo in der Welt Konflikte gewaltsam ausgetragen und Kriege geführt werden.

- Als ersten Schritt wollen wir alle Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken verbieten. Mit diesen so genannten Kleinwaffen – darunter Sturmgewehre und Maschinenpistolen – werden die meisten Menschen in den Kriegen dieser Welt getötet. Sie sind die Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts.
- Rüstungsexporte dürfen nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden, weder durch die staatliche Absicherung mit Hermesbürgschaften noch durch Ausbildungsunterstützung oder über andere Wege.

Unser Ziel ist, dass die gesamte Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt wird. Wir wollen mit gesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern aus Gewerkschaften, Kirchen, der Friedensbewegung Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ein umfassendes Produktionsverbot ist das beste Mittel zur Eindämmung und Verhinderung von Rüstungsexporten.

- Die Forschung zur Rüstungskonversion, also zur Umstellung von militärischer auf zivile Produktion, soll sowohl durch öffentliche Gelder als auch durch die davon betroffene Privatwirtschaft und ihre Verbände finanziert werden.
- DIE LINKE fordert ein Beteiligungsverbot deutscher Unternehmen an internationalen oder ausländischen Rüstungsunternehmen.

Zur Vision einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen gehört auch konsequente Abrüstung im eigenen Land.

- Die letzten noch in Deutschland stationierten US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und vernichtet werden.
- Es dürfen keine modernisierten Atombomben in Deutschland stationiert werden und keine Mittel für die Modernisierung der Trägerflugzeuge für den Abwurf von Atombomben bereitgestellt werden. Die so genannte »Nukleare Teilhabe« wollen wir beenden.
- Vom Boden der Bundesrepublik Deutschland aus dürfen keinerlei militärische Drohneneinsätze in anderen Ländern koordiniert oder geleitet werden. Die militärischen Standorte in Deutschland, die derzeit an solchen Drohnenkriegen beteiligt sind – wie Ramstein, das AFRICOM und das EUCOM – müssen geschlossen werden.
- Deutschland muss auf alle Atomwaffenoptionen verzichten.

- DIE LINKE tritt auch in der nächsten Legislaturperiode für eine vertragliche Ächtung von Atomwaffen weltweit ein.
- Die Bundeswehr oder die Polizeien des Bundes und der Länder dürfen keine Kampf- und Überwachungsdrohnen anschaffen oder sich am Betrieb solcher Systeme (z.B. im Ausland) beteiligen. Wir wollen alle unbemannten Kampfsysteme (bewaffnete Drohnen und Kampfroboter) im Rahmen einer internationalen Konvention ächten.
- Keine Kindersoldaten aus Deutschland: Die Rekrutierung von Minderjährigen durch die Bundeswehr muss beendet werden. Wir wollen keine Rekrutierungskampagnen im öffentlichen Raum.
- Wir lehnen die Offensiv-Strategie der Bundeswehr im Cyber-Raum ab – die Abwehr dieser Gefahren ist Sache von Strafverfolgungsbehörden des Inneren, nicht der Armee.
- Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden. Die Infrastruktur in der Bundesrepublik darf nicht genutzt werden, um völkerrechtswidrige Kriege und menschenrechtswidrige Maßnahmen wie die Verschleppung von Gefangenen zu ermöglichen.
- Keine Bundeswehr in Bildungseinrichtungen (vgl. Kapitel Gute Bildung).

Fluchtursachen bekämpfen – nicht Flüchtlinge! DIE LINKE will die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen, anstatt Flüchtende zu bekämpfen und deren Fluchtwege zu blockieren. Fluchtursachen sind vielfältig. Fast immer hängen sie mit der weltweiten Ungleichheit zwischen Arm und Reich zusammen. Die Bundesrepublik Deutschland stützt und verschärft oft bestehende Konflikte: indem Waffenexporte in Krisengebiete genehmigt werden. Und indem undemokratische Regime als Verhandlungspartner anerkannt werden (vgl. Kapitel Neustart Europa, Legale Fluchtwege).

DIE LINKE kämpft für eine solidarische gerechte Weltwirtschaftsordnung, gegen Krieg und Rüstungsexporte, gegen Landraub, für faire Produktionsverhältnisse, für Demokratie und Menschenrechte, weltweit. Geflüchteten sollen das Recht auf soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe in unserem Land haben.

Soziale Gerechtigkeit weltweit

Die 60 reichsten Menschen auf der Welt besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Weltweit hungern über eine Milliarde Menschen, mehr als zwei Milliarden leben von weniger als zwei Dollar am Tag. Die wenigen Reichen werden immer reicher.

Gerechtigkeit in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ist eine direkte Vorbeugung vor Armut, Gewalt und Krieg. Wir wollen die ungerech-

ten weltweiten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen so verändern, dass soziale Entwicklungschancen für alle Menschen entstehen. Die deutsche und europäische »Entwicklungshilfe« ist oftmals an erpresserische »Strukturenreformen« geknüpft und untergräbt eigenständige Entwicklung.

- Die deutschen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit müssen endlich auf die international zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehoben werden.
- Wir setzen uns für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit ein. Sie muss auf die Interessen und Bedürfnisse der Betroffenen ausgerichtet sein und sich an den Gedanken von Gerechtigkeit, Solidarität und nachhaltiger Entwicklung orientieren. Sie muss ein Instrument globaler Umverteilung im Sinne sozialer Gerechtigkeit sein und darf nicht als ein Druckmittel wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Interessen der Geberländer und internationaler Konzerne missbraucht werden.
- Wir lehnen eine Verknüpfung von Entwicklungsgeldern mit Maßnahmen des Grenzschutzes und der Migrationskontrolle ab.
- Deutschland soll sich mindestens auf die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO (SDG) verbindlich verpflichten.

Statt an der Politik von ungleichen Handelsbeziehungen festzuhalten, sollte deutsche Außenpolitik an der Schaffung einer globalen sozialen Infrastruktur mitwirken, die allen Menschen auf dieser Welt den Zugang zu Bildung, Gesundheit, Arbeit und einem selbstbestimmtes Leben in Würde und sozialer Sicherheit ermöglicht.

Ein sparsamer Umgang mit knappen Ressourcen und die Umstellung auf erneuerbare Alternativen hier in Deutschland ist auch eine Frage globaler Gerechtigkeit – und trägt dazu bei, Ressourcenkonflikte zu vermeiden.

- Die Klimafinanztransfers Deutschlands sollen bis 2020 auf sieben Milliarden Euro jährlich ansteigen und zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt werden.
- Spekulationen mit Nahrungsmitteln und natürlichen Ressourcen wollen wir verbieten.

Den geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA setzen wir mit hunderttausenden von Menschen unseren Widerstand entgegen. Die Abkommen sollen Märkte öffnen und Privatisierungen zementieren. Das gleiche gilt für Freihandelsabkommen der EU mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Wir brauchen einen gerechten Welthandel und eine neue Weltwirtschaftsordnung:

- Der Import von Agro-Sprit soll verboten werden. Die Aneignung großer Landflächen (*landgrabbing* – Land-

raub), die oft mit der gewaltsamen Vertreibung der ansässigen Gemeinschaften einhergeht, wollen wir unterbinden, besonders in ärmeren Ländern.

- Wir wollen deutsche Konzerne verpflichten, die sozialen und demokratischen Rechte weltweit zu wahren. Die Einfuhr von Produkten aus Kinderarbeit wollen wir verbieten.
- Wir setzen uns für verbindliche Regeln für multinationale Unternehmen ein. Beschäftigte sollen gegen Konzerne auch an deren Heimatstandorten klagen können.
- Wir wollen, dass deutsche Firmen ihre Zulieferer offenlegen müssen. Das gilt für die Rohstoffe wie für die Produktion selbst, für die Baumwolle in T-Shirts wie für die Arbeitsbedingungen der Näherinnen und Näher.
- Wir unterstützen die gleichberechtigte und solidarische Zusammenarbeit von Ländern, wie etwa das ALBA-Bündnis in Lateinamerika.

Das internationale Recht stärken

DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts. Wir sehen in den Vereinten Nationen das zentrale Organ für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten und Gesellschaften. Das Gewaltverbot, wie es die UNO-Charta vorsieht, muss gestärkt werden. Wir stellen uns gegen jeden Versuch, Menschenrechte gegen das Völkerrecht auszuspielen und sie als Kriegsbegründung zu missbrauchen, wie es alle Bundesregierungen der letzten knapp 20 Jahre getan haben. Menschenrechte sind universell und unteilbar. Alle Menschenrechte – einschließlich der sozialen, kulturellen und ökologischen – müssen uneingeschränkt und weltweit für alle Menschen gelten.

- Die Bundesregierung muss das Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unterzeichnen, das Einzelpersonen bei Verletzung dieser Menschenrechte den Beschwerdeweg bei den Vereinten Nationen ermöglicht.

Wir wollen die Vereinten Nationen stärken und demokratisieren. Die zivilen UN-Gremien müssen effizienter gestaltet, finanziell besser gestellt und politisch gestärkt werden. Die Mittel des UNO-Hilfswerks und des Welthungerprogramms müssen ausreichend erhöht werden. Wir lehnen die Militarisierung der UN ab. Wir setzen auf die Entwicklung multi- und supranationaler Instrumente der Friedenssicherung und demokratischer Konfliktprävention. Fragen der globalen wirtschaftlichen Entwicklung müssen in den Gremien der Vereinten Nationen wie dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) und der Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) verhandelt werden – und nicht in selbst ernannten Zirkeln wie den G8 oder den G20. Wir setzen uns für eine stärkere Vertretung afrikanischer, lateinamerikanischer und südasiatischer Staaten und für die Gleichberechti-

gung der Sicherheitsratsmitglieder ein. Einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat lehnen wir ab. Die Generalversammlung, in der alle Mitglieder der Vereinten Nationen vertreten sind, muss mehr entscheiden können.

Für eine europäische Friedens- und Entspannungspolitik

Ein geeintes soziales Europa kann nur als ein Projekt des Friedens eine wirkliche demokratische Zukunft haben (vgl. Kapitel Keine Militarisierung der EU). Die NATO dehnt ihren Einflussbereich bis an die Westgrenze Russlands aus. Der Beitritt weiterer Länder zur NATO wie Georgien, der Ukraine, Mazedonien und Montenegro würde die Spannungen mit Russland weiter anheizen. Sicherheit in Europa kann nur Sicherheit mit und nicht gegen Russland sein. Das muss die sicherheitspolitische Orientierung von europäischem und deutschem Handel werden. Militärmanöver oder Stationierungspläne von Waffensystemen entlang der russischen Westgrenze heizen Konflikte an. Wir setzen uns gegen die umfangreichen Militärmanöver ein. Den Einsatz und die Stationierung deutscher Soldaten in den osteuropäischen Staaten wollen wir unterbinden. Wir wollen die NATO auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung von Russland ersetzen, das auf Abrüstung zielt. Wir wollen, dass die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird und die Bundesrepublik aus den militärischen Strukturen des Bündnisses austritt.

- Als ersten Schritt wollen wir eine konventionelle Rüstungskontrolle in Europa nach dem Vorbild des AKSE-Vertrags (Angepasster Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa)
- Ein NATO-Raketenschild lehnen wir ab.
- Wir wollen den Umbau der Bundeswehr zu einer Einsatzarmee stoppen.
- DIE LINKE setzt sich für eine schrittweise Abrüstung der Bundeswehr ein (vgl. Frieden schaffen ohne Waffen)
- DIE LINKE verfolgt langfristig das Ziel eines Deutschlands und eines Europas ohne Armeen und einer Welt ohne Kriege.

In Zeiten der globalen Verwerfungen und Krisen sollte sich jede linke Politik von dem Auftrag leiten lassen, ein menschenwürdiges Zusammenleben zu ermöglichen. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden bedarf auch einer Politik, die allen Menschen über die Ländergrenzen hinweg ein Leben in Würde, Anerkennung und sozialer Gerechtigkeit zuteilwerden lässt. Eine lebendige Demokratie bedarf dieser Auseinandersetzung um die Möglichkeit von Alternativen. DIE LINKE wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und auf Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland setzt.

XVII. Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt! Ohne dich geht es nicht!

DIE LINKE ist die Kraft für soziale Gerechtigkeit und Frieden. Wir kämpfen für eine Demokratie, in der die Menschen entscheiden, nicht die Profitinteressen. Wir nennen die Namen derjenigen, die von prekärer Arbeit, Armutslöhnen, steigenden Mieten und Pflegenotstand in den Krankenhäusern profitieren. Wir wollen die Superreichen entmachten und Reichtum umverteilen. Wir sagen den Multi-Millionären, die Reichtum, Vermögen und Macht angehäuft haben, den Kampf an. Wir stehen auf gegen Rassismus und rechte Hetze. Für eine soziale Offensive für Alle und eine solidarische Einwanderungsgesellschaft. Wir gehen in die ärmeren Stadtteile, wir hören den Menschen zu. Wir wollen wissen, was sonst niemand hören will. Wir geben den Menschen eine Stimme in den Parlamenten und streiten im Alltag mit ihnen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir stehen für eine Revolution der Gerechtigkeit, die Armut beseitigt, gute Renten, gute Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege und bezahlbares Wohnen für Alle schafft. Das sind die sozialen Garantien des Leben, die eine soziale Demokratie auszeichnen. Sie sind für uns nicht verhandelbar, aber sie müssen gemeinsam erkämpft werden.

Eine andere Politik wird nicht allein im Parlament erreicht werden, sie braucht Druck. Druck aus der Gesellschaft, aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, aus Sozialverbänden. Druck von unten und Druck von der Straße. DIE LINKE ist Teil und Verbündete, wenn es darum geht, diesen Druck aufzubauen. Und wir wollen ihn im Parlament in Veränderung übersetzen.

Wir versprechen: Die Abgeordneten der LINKEN binden sich an einen Verhaltenskodex. Sie stehen für die hier vorgestellten Ziele und Projekte. Sie erklären,

- dass sie keine Spenden oder Geschenke von Lobbygruppen oder Großunternehmen annehmen. Bürgerwille und Gemeinwohl gehen vor Einzelinteresse!
- dass sie nicht mit Geheimdiensten zusammenarbeiten.
- dass sie Informationen und Wissen aus ihrer parlamentarischen Tätigkeit zum allgemeinen Interesse einsetzen. Wir sind keine Partei der Hinterzimmer. Informationsfreiheit statt Geheimniskrämerei!
- dass sie Mittel und Infrastruktur der Abgeordnetenbüros der lokalen Bevölkerung, sozialen Bewegungen oder Solidaritäts- und Hilfsprojekten zur Verfügung stellen.

Ohne dich, ohne euch geht es nicht. Wahlen und Wahlkämpfe können viele Menschen begeistern, wenn sie sich Veränderung erwarten. Gemeinsam können wir etwas erreichen: Eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Entwurf

Impressum:

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, Fax: 030/24009541
partei.vorstand@die-linke.de
www.die-linke.de

V.i.S.d.P. Matthias Höhn